

TAGUNGSDOKUMENTATION

Freiwillige für den Naturschutz – Generationenübergreifend und interkulturell unverzichtbar

**27./28. Juni 2011
im Kongresshotel Potsdam**

Impressum

Herausgeber:
Deutscher Naturschutzring
Dachverband der deutschen Natur- und Umweltverbände (DNR) e. V.
Geschäftsstelle Berlin
Marienstrasse 19 – 20
D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 / 678 17 75 -84
Fax: +49 (0)30 / 678 17 75 -80
Mail: sina.lengelsen@dnr.de
ines.jentsch@dnr.de

Verantwortlich: Dr. Helmut Röscheisen (DNR)
Redaktion: Ines Jentsch, Sina Lengelsen
Lektorat: Marion Busch
Fotos: Denis Kohlschütter
Layout: Michael Chudoba

Förderer:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Europäisches Jahr der Freiwilligkeit 2011

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Europäische Kommission

Kooperationspartner:



Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN)



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)



Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB)



Naturschutzbund Deutschland (NABU)



Türkisch-Deutsches Zentrum e. V. (TDZ)

Die Konferenz und diese Dokumentation wurden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Europäischen Kommission gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben in dieser Dokumentation, sowie für die privaten Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer und Kooperationspartner übereinstimmen.

Inhalt

Vorwort	5
1 Einleitung	7
2 Programmübersicht	8
2.1 Übersicht der Arbeitsgruppen	8
3 Grußworte und Reden	12
3.1 Eröffnung und Begrüßung: Kornelie Blumenschein	12
3.2 Grußwort: Dr. Gerhard Timm	15
3.3 Grußwort: Olaf Zimmermann	18
3.4 Grußwort: Dr. Ansgar Klein	20
3.5 Rede: Aiman A. Mazyek	24
3.6 Rede: Katherina Reiche	30
3.7 Rede: Dr. med. Heinrich-Daniel Rühmkorf	35
3.8 Rede: Prof. Dr. Hartmut Vogtmann	39
4 Die acht Arbeitsgruppen	44
4.1 Unterstützungsbedarf im Freiwilligenmanagement	44
4.2 Naturschutzverband als Spiegel der Gesellschaft	47
4.3 Natur, Kultur und jede Menge gute Ideen	50
4.4 Viele Sprachen und eine gemeinsame Welt	56
4.5 Ideen aus dem Goldfischglas	61
4.6 Eine Datendebatte und Scharfe Kritik	65
4.7 Gute Ideen für Stuttgart 21	68
4.8 Dreck unter den Füßen	72
5. World Cafè	76
5.1 Die Dialog-Methode	76
5.2 Das World Cafè aus Sicht der Teilnehmenden	77
6. Zusammenfassung	79
7. Anhang	81
7.1 Präsentation Michael Zschiesche	81
7.2 Liste der Teilnehmenden	86
7.3 Fragebogen der qualitativen Teilnehmerumfrage zur Konferenz	90



Für den Deutschen Naturschutzring (DNR) ist das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit (EJF) 2011 eine Herausforderung im doppelten Sinne. Einmal geht es darum, die große Bedeutung der Europäischen Union für eine nachhaltige Entwicklung, gerade angesichts der sich zuspitzenden Finanz- und Wirtschaftskrise, der Bevölkerung deutlich zu machen und dabei wichtige Impulse zu geben. Der DNR hat sich frühzeitig dieser Aufgabe verschrieben und 1991 vor genau 20 Jahren mit der Einrichtung seiner EU-Koordinierungsstelle in Berlin Zeichen gesetzt. Mit EU-Umweltkommissar Potocnik und seinen Mitarbeitern pflegt der DNR einen intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch und beim europäischen Dachverband der Natur- und Umweltschutzverbände, dem EEB, gilt der DNR als ein wichtiger Partner. So wollen beide Organisationen bei einer Tagung in Berlin den bisherigen Widerstand der Bundesregierung gegen die dringend notwendige EU-Bodenrahmenrichtlinie kritisch hinterfragen und versuchen, die Ablehnung aufzuweichen.

Der EU mangelt es seit langem an einer Akzeptanz durch die Bürger in den 27 Mitgliedstaaten. Und damit sind wir bei der zweiten Herausforderung, der Stärkung des bürgerschaftlichen oder ehrenamtlichen Engagement in Deutschland und in der EU. Zur Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 2009 haben Organisationen des 3. Sektors ein viel beachtetes Manifest vorgelegt, um die Rolle der Zivilgesellschaft in allen Mitgliedstaaten zu stärken. In einer Charta der Zivilgesellschaft wird ein gesetzlicher Rahmen für eine Zusammenarbeit von Organisationen des 3. Sektors und den Institutionen der EU gefordert, die weit über die bisherigen Konsultationen hinaus reicht. Es geht um die Festlegung einer verbindlichen Teilnahme der Zivilgesellschaft bei Entscheidungen der EU, der Forderung nach einer transparenten Verwaltung bis hin zur Einsetzung eines EU-Kommissars für zivilgesellschaftliche Belange. Die Organisationen der Zivilgesellschaft tragen durch ihre unverzichtbaren gemeinnützigen Dienstleistungen wesentlich zu einem sozialen Europa bei. Diese Tätigkeit darf durch überzogene Liberalisierungsanforderungen nicht gefährdet werden. Eine Anregung aus dem Manifest hat die EU-Kommission aufgegriffen: die Durchführung eines Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit. Wie der Inhalt dieser Dokumentation beweist, hat der DNR die Möglichkeiten des EJF voll genutzt und die Voraussetzungen für ein erfolgreiches freiwilliges Engagement im Natur- und Umweltschutz aus verschiedenen Blickrichtungen disku-

***Freiwillige für den
Naturschutz –
Generationenübergreifend
und interkulturell
unverzichtbar***

**Dokumentation der
Impulskonferenz zum
Europäischen Jahr der
Freiwilligentätigkeit am
27./28. Juni 2011 im
Kongresshotel in Potsdam**

tiert und dazu konkrete Empfehlungen erarbeitet. Sie werden dazu beitragen, neue Zielgruppen für ehrenamtliche Tätigkeiten zu erschließen und die bereits vorhandenen Freiwilligen in ihrem Wirken zu ermutigen.

Mit der Impulskonferenz in Potsdam ist für den DNR das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit aber noch nicht beendet. Bei der Aktionswoche des EJF bieten der DNR zusammen mit seinen Mitgliedsverbänden eine Vortragsreihe an. Dabei steht das ab April 2012 wirksame und von der EU zur Gewinnung von mehr Bürgernähe neu geschaffene Instrument einer Europäischen Bürgerinitiative im Mittelpunkt. Bei Vorliegen von mindestens 1 Million gültiger Unterschriften in mehr als sieben Mitgliedstaaten innerhalb eines Jahres kann die EU-Kommission dazu aufgefordert werden, bestimmte politische Herausforderungen aufzugreifen, etwa die Schaffung eines europäischen Vertrages für erneuerbare Energien, idealerweise zur Ablösung des Euratom-Vertrages.

Dr. Helmut Röscheisen
DNR-Generalsekretär

1 Einleitung

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft stützt sich zu großen Teilen auf bürgerschaftliches Engagement. Das Thema Freiwilligenarbeit hat 2011 Hochkonjunktur: Im Rahmen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit fördern das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die Europäische Kommission acht ausgewählte »Leuchtturm-Projekte« in Deutschland.

Die DNR-Konferenz »*Freiwillige für den Naturschutz – Generationenübergreifend und interkulturell unverzichtbar*« war eines der Leuchtturmprojekte und damit die zentrale Veranstaltung für den Bereich Natur- und Umweltschutz. Am 27. und 28. Juni 2011 trafen sich Akteure aus den verschiedensten Bereichen des Naturschutzes im Potsdamer Kongresshotel am Templiner See. Auch die Kooperationspartner der Veranstaltung Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Naturschutzbund Deutschland (NABU), Türkisch-Deutsches Zentrum e.V. (TDZ) und die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB) waren vertreten.

Ziel der Konferenz war es, den Erfahrungsaustausch der freiwillig Tätigen zu ermöglichen und Frauen, die Generation 55+, Menschen mit Migrationshintergrund und Jugendliche stärker in den ehrenamtlichen Natur- und Umweltschutz zu integrieren. Dazu bot die heterogene Zusammensetzung der Konferenzteilnehmenden eine ergiebige Plattform.

Doch welche Beteiligungsmöglichkeiten hat die Zivilgesellschaft im Engagement für den Naturschutz? Und wie genau können sich Naturschutzverbände interkulturell für das Ehrenamt öffnen? Wie gewinnt man Jugendliche für Naturschutzengagement und wie sehen dann die zukunftsfähigen Strukturen in den Verbänden aus, um ehrenamtliches Engagement zu ermöglichen und zu erhalten? Welche Rolle spielen FreiwilligenkoordinatorInnen und welche Voraussetzungen werden für die ehrenamtliche Erfassung der biologischen Vielfalt gebraucht? Ein Grundpfeiler des Naturschutzes ist und bleibt das ehrenamtliche Engagement. Die Verbände und Vereine sind Betreiber dieses Engagements und müssen Raum und Anreiz für dessen Erhalt und Ausbau bieten. Für jeden Bereich des Naturschutzes finden sich interessierte Menschen. Ältere und Junge sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Selbst der Bodenschutz kennt weder Alter noch Sprache.

Zu diesen Themen fanden acht interaktive Arbeitsgruppen statt, die an beiden Tagen unter der Leitung von UmweltexpertInnen und FreiwilligenkoordinatorInnen geleitet wurden. Sie boten den Raum und den Anreiz für neue Impulse und Diskussionen zum generationenübergreifenden und interkulturellen, ehrenamtlichen Naturschutz.

2 Programmübersicht

Programm 27. Juni

- 13.00** Eröffnung und Begrüßung:
Kornelie Blumenschein
13.15 (Schatzmeisterin des DNR)
- 13.15** Grußworte:
Dr. Gerhard Timm
14.15 (Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege),
Olaf Zimmermann
(Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates),
Dr. Ansgar Klein
(Geschäftsführer des Bundesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement)
- Rede:
Aiman A. Mazyek
(Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland)
- 14.15** Pause
- 14.30** Die acht Arbeitsgruppen finden statt.
19.00
- 19.00** Abendessen
- 20.00** Kultureller Beitrag – Bosnische Tanzgruppe
- 21.00** Ende des ersten Tages

Programm 28. Juni

- 09.00** Die acht Arbeitsgruppen fassen die
09.45 Ergebnisse zusammen.
- 10.00** Rede:
10.30 Parlamentarische Staatssekretärin
Katherina Reiche
»Gemeinsam für die Erhaltung der biologischen Vielfalt unterwegs: Staatliche Naturschutzpolitik und bürgerschaftliches Engagement für die Natur«
(Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
- 10.30** Staatssekretär des Ministeriums für Um-
11.00 welt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Dr. Daniel Rühmkorf
(MUGV Brandenburg)
- 11.00** *Prof. Dr. Hartmut Vogtmann*
11.30 (Erster Vizepräsident DNR)
»Bürgerschaftliches Engagement als Korrektiv unserer Wachstums- und Konsumgesellschaft«
- 11.30** Puffer/Pause
11.45
- 11.45** World Café:
13.30 Vorstellung & Diskussion der Ergebnisse in Kleingruppen
- 13.30** Ende der Tagung

2.1 Übersicht der Arbeitsgruppen (AG)

AG 1 | Erfahrung aktiver FreiwilligenkoordinatorInnen

ReferentInnen: *Eva-Maria Antz* (Stiftung Mitarbeit), *Mirko Seffzig* (Bündnis 90/ Die Grünen)

Zunehmend erkennen immer mehr Verbandsspitzen die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für die Arbeit ihrer Organisationen. Allerdings mangelt

es noch häufig an einem modernen Freiwilligenmanagement zur Gewinnung, Betreuung und Koordinierung von Ehrenamtlichen in den Verbänden. Die Leiter der Arbeitsgruppe bilden daher seit einiger Zeit Freiwilligenkoordinatoren im Natur- und Umweltschutz aus. Es geht dabei um die Rolle und Aufgabe eines Freiwilligenmanagements, um dessen Berücksichtigung in der Organisation der Verbände, um Öffentlichkeitsarbeit und Anerkennungskultur. In der Arbeitsgruppe sollen zentrale Anforderungen für ein Freiwilligenmanagement und ein Erfahrungsaustausch bereits ausgebildeter Freiwilligenkoordinatoren ermöglicht werden.

AG 2 | Zukunftsfähige Strukturen für ehrenamtliches Engagement im Naturschutz

ReferentInnen: *Hildegard Eissing* (Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz), *Dr. Nils Franke* (Bundesverband Beruflicher Naturschutz)

Natur- und Umweltschutz basiert vor allem auf bürgerschaftlichem Engagement. Die Natur- und Umweltschutzverbände haben deshalb in unserer Gesellschaft eine besondere Rolle - sie sind Träger dieses Engagements. Damit das auch in Zukunft so bleibt, steht eine Reflexion über die Rahmenbedingungen der Verbände an: Wie sind sie aufgestellt, um Nachwuchs zu gewinnen, mehr Frauen anzusprechen, neue gesellschaftliche Milieus zu erschließen? Hildegard Eissing und Dr. Nils Franke haben sich mit dieser Problematik auseinandergesetzt und darüber auch publiziert. Zusammen mit den TeilnehmerInnen werden sie in dieser AG die innerverbandlichen Voraussetzungen wie Strukturen, Kulturen und Prozesse diskutieren.

AG 3 | Zivilgesellschaft und soziales Engagement im ehrenamtlichen Naturschutz

ReferentInnen: *Brigitte Großbejung* (Naturfreunde), *Dr. Christine Katz* (Leuphana Universität Lüneburg, BMBF), *Helga Inden-Heinrich* (DNR), *Kerstin Emonds* (EUROPARC Deutschland), *Mira Beinert* (Naturfreunde), *Tanja Weisslein* (Lebenshilfe Berlin)

In dieser Arbeitsgruppe soll die Rolle wichtiger AkteurInnen der Zivilgesellschaft, vor allem von Frauen und der Generation 50+, bei der ehrenamtlichen Arbeit im Naturschutz hinterfragt und dabei diskutiert werden, wie ihre Situation verbessert werden kann. Warum gibt es eine Quotenregelung in den Vorständen von Unternehmen, aber bei den Naturschutzverbänden nicht? Warum kommt die Umsetzung des Gender Greenstreaming nicht besser voran? Welche Voraussetzungen müssen vorliegen, damit Ältere sich mehr als bisher im ehrenamtlichen Naturschutz engagieren? Gleichzeitig sollen die gewonnenen Erfahrungen beim Einsatz von Menschen mit Benachteiligungen (Behinderungen) im ehrenamtlichen Naturschutz präsentiert und die Bedingungen hierfür ermittelt werden. Warum sind MitbürgerInnen mit Migrantenhintergrund noch nicht als Zielgruppe und AkteurInnen in den Natur- und Umweltschutzverbänden vertreten?

AG 4 | Ehrenamtlicher Natur - und Umweltschutz kennt keine Sprache – Interkulturelle Öffnung als Herausforderung der Naturschutzverbände

ReferentInnen: *Gülcan Nitsch* und *Öykü Kaygusuz* (Arbeitskreis »Yeşil Çember« BUND)

In den meisten Naturschutzverbänden finden sich nur sehr selten Menschen mit Migrationshintergrund. Sie sind bisher kaum Zielgruppe in der Verbandsarbeit, obwohl ihr Anteil in Deutschland bei über 18 Prozent liegt. Der DNR kooperiert daher seit einigen Jahren mit türkischsprachigen Gruppen. In der Projektgruppe soll den Fragen in Bezug auf die türkischsprachige Community nachgegangen werden:

- 1) Gibt es universelle Themen, die uns alle verbinden?
- 2) Gibt es kulturspezifische Zugänge zu Umweltthemen?
- 3) Mit welchen Instrumenten können wir Menschen, die Deutsch als Zweitsprache sprechen, am effektivsten erreichen?
- 4) Welche Themen und Aktionsformen sind für die Stärkung des Umweltengagements geeignet?

Grundlage ist ein interaktiver Workshop, in dem Erfahrungen und Ideen des von der DBU unterstützten Projektes des BUND LV Berlin ausgetauscht werden.

AG 5 | Jugendliche und junge Erwachsene für Naturschutzengagement gewinnen

ReferentInnen: *Hanna Piotter* (NAJU), *Björn Obmann* (BUNDjugend), *Malte Stöck* (NAJU)

Die Ergebnisse des soeben abgeschlossenen Projektes des NAJU und einer neueren Studie des BMU sollen neben Praxisberichten aus verschiedenen Initiativen und der Vorstellung des Freiwilligenkonzepts von Greenpeace die Grundlage für den Austausch in der Arbeitsgruppe bilden. Was sind die besten Strategien, Jugendliche zu gewinnen und worin bestehen die größten Schwierigkeiten in diesem Prozess, ist die Fragestellung für den zweiten Abschnitt in der Arbeitsgruppe.

AG 6 | Ehrenamtliches Engagement als Fundament im Bereich Erfassung und Monitoring der biologischen Vielfalt

ReferentInnen: *Thomas Norgall* (BUND), *Magnus Wessel* (NABU)

Die Ergebnisse eines Workshops des Deutschen Rats für Landespflege Anfang Januar dieses Jahres in Bonn »Perspektiven für die ehrenamtliche Forschung auf dem Gebiet der Biodiversität – Datensammlung, Transfer und Nutzung für die wissenschaftliche und praktische Anwendung« sollen vorgestellt und eine ganze Reihe offener Fragen diskutiert werden. Wie sind Berührungspunkte zwischen Wissenschaftlern und Fachamateuren abzubauen? Müssen sich Erhebungen mangels ausreichenden Wissens stärker auf Symbol-, Ziel- und Schirmarten beschränken? Wie sind Qualitätskriterien und Qualitätskontrol-

len bei Erhebung und Interpretation von Daten zu gewährleisten? Aufschlussreich dürften auch die Erfahrungen ehrenamtlicher Schutzgebietsbetreuer sein, die der NABU seit einiger Zeit ausbildet.

AG 7 | Gibt es genug Beteiligungsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft – Beispiel ehrenamtliches Engagement im Natur- und Umweltschutz

Referent: *Michael Zschiesche* (Unabhängiges Institut für Umweltfragen)

Bürgerbeteiligung ist die Grundlage einer jeden demokratisch ausgerichteten Gesellschaft. Wird sie eingeschränkt oder ist sie überhaupt nicht vorgesehen, drohen ernsthafte Auseinandersetzungen, zumindest ist eine Entfremdung zwischen Staat und Bürgern zu erwarten. Ehrenamtliches Engagement ohne echte Mitwirkungsmöglichkeiten ist auf Dauer kaum vorstellbar. In der Arbeitsgruppe sollen Beispiele der Einschränkung von Beteiligungsmöglichkeiten im ehrenamtlichen Naturschutz und gleichzeitig Wege aufgezeigt werden, wie diese erfolgreich überwunden werden können. Michael Zschiesche gilt als ausgesprochener Fachmann in Partizipationsfragen gerade bei Ehrenamtstätigkeiten und will den Teilnehmern trotz der zweifellos vorhandenen und in der Tendenz eher zunehmenden Beeinträchtigung von Mitwirkungsmöglichkeiten Mut für ihre zukünftige Arbeit machen.

AG 8 | Ehrenamtliche Unterstützung für den Bodenschutz und eine europäische Bodenrahmenrichtlinie

ReferentInnen: *Prof. Dr. Gabriele Broll* (Uni Osnabrück, Bundesverband Boden), *Ingo Valentin* (BUND)

Mit der Zerstörung der Böden als nicht erneuerbare Ressource werden auch die menschlichen Lebensgrundlagen gefährdet. Oft sind die Auswirkungen von Bodenzerstörung erst nach langer Zeit sichtbar. Das ist ein Grund dafür, dass Bodenschutz auf europäischer Ebene und in den EU-Mitgliedsländern ein Fremdwort bleibt. Zur Verschlechterung der Bodenqualität tragen Erosion, Verdichtung, Flächeninanspruchnahme und Versiegelung, Verlust an organischer Substanz, Versalzung, kontaminierte Standorte, aber auch Gesteinsabbau, die Bodenkontamination bei Bohrungen nach Erdgas sowie wahrscheinlich auch die geplante Kohlendioxidverpressung bei. In der AG werden ExpertInnen für Bodenschutz mit den Teilnehmern auf der Grundlage eines Erfahrungsaustausches diskutieren, wie der Bodenschutz in Deutschland und Europa vorangebracht werden kann.

3 Grußworte und Reden

3.1 Eröffnung und Begrüßung

Kornelie Blumenschein
*DNR Präsidium,
Schatzmeisterin*



Liebe Ehrenamtliche, liebe Gäste, sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, dass trotz beginnender Schulferien in Berlin und Brandenburg fast 200 Menschen unsere Tagung heute und morgen besuchen.

Die Tagung ist eines von acht Leuchtturmprojekten im Rahmen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit (EJF) in Deutschland. Nach den Ergebnissen der Studie »Volunteering in the European Union«, die im Februar letzten Jahres von der EU-Kommission veröffentlicht wurde, gibt es in den Niederlanden, Österreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich eine sehr hohe Beteiligung Freiwilliger, außerdem gibt es auch in Dänemark, Finnland, Luxemburg und Deutschland eine hohe Beteiligung. Dagegen fristet in den meisten Staaten Mittel- und Osteuropas ehrenamtliches Engagement noch ein Schattendasein. Als Dresdnerin bin ich daher sehr froh, dass der DNR diese bundesweite Fachtagung in den neuen Bundesländern durchführt.

Der Stellenwert des freiwilligen Engagements von Bürgerinnen und Bürger ist in der EU noch nicht besonders ausgeprägt. In erster Linie kommen vom Europäischen Parlament Impulse zur Stärkung des Freiwilligenengagements in Europa. So im Jahr 1984 mit dem Vorhaben, einen rechtlichen Status für einen Europäischen Verein zu schaffen. Solche transnational agierenden Vereine seien die Orte, an denen sich engagierte Bürgerinnen und Bürger europäischer Themen bewusst werden, gegenseitiges Verständnis fördern und sozusagen »europäisch sozialisiert« werden, was ein wesentlicher Baustein hin zu einer aktiven europäischen Bürgerschaft sei, hieß es beim Europäischen Parlament.

Nach vielen Jahren intensiver Diskussion begrub jedoch die EU-Kommission 2005 die Initiative Europäischen Verein in Gestalt der Mitteilung »Bessere Rechtsetzung«, mit der die Kommission die europäische Rechtsetzung vereinfachen und verschlanken wollte. Rechtlich gesehen sind viele der großen, in Brüssel angesiedelten Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen, deren Mitgliedsorganisationen häufig aus ganz Europa sind, immer noch »belgische gemeinnützige Vereine«, obwohl sie doch einen weit über Belgien hinausge-

henden Aktionsradius haben. Dies gilt auch für das Europäische Umweltbüro (EEB) in Brüssel, in dem der DNR seit vielen Jahren Mitglied ist.

Immerhin gibt es seit vielen Jahren den Europäischen Freiwilligendienst (EFD). Neben den Aufenthalten von Freiwilligen zwischen 18 und 30 Jahren in Europa und mittlerweile in der ganzen Welt im Rahmen des EFD fördert das Programm auch Jugendorganisationen auf europäischer Ebene, Jugendbegegnungen, von Jugendlichen initiierte Projekte sowie Seminare und Konferenzen von Praktikern in der Jugendarbeit.

Mit einem Gesamtvolumen von 885 Millionen Euro für 2007–2013 (und alle Aktionsbereiche) ist das Programm vergleichsweise klein, betrifft ausschließlich Jugendliche und nur eine bestimmte Art des freiwilligen Engagements: den Freiwilligendienst im Ausland, der auf Zeit angelegt ist und von den Freiwilligen als ausschließliche Tätigkeit verrichtet wird. Verglichen mit den 150.000 Studenten, die alljährlich an einem Erasmusaustausch teilnehmen, nehmen sich die 4.000 EFD-Freiwilligen pro Jahr auch als verschwindende Größe aus. Dennoch kann der EFD als symbolischer »Leuchtturm« für Förderprogramme freiwilligen Engagements in Europa gelten.

2011 ist zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit (EJF) ausgerufen, um den rund 94 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in der EU (23 Prozent der Bevölkerung) für ihr freiwilliges Engagement zu danken.

Die Ziele des EJF sind:

- Stärkung der Aufmerksamkeit und Anerkennung für Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement in der Gesellschaft
- Besonderer Fokus: generationenübergreifende Aktivitäten
- Gezielte Ansprache von Frauen, jungen Menschen, Älteren, Migrantinnen und Migranten
- Intensivierung des Austauschs mit Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft zur Verbesserung des Umfelds für Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement
- Unterstützung einer besseren Vernetzung und Kooperation der Akteure und der Informationsangebote über bürgerschaftliches Engagement in Deutschland und Europa
- Initiierung eines regelmäßigen Dialogs zum bürgerschaftlichen Engagement auf EU-Ebene

Bei unserer Veranstaltung liegt ein Schwerpunkt auf der Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund. Dank der guten Zusammenarbeit mit der türkischen Organisation Yeşil Çember und dem BUND, Landesverband Berlin haben wir für die AG Ehrenamtlicher Natur- und Umweltschutz kennt keine Sprache - Interkulturelle Öffnung als Herausforderung der Naturschutzverbände eine erfreulich große Nachfrage. Ich freue mich zudem auf die Rede des Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Herrn Aiman A. Mazyek. Auch die Beteiligung anderer mitgliedstarker Organisationen an unserer Konferenz (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Deutscher Kulturrat, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement sowie der Deutsche Olympische Sportbund) zeigen, wie wichtig dem DNR die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft ist.

Als Schatzmeisterin des DNR bin ich der Europäischen Kommission, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und auch der Geschäftsstelle des EJF in Deutschland für die finanzielle Unterstützung der Veranstaltung sehr dankbar.

Zum Schluss darf ich Ihnen die Grüße unseres langjährigen Leiters des Arbeitskreises Ehrenamt Herrn Albert Lippert übermitteln, der leider wegen eines Oberschenkelhalsbruches nicht unter uns sein kann. Wir wünschen ihm gute Genesung und ein weiteres tatkräftiges Wirken für unsere Ziele.

Bedanken darf ich mich im Namen des DNR auch für die gute Vorbereitung der DNR-Geschäftsstelle und bei den beiden Koordinatorinnen Sina Lengersen und Ines Jentsch.

Ich wünsche nun unserer Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf und darf an den Moderator, unseren Generalsekretär Helmut Röscheisen übergeben.

Kornelie Blumenschein
DNR-Präsidium, Schatzmeisterin

3.2 Grußwort

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Name ist Gerhard Timm. Ich bin Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW), die bei Ihnen vermutlich – soweit Sie aus dem Natur- und Umweltschutz kommen – einen geringen Bekanntheitsgrad hat. Ich bedanke mich bei den Veranstaltern für die Gelegenheit, diesen bedauerlichen Umstand nunmehr beenden zu können.

Zuvor möchte ich noch etwas zu meiner Person sagen: Ich habe eine sehr enge arbeitsbiografische Beziehung zum Umwelt- und Naturschutz. Ich war zwischen 1999 und 2009 Bundesgeschäftsführer des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland und von daher an einer Stelle tätig, die mit allen Fragestellungen des modernen Umwelt- und Naturschutzes befasst war. Es war eine sehr interessante, eine sehr intensive Zeit. Vor zwei Jahren bin ich gewechselt zur Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, bei der es in erster Linie um soziale Fragestellungen geht. Die sechs Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft sind die großen Wohlfahrtsorganisationen in Deutschland. Diese sind Ihnen vermutlich wiederum alle bekannt: Der Arbeiterwohlfahrt-Bundesverband, das Diakonische Werk, die Caritas Deutschland, der Paritätische Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz und die Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Insofern verbinden sich in meiner Arbeitsbiografie die Aspekte des Sozialen und des Ökologischen. Sigmar Gabriel hat das scherzhaft die Personifizierung der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft genannt. Von daher weiß ich relativ genau, wovon ich rede, wenn ich über Umwelt und Naturschutz rede und ich weiß auch relativ genau worüber ich rede, wenn ich über soziale Fragen rede. Aus dieser doppelten Perspektive erscheint es mir evident, dass wir noch ernsthafter, als es in der Vergangenheit geschehen ist, diese beiden Themen zusammenbringen müssen. Das halte ich für ein wichtiges Anliegen und insofern bin ich dem DNR und Helmut Röscheisen sehr dankbar, dass ich hier dieses Grußwort halten kann, um diesen Aspekt aufzugreifen. Ich sage dazu ganz kurz ein paar Zahlen zur BAGFW: Die BAGFW beschäftigt in ihren etwas mehr als 100.000 selbstständigen Einrichtungen insgesamt circa 1,5 Millionen hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und darüber hinaus organisieren sich etwa drei Millionen Freiwillige in ihren Strukturen.

Auch und gerade als Natur- und Umweltschützer wissen wir heute natürlich, wo es eine große ökonomische Bedeutung gibt, gibt es auch eine große ökologische Bedeutung. Wo es eine große ökonomische Verantwortung gibt, gibt es auch eine große ökologische Verantwortung. Und ich glaube, wenn wir uns die aktuellen Entscheidungen ansehen, die die Bundesregierung jetzt gerade zur Energiewende gefällt hat, dann wird klar, dass diese Anstrengung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die nur zu meistern, nur zu bewältigen ist, wenn insbesondere auch die Menschen, die sich vornehmlich im sozialen

Dr. Gerhard Timm *Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Geschäftsführer*



Bereich engagieren, wenn diese die ökologische Fragestellung auch mit aufnehmen.

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist im Übrigen auch eine Klammer, eine begriffliche Klammer: Das kennen wir sowohl im ökologischen Kontext als auch im sozialen Kontext. Und ich glaube, auch da haben wir Berührungspunkte.

Ich würde gern noch einen weiteren Aspekt aufgreifen, einen Aspekt, den ich so wichtig finde, dass er angesprochen wird und der hier offensichtlich auch eine große Rolle spielen soll. Das ist die interkulturelle Kompetenz im Naturschutz und in der Freiwilligenarbeit, die natürlich auch im sozialen Bereich eine ganz zentrale Rolle spielt, die in den letzten Jahren auch mit zunehmender Intensität von den Wohlfahrtsverbänden angegangen und aufgegriffen wird. Man denke etwa an den Bereich der Pflege, ein sehr großer und wachsender Bereich sozialer Arbeit. Zum einen gibt es hier inzwischen einen Fachkräftemangel, der auch dadurch mit aufgefangen werden könnte, dass wir Fachkräfte aus anderen Ländern gewinnen, bei uns tätig zu werden. Auf der anderen Seite gibt es den Aspekt der zunehmend älter werdenden Migranten und Migrantinnen der ersten Generation, die jetzt auch der Pflege bedürfen und die natürlich kultursensibel – das heißt unter Berücksichtigung ihrer kulturellen Gepflogenheiten – gepflegt und betreut werden müssen. Das ist alles andere als trivial, da hier andere Gewohnheiten, andere Religionen, andere Empfindlichkeiten zu beachten sind, als wir es sonst gewohnt sind.

Cum grano salis gilt dies auch für den Naturschutz: Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund in bestehende deutsche Organisationen oder Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen in den verschiedenen inhaltlichen Bereichen. In jedem Fall brauchen wir eine Willkommenskultur, um gemeinsam an den Problemen zu arbeiten, die uns gemeinsam bewegen. Das ist ein zentraler Aspekt.

Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang ist die Internationalisierung, die ja auch im Umwelt- und Naturschutz eine große Rolle spielt, weil die Probleme global sind, um die es hier geht. Das betrifft den Naturschutz genauso wie etwa die Energiewende zum Klimaschutz, aber auch viele andere Umweltschutzbereiche. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir ungemein davon profitieren, wenn wir international aufgestellt sind und eng mit Menschen aus anderen Ländern zusammenarbeiten. Ich darf ein Beispiel nennen aus meiner ehrenamtlichen Tätigkeit. Ich bin Mitgründer und Gründungsvorstand der DESERTEC Foundation, einer Stiftung, die vor zwei Jahren hier in Berlin gegründet worden ist, um sich der Erzeugung von solarthermischem Strom in Wüstengebieten zu widmen. Aus den Wüstenländern kam die interessante Idee, auf die man eben einfach nicht kommt, wenn man im Norden lebt, dass unter den Spiegeln, die das Sonnenlicht zur Erzeugung von Hitze bündeln, Schattenflächen entstehen, die für weitere Zwecke genutzt werden können. Das war eine interessante praktische Erfahrung. Ich wollte das hier nur kurz erwähnen, weil ich glaube, dass man durch Internationalisierung von Austausch und Zusammenarbeit Erkenntnisse sammeln kann, die uns insgesamt weiterbringen.

In der BAGFW, und das ist meine Schlussbemerkung, ist die Geschäftsstelle für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit angesiedelt. Frau Wolf und Herr Klein haben das übernommen, sie sind auch beide hier auf dieser Veranstaltung. Die Vergabe der Geschäftsstelle an die BAGFW unterstreicht die Bedeutung, die die Freie Wohlfahrtspflege dem Freiwilligenengagement

zumisst und zeigt auch das Vertrauen, das die Europäische Union und die Bundesregierung diesbezüglich in die Freie Wohlfahrtspflege haben.

Wir bieten an, Sie im weiteren Verlauf des Jahres in Ihren Aktivitäten zu begleiten und zu unterstützen.

Ich bin überzeugt, dass diese Veranstaltung ein wichtiges Thema zum Gegenstand hat und ich wünsche ihr einen erfolgreichen Verlauf und gute Erkenntnisse für die weitere Arbeit.

Dr. Gerhard Timm
Bundesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege,
Geschäftsführer

3.3 Grußwort

Olaf Zimmermann Deutscher Kulturrat, Geschäftsführer



Sehr geehrte Damen und Herren
ich freue mich sehr, heute hier zu sein und ein Grußwort sprechen zu können. Dem Deutschen Naturschutzring möchte ich dafür sehr herzlich danken.

Ich finde, diese Einladung zeigt zweierlei: Zum einen wird deutlich, dass der dritte Sektor näher zusammengerückt ist. Das finde ich sehr positiv, denn ich denke, gemeinsam sind wir stärker als jeder für sich allein. Gerade der Austausch untereinander, von Erfahrungen und von Entwicklungen ist jeweils nutzbringend.

Zum anderen zeigt diese Einladung, dass die verschiedenen Bereiche des zivilgesellschaftlichen Engagements mit ähnlichen Fragestellungen und Herausforderungen zu tun haben. Im Kulturbereich ist eine der großen Herausforderungen eine demografiegerechte Kulturpolitik. Dabei spielt das bürgerrechtliche Engagement eine wichtige Rolle.

Bunter, älter, weniger

Vor einigen Jahren wurde der Slogan »bunter, älter, weniger« geprägt. Bunter, älter, weniger bedeutet,

dass die Kultureinrichtungen ein anderes Publikum vor sich haben. Ein Publikum, das durch drei Merkmale beschrieben werden kann. Es ist älter, es ist von der Anzahl her kleiner und es ist stärker migrantisch geprägt.

Wird bunter, älter, weniger ernst genommen, muss die Kulturförderung in stärkerem Maße die migrantische und postmigrantische Kultur in den Blick nehmen. Bunter, älter, weniger heißt aber auch, dass sich unsere Verbandsstrukturen ändern müssen. Wenn sie zukunftsfähig sein wollen, muss es gelingen, dass mehr Migranten Mitglied werden, dass diese Migranten sich in die Arbeit einbringen und vor allem, dass sie sich für verantwortliche Positionen zur Verfügung stellen und damit deutlich sichtbar werden. Neben dieser stärkeren Einbeziehung von Migranten muss es uns ebenso gelingen, stärker generationsübergreifend zu arbeiten.

Der Deutsche Kulturrat reagiert als Spitzenverband der Bundeskulturverbände auf die Herausforderung des »bunter« mit einem Runden Tisch Interkultur. An diesem Runden Tisch arbeiten Vertreter aus bundesweit tätigen Migrantorganisationen und Vertreter aus den Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates zusammen. Gemeinsam wird diskutiert, welche Weichen gestellt werden müssen, damit einerseits Migranten stärker am kulturellen Leben partizipieren und damit andererseits Migranten stärker als Künstler wahrgenommen werden. Darüber hinaus geht es um die Frage, wie Migrantorganisationen und Kultur- und Bildungseinrichtungen besser zusammenarbeiten und wie Migrantorganisationen stärker gefördert werden können. Diese Zusammenarbeit am Runden Tisch ist sehr ertragreich und es bahnen sich Kooperationen zwischen den verschiedenen Organisationen an.

Gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen haben wir uns in Fragen der kulturellen Bildung für und von älteren Men-

schen positioniert. Hier setzen wir uns gemeinsam für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und eine Anerkennung der Kulturarbeit mit und für ältere Menschen ein.

Als letzte Kooperation möchte ich die Zusammenarbeit des Deutschen Kulturrates mit dem Deutschen Olympischen Sportbund und der Bundesarbeitsgemeinschaft für freie Wohlfahrtspflege zur Gemeindefinanzreform erwähnen. Hier haben wir uns gemeinsam für die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge ausgesprochen.

Ich halte diese Formen der Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der gemeinsamen Diskussion für zentral, um von anderen zu lernen und eine demografiegerechte Kulturförderung zu entwickeln.

Ich denke, dass der demografische Wandel Chancen enthält und ich bin gespannt zu erfahren, wie Sie in Ihrem Feld neue Ansätze entwickeln und wünsche alles Gute für Ihre Tagung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Olaf Zimmermann
Deutscher Kulturrat,
Geschäftsführer

3.4 Grußwort

Dr. Ansgar Klein Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Geschäftsführer



Sehr geehrte Frau Blumenschein, sehr geehrte Damen und Herren,
das Engagement im Naturschutz gehört zu den wichtigen Bereichen, in denen man sich in unserer Gesellschaft engagieren kann. Betrachtet man dieses Engagement aus Sicht der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Herausforderungen, so wird und muss dieses Engagement in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen: Nicht zufällig befasst sich dieser Kongress daher auch mit den Folgen der Wachstums- und Konsumgesellschaft für Umwelt und Natur, mit dem Schutz der biologischen Vielfalt oder mit dem Bodenschutz.

Gesellschaftliche Herausforderungen und Lernprozesse

Seit den 1980er-Jahren sind zunehmend die globalen Zusammenhänge von Umweltschutz und Entwicklung (Konferenz von Rio), die lokalen Bezüge nachhaltiger Entwicklung (Agenda 21) oder auch die Herausforderungen an gute Formen der Bürgerbeteiligung etwa bei technischen Großprojekten (Stuttgart 21 als aktuelles Stichwort dafür) deutlicher

bewusst geworden. Eine Beschleunigung von Planungsvorhaben kann nur unter Bedingungen einer deutlich besseren Beteiligung eine Antwort auf diese Probleme sein.

Der komplette Richtungswechsel der Bundesregierung in der Energiepolitik nach der mehrfachen Kernschmelze in Fukushima macht deutlich, dass sich die Kritik an der hoch riskanten Kernkrafttechnologie nunmehr hierzulande durchgesetzt hat – aber die große Energiewende wird gerade für Umwelt- und Naturschutz eine sehr große Herausforderung sein: Neue Stromtrassen, Windkraftparks in großem Maßstab mit entsprechendem Landschaftsverbrauch et cetera mögen hier als Stichworte genügen.

Da jüngste Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) macht eindrucksvoll deutlich: Eine notwendige postfossile Wirtschaftsweise erfordert eine große gesellschaftliche, ökonomische, politische und kulturelle Transformation zur nachhaltigen Gesellschaft. Erforderlich dafür ist eine besondere Übereinkunft zwischen Staat, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Um die Dekarbonisierung weltweit voranzutreiben, sollte der Staat seine Rolle als Gestalter bewusst wahrnehmen. Dies ist jedoch nur zu legitimieren, wenn gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern bessere Partizipationsmöglichkeiten eingeräumt werden. Das WBGU-Gutachten unterstreicht mit dieser Forderung, dass eine klimaverträgliche Transformation nur erfolgreich sein kann, wenn sie gleichzeitig mit starken Demokratisierungsprozessen verbunden wird. Wir haben es also mit großen Herausforderungen für Engagement und Partizipation zu tun!

Diese wenigen Stichworte mögen zur Illustration der gesellschaftlichen Bedeutung des Umwelt- und Naturschutzes und der zu bewältigenden riesigen Herausforderungen genügen. Doch sind die Organisationen in diesem Bereich

für die enormen Zukunftsaufgaben denn auch hinreichend gerüstet und vorbereitet? Das Verdienst des heute und morgen durchgeführten Kongresses des DNR ist es, genau diese Fragen zu stellen!

Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements im Bereich »Umwelt/Tierschutz«

Erfreulicherweise verfügen wir hierzulande mit dem »Freiwilligensurvey« seit 1999 über eine Längsschnittuntersuchung des Engagements. Der dritte Freiwilligensurvey, der 2009 durchgeführt worden ist, hat für die Diskussionen dieses Kongresses einige wichtige Befunde erbracht:

2,8 Prozent der 23 Millionen Engagierten in Deutschland sind, so die Ergebnisse des jüngsten »Freiwilligensurveys« von 2009, im Bereich »Umwelt und Tierschutz« aktiv – das sind etwa 650.000 Engagierte. Dabei ist das Engagement von 88 Prozent der Engagierten auf lange Sicht und unbefristet angelegt. Die zeitliche Intensität des Engagements ist allerdings von 25 Stunden pro Monat auf monatliche 19 Stunden zurückgegangen.

Zunehmend sind ältere Menschen in diesem Bereich aktiv. Der dritte Freiwilligensurvey weist auf einen sogenannten Kohorteneffekt hin, nach dem in den kommenden Jahren das Engagement der Menschen, die in der 1968er-Zeiten sozialisiert worden sind, eine große Bedeutung erlangen wird – eine Chance nicht zuletzt auch für den Umwelt- und Naturschutz!

Dominante Organisationsformen im Bereich Umwelt und Naturschutz sind der Verein (54 Prozent), der Verband (17 Prozent) und die Initiative (10 Prozent). 58 Prozent der in diesem Bereich Engagierten führen vor allem praktische Tätigkeiten durch – übrigens eine sehr gute Voraussetzung, um auch Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen oder mit geistigen Einschränkungen im Engagement einzubinden. Gefragt nach den dringendsten Verbesserungsbedarfen, sagen die Befragten:

- dass sie sich (über 50 Prozent!) eine bessere Unterstützung ihres Engagements durch die Arbeitgeber wünschen,
- dass es an Räumen und Ausstattungen fehlt
- dass sie sich (60 Prozent) mehr Resonanz ihrer Arbeit in den Medien wünschen,
- dass sie mehr Informationen (58 Prozent) über ihre Arbeit benötigen,
- dass die Unkostenerstattung verbessert wird (42 Prozent),
- dass der Versicherungsschutz für Engagierte verbessert wird (41 Prozent).

Die Aufgaben im immer professionelleren Natur- und Umweltschutz sind heutzutage alleine ehrenamtlich kaum noch zu erfüllen. Die Wahrnehmung von Leitungs- und Vorstandsfunktionen – also das klassische Ehrenamt – liegt jedoch weit unter dem Durchschnitt anderer Bereiche des Engagements.

Die Umwelt- und Naturschutzverbände, dies macht diese Veranstaltung anschaulich deutlich, haben die Zeichen der Zeit erkannt! Hier in Potsdam wird sehr intensiv gemeinsam darüber diskutiert werden, wie:

- ein modernes Freiwilligenmanagement in Organisationen aussehen muss,
- die Gewinnung von jungen Menschen, von Frauen, von älteren Menschen und auch von Menschen mit Migrationshintergrund für das ehrenamtliche Engagement verbessert werden kann,

- die Beteiligungsmöglichkeiten für das Engagement im Umwelt- und Naturschutz verbessert werden können.
- Unternehmen in Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung die Engagierten besser unterstützen können

Förderung des Engagements – eine Herausforderung für die Vereine und Verbände

Über die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements entscheiden weniger Maßnahmen der Werbung, Rekrutierung oder sozialen Vergünstigung einzelner engagierter Bürgerinnen und Bürger. Es kommt auf die Entwicklung einer Kultur des Handelns und Entscheidens in konkreten Politikbereichen und Organisationsformen an, die bürgerschaftlich geprägt und beteiligungsorientiert ist. Es geht um eine bürgerschaftlich geprägte und beteiligungsorientierte Kultur des Planens und Entscheidens in gesellschaftlichen Institutionen unterschiedlicher Bereiche – wie Wohnen, Gesundheit, Kultur, Stadtentwicklung, Bildung und Umweltschutz. Der überfällige Umbau erfordert das Umdenken der etablierten Akteure.

Für die Engagementförderung werden vor diesem Hintergrund zum einen Fragen einer engagementfreundlichen Organisationsentwicklung von Vereinen, Verbänden oder Stiftungen (Bürgerstiftungen!), aber auch das wachsende Angebot von Freiwilligendiensten relevant. Sie bilden zusammengenommen die Infrastruktur der Zivilgesellschaft. Zum anderen wird die Stabilisierung und Fortentwicklung spezieller engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen als Thema der Engagementförderung erkannt: Sie weisen eine ausgesprochene Vielfalt an Gestaltungsformen für Trägerschaft, Rechtsform, Aufgabenschwerpunkte und Organisationsstruktur auf. Dazu gehören neben den Freiwilligenagenturen und -zentren, den Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen beispielsweise Familien-, Mütter- und Nachbarschaftszentren, soziokulturelle Einrichtungen, Bürgerbüros, lokale Agenda-21-Initiativen und lokale Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement in Kommunal- und Landkreisverwaltungen (Landesehrenamtsagenturen oder -stiftungen). Auch Vereine und Verbände im Bereich von Umwelt- und Naturschutz sollten in Zukunft stärker mit solchen Einrichtungen der Engagementförderung kooperieren.

In vielen Institutionen und Organisationen, in denen Haupt- und Ehrenamtliche zusammenarbeiten (sollen), gibt es Probleme und Konflikte zwischen beiden Seiten. Während die Hauptamtlichen die vermeintliche Gefährdung ihrer Arbeitsplätze durch das Ehrenamt befürchten, unzureichende Qualifikationen und die Störung eingespielter Arbeitsabläufe durch Ehrenamtliche beklagen, sehen sich Ehrenamtliche oft als »Handlanger« und »billige Arbeitskräfte« oder aber als marginalisierte Randfiguren missachtet und missbraucht. Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen lassen sich nicht ausschließlich durch bessere Managementtechniken lösen. Die Rolle von bürgerschaftlichem Engagement und bürgerschaftlicher Mitwirkung muss bei der Entwicklung organisationsbezogener Leitbilder, bei Aufbau- und Ablaufstrukturen und in strategischen Management- und Entscheidungsprozessen stärker als bisher berücksichtigt werden.

Zur aktuellen Engagementpolitik

Das BBE hat in den Jahren 2009 und 2010 das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) bei der Entwicklung einer eigenen Engagementstrategie beraten –

dabei wurden im »Nationalen Forum für Engagement und Partizipation« 16 Dialogforen mit 450 Expertinnen und Experten durchgeführt. In vier Dokumentationen haben wir die durchaus eindrucksvollen Ergebnisse dokumentiert. Bedauerlicherweise hat das BMFSFJ die Beratungsfunktion dem BBE zu Beginn des Jahres entzogen und als Dienstleistung neu vergeben. In diesem Jahr wird der Beratungsprozess zwar unter gleichem Namen fortgesetzt, jedoch sind die Dimensionen der demokratischen Beteiligung gekappt worden – die Themen der Beratung werden aus dem Ministerium vorgegeben, der Kreis der eingeladenen Personen ist handverlesen und vorgegeben.

Damit ist der eigentliche Mitbeteiligungsprozess der miteinander vernetzten Akteure im Feld der Engagementförderung und -politik durchbrochen worden. Das BBE wird daher in diesem Jahr eigene engagementstrategische Impulse entwickeln.

Das BBE selber wird derzeit nur halbjährlich in seiner Geschäftsstellenarbeit gefördert, die Förderung wird dabei bereits zum zweiten Mal gekürzt und soll 2012 noch weiter gekürzt werden – das würde dann die Vernetzungsarbeit wesentlich beschädigen.

Der neue Bundesfreiwilligendienst wird durch das aus dem alten Bundesamt für Zivildienst gebildete »Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben« verwaltet. Bisher bei den Trägern angesiedelte Kompetenzen werden dorthin verlagert. Damit wird das Prinzip der Subsidiarität und der freien Träger vor große Herausforderungen gestellt. Die von der Bundesregierung angekündigte Prüfung eines »nationalen Engagementgesetzes«, das die Förderkompetenzen des Bundes bedarfsgerecht, nach den Prinzipien der Zivilgesellschaft und systematisch entwickeln könnte, erfolgte bislang nicht – das BBE hat diesen Punkt immer wieder angemahnt.

Diese kurzen Schlaglichter auf die aktuelle Engagementpolitik machen deutlich: Governance und Beteiligung und auch Vernetzung sind produktiv und unverzichtbar, befinden sich aber derzeit unter erheblichem Druck. Vor diesem Hintergrund wird es umso wichtiger, gemeinsam und vernetzt Strukturentwicklungsbedarfe der Zivilgesellschaft und gute Rahmenbedingungen für Engagement und Beteiligung im Lichte der vielfältigen Erfahrungen und Bedarfe zu diskutieren!

Ich wünsche dem Deutschen Naturschutzring und dieser wichtigen Veranstaltung in Potsdam im Namen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und seiner 240 Mitgliedsorganisationen einen produktiven Verlauf. Die Ergebnisse werden im BBE mit Spannung erwartet.

Vielen Dank!

PD Dr. Ansgar Klein
Geschäftsführer des BBE

3.5 Rede

Aiman A. Mazyek Zentralrat der Muslime in Deutschland, Vorsitzender



Anreden, sehr geehrter Herr Vorsitzender Hubert Weinzierl

Was wissen wir eigentlich wirklich über den Islam? Alle reden über den Islam, kaum einer fragt die Muslime selber über ihre Religion, und wer das Wort Scharia meint aussprechen zu können, denkt er wäre schon Experte. Dies beschreibt ungefähr die gegenwärtige Situation der hektischen Islamdebatte hierzulande. Passend und beinahe entlarvend was der bibelfeste Johann Wolfgang von Goethe schon in seinem Westöstlichen Divan dazu zu sagen pflegte: »Närrisch, dass jeder in seinem Falle Seine besondere Meinung preist! Wenn Islam Gott ergeben heißt, In Islam leben und sterben wir alle.«

Der Islam, übersetzt Frieden und Hingabe zu Gott, geht von der Einheit der Menschheit aus und betrachtet die Menschen als eine gemeinsame Gesellschaft (Gemeinschaft). Die Menschen sind Geschöpfe des Einen Schöpfers und Kinder eines gemeinsamen Vaters und einer gemeinsamen Mutter, Adam und Eva. Er betrachtet sich nicht als eine besondere Gesellschaft mit Vorrechten unter den Menschen, sondern ist ausdrücklich verpflichtet, Gerechtigkeit und Güte gegenüber allen Menschen, gegenüber der Tierwelt und seiner Umwelt entgegenzubringen.

Gottes Barmherzigkeit

Jeder Mensch ist für seine Taten verantwortlich, für die er am Jüngsten Tag Rechenschaft ablegen muss und für die er letztendlich bestraft wird (Hölle) oder belohnt wird (Paradies). Dabei kann und soll der Gläubige stets auf Gottes Barmherzigkeit hoffen. Gott stellt seine Barmherzigkeit – eine Eigenschaft die übrigens die meiste Erwähnung (der Koran hat 112 Suren, das sind Kapitel, die alle bis auf eine Sure mit den Worten beginnen: »Im Namen des Allerbarmers des Barmherzigen.«) bei der Beschreibung Gottes (siehe 99 Namen) im Koran findet – gegenüber seinen Geschöpfen im Koran als grenzenlos dar und in einem Ausspruch des Propheten spricht Gott: »Meine Barmherzigkeit überwiegt meinen Zorn«.

Unser Bündnis mit Gott ist stets von der Hoffnung getragen, dass unsere Vergehen und Versäumnisse vom Barmherzigen vergeben werden. Gott sagte mittels seines Gesandten Mohammad: »Oh Mensch, wenn auch deine Missetaten bis zu den Wolken des Himmels reichten, und du Mich um Vergebung bittest, so vergebe ich dir.« (Hadith kudsi nach at-Tirmisi)

Eindringlich ruft Gott die Menschen im Koran auf: »Verliert nicht die Hoffnung auf Gottes Barmherzigkeit. Gewiss, Gott vergibt alle Sünden. Er ist ja der Allvergebende und Barmherzige.« (Sure 39/Vers53).

Toleranz und Achtung gegenüber Andersgläubigen

Der Islam bedeutet direkt übersetzt Frieden und der Muslim ist angehalten, mit Gott, seinen Mitmenschen, mit seiner Umwelt und mit sich selber in Frieden zu leben. Das tägliche »Salamu alaikum« (übersetzt »Friede sei mit Dir«) – der muslimische Friedensgruß – erzieht uns zu dieser Haltung.

Die Verschiedenartigkeit und bunte Vielfalt der Menschen ist übrigens ein Zeichen Gottes und von Gott gewollt: »Oh ihr Menschen, Wir haben euch von einem männlichen und weiblichen Wesen erschaffen, und Wir haben euch zu Verbänden und Stämmen gemacht, damit ihr einander kennen lernt. Der Angesehenste von euch bei Gott, das ist der Gottesfürchtigste von euch. (49:13) (4:1). Das ist der Grund der Verschiedenheit der Menschen, damit sie einander kennenlernen.

Maßstab und Bewertung aller Menschen ist nicht ihre Volks- oder Rassenzugehörigkeit, sondern die Gottesfürchtigkeit, das heißt, die Tat und die Rechtchaffenheit eines Menschen machen ihn zu einem besseren oder schlechteren Menschen.

Der Islam garantiert die Freiheit der Religionsausübung, manifestiert im Koranvers: »Es gibt keinen Zwang im Glauben« (2:256) »Euch eure Religion und mir meine Religion«(109:6). Daraus leitet der Zentralrat der Muslime in Deutschland in seiner im Jahre 2002 herausgegebenen »IslamCharta« ab: »Daher akzeptieren sie auch das Recht, die Religion zu wechseln, eine andere oder gar keine Religion zu haben.«

Der Großteil der islamischen Gelehrten und die Muslime in Deutschland allemal sind sich darin einig, dass es keine Rivalität zwischen Koran und dem Grundgesetz gibt – man kann eine guter Muslim sein und (deshalb gerade) ein guter und loyaler Staatsbürger. Unmissverständlich heißt es an anderer Stelle in der Charta: »Das Gebot des islamischen Rechts, die jeweilige Rechtsordnung anzuerkennen, schließt die Anerkennung des deutschen Ehe-, Erb-, und Prozessrechts ein«.

Die Existenz verschiedener Religionsgemeinschaften ist ebenfalls von Gott gewollt, »denn wenn Allah gewollt hätte, hätte Er euch (Juden, Christen und Muslime) zu einer einzigen Gemeinschaft gemacht. Doch will Er euch prüfen in dem, was Er euch hat zukommen lassen. So eilt zu den guten Dingen um die Wette. Zu Gott werdet ihr allesamt zurückkehren, dann wird Er euch kundtun, worüber ihr uneins waret.«

Islam in der Tradition von Juden- und Christentum

Als abrahamitische Religion und Träger göttlicher Offenbarungen, als »Leute der Schrift« müssen Muslime Juden und Christen respektieren und anerkennen. Zudem spricht der Koran von allen Propheten und vor allem von Moses und Jesus mit großem Respekt. Jesus wird von den Muslimen als großartiger Propheten mit einer großartigen Mutter verehrt: »Und Wir haben Jesus, dem Sohn Marias, die deutlichen Zeichen zukommen lassen und ihn mit dem Geist der Heiligkeit gestärkt.« (2:253).

Der Koran verpflichtet die Muslime, mit den Andersgläubigen den Dialog auf beste Art und Weise zu führen. »Und streitet mit ihnen auf die beste Art.« (29:46) Hier ist »streiten« im Sinne von Streitkultur gemeint. Durch die Erlaubnis einer Tisch- und Ehegemeinschaft mit Christen und Juden wird den Muslimen die gesellschaftliche Praktizierung ermöglicht.

Die Grundlage für einen zivilisierten Umgang miteinander ist uns durch unsere Religionen gegeben. Gerade bei den drei Weltreligionen überwiegen die Gemeinsamkeiten.

Was will der Islam also in Deutschland?

Über vier Millionen Muslime leben hierzulande – längst ist der Islam Teil Deutschlands. Endlich hat unser Bundespräsident dies ausgesprochen, was ohnehin Teil der Realität ist. Aber hat nicht der ehemalige Innenminister Wolfgang Schäuble vor fast vier Jahren genau dasselbe gesagt und hat er nicht dafür – auch von den Konservativen – Beifall bekommen? Warum jetzt diese Aufregung über diesen Satz?

Nun scheint die giftige Saat von jahrelangem Islam-Bashing selbsternannter Islamexperten, Hassprediger und Islamkritiker aufgegangen zu sein. Inzwischen schüren nicht nur Rechtspopulisten Angst vor der angeblichen Islamisierung unseres Landes.

Und so schlägt uns, wie seriöse Umfragen und Untersuchungen belegen, spätestens seit dem 11. September 2001 Hass und Islamfeindlichkeit entgegen. Alltagsdiskriminierungen bei Arbeits- oder Wohnungssuche nehmen zu. Die Situation ist kein Zuckerschlecken für deutsche Muslime. Alleine im letzten Monat wurde die Berliner Sehlik-Moschee dreimal Opfer eines Brandanschlags, vom islamfeindlichen Mord an Marwa El-Sherbini im Dresdener Landgericht im letzten Jahr ganz zu schweigen.

Die eigentliche Frage ist doch: Ist Deutschland bereit, seinen deutschen Muslimen eine Chance zu geben, oder verweist es – wie die Sarrazin-Thesen es deutlich machen – die Muslime direkt auf die Anklagebank? Der Bundespräsident hat das nicht getan und hat die Vielfalt in der Einheit Deutschlands angemahnt.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Uns Muslimen ist es genau so zuwider, wenn in einigen Vierteln pseudomuslimische Gangster durch die Straßen laufen, die sich in Ermangelung von Identitäten auf das Türkisch-Arabische oder sogar auf das Islamische zurückziehen. Es ist aber falsch, das Verhalten von Kriminellen der Religion zuzuschreiben. Es gibt muslimische Gangster, aber es gibt kein islamisches Gangstertum, weil der Islam Straftaten verabscheut. Hier fehlt die Trennschärfe in der gegenwärtigen Diskussion. Hier werden schichtspezifische Probleme einfach islamisiert.

Zudem ist die Integrationsdiskussion in Teilen verlogen: Es ist einfach unfair, wenn man Migranten jahrelang Entwicklungsmöglichkeiten vorenthält und ihnen dann die Folgen dieser verfehlten Politik anlastet, selbst aber in einen Überbietungswettbewerb populistischer Phrasen eintritt, wie die jüngste Aussage von Horst Seehofer es deutlich macht. Wer so verantwortungslos redet, muss sich ernsthaft fragen, ob er wirklich die Probleme – die niemand bestreitet, dass es sie gibt – lösen will. Er muss sich auch fragen, warum er ständig Negativspeispiele bemüht, anstatt über die laut dem jetzigen Innenminister 85 Prozent integrationswilligen Einwanderer und deren Erfolgsgeschichte spricht?

Und wenn alles nicht hilft, wird die Historie bemüht: die christlich-jüdischen Wurzeln, exklusive des Islam. Die jüdische Philosophin Bruckstein-Coruh spricht in diesem Zusammenhang von einer »Erfindung der europäischen Moderne und ein Lieblingskind der traumatisierten Deutschen«. Dabei werden die griechischen Wurzeln Europas einfach ausgeblendet und auch, dass es die Araber waren, die uns beispielsweise die Schriften Aristoteles erst

geborgen und ins Arabische übersetzt und beigebracht haben. Große christliche Theologen studierten zudem Averroes und Avicenna und wie sie richtig heißen Ibn Rushd und Ibn Sina. Die griechischen Wissenschaften – als maßgebliches Erbe Europas – wanderten also vom Griechischen über das Arabische ins Lateinische. Wir stehen also im Abendland auch auf morgenländischen Beinen, wer dies verkennt, betreibt Geschichtsfälschung und übersieht die 700-jährige islamische Geschichte Spaniens, das bis heute euro-arabische Malta, den europäisch-muslimischen Balkan, das vom Orient kulturell durchdrungene Sizilien und die über 500-jährige Enklave der muslimischen Tataren in Polen. Es gibt hier nur eines, was wirklich hilft: Augen auf, Europa und zurück zu der Offenheit gegenüber anderen Kulturen, die einen Kontinent so stark macht.

Die über 2000 Moscheen in Deutschland – davon knapp 160 architektonisch als Moschee sichtbare – werden in der überwiegenden Zahl von vier Dachverbänden vertreten, nämlich von DITIB, VIKZ, Islamrat und Zentralrat. Die Moscheen tragen seit Jahrzehnten die Kosten ihrer sozialen und religiösen Betreuung alleine. Die vier muslimischen Dachverbände mit ihren angeschlossenen Religionsgemeinschaften haben sich zudem zum Koordinationsrat der Muslime, kurz KRM, vor etwa drei Jahren zusammengeschlossen und auf der Länderebene sind ihre Moscheen vielerorts in sogenannten Schura-Räten und muslimischen Landesverbänden organisiert.

Der Zentralrat der Muslime, wie die anderen Dachverbände, deckt jenen Teil der Muslime ab, der sich zum praktizierenden Teil der muslimischen Gemeinschaft zählt. Dabei ist es unerheblich, ob der nun 20 Prozent beträgt, wie das Innenministerium meint, oder sogar 50 Prozent, wie einige wissenschaftliche Erhebungen (z. B. eine Untersuchung der Rhein-Ruhr Uni von 2006) erklären.

Fakt ist, dass in den Moscheen muslimisches Leben stattfindet und nicht anderswo. Es gibt natürlich auch noch einen beträchtlichen anderen Anteil einzelner nicht in den Gemeinden eingebundener Muslime. Für diese sind die Fragen nach Religionsunterricht für ihre Kinder oder zum Beispiel die Frage nach muslimischer Seelsorge und Lehrstühlen für islamische Theologie, die Ausbildung von Imamen in Deutschland oder gar der Verzehr von islamisch geschächteten Tieren eher von marginaler Bedeutung.

Und doch findet für die Muslime und ihre Gemeinden in unserem Lande so etwas wie ein Subsidiaritätsprinzip oder eine Solidarität im religionspolitischen Sinne kaum statt.

Obgleich die Moschee den Kommunen und Ländern sowohl finanziell wie auch strukturell viel Arbeit abnimmt, verzichtet kaum eine Islam-Debatte auf die schon obligatorische Pauschalkritik an den Moscheen, ihren Imamen oder ihren Strukturen.

Diese jahrelange Debatte, die meist die fehlende Trennschärfe von Extremismus und Religion vermissen ließ, fordert nun ihren Tribut. Der Islam wird heute in erster Linie im Kontext der Sicherheitspolitik und als Politikum betrachtet. Aber Religionsverfassungsrecht und Integrationspolitik kann nicht im Rahmen von Sicherheitsgesetzen verhandelt und umgesetzt werden. Doch die Politik scheut sich, so wie sprichwörtlich der Teufel das Weihwasser, mit den Muslimen zusammen die rechtliche Anerkennung, wie diese für Christen und Juden selbstverständlich ist, anzusteuern. Der insbesondere bei Sonntagsreden gerne zitierte Slogan »Fördern und Fordern« wird so zur Farce, wenn im Zusammenhang von Islam stets Sicherheitsdebatten entfacht werden.

Aber wie gesagt, die Auseinandersetzung mit dem Islam in diesem Land geht meist über die Bereiche Sicherheit und Extremismus kaum hinaus, dies hat ja meine Vorrednerin Frau Dr. Ravenstein bereits zu Recht bedauert. Und wenn Muslime sich dann zu praktischen Lebensfragen im Kontext ihres Glaubens äußern, findet es kaum Beachtung

Als wir vor einigen Tagen unsere Stellungnahme im Zuge der Gesetzesfassung im Bundestag zur Präimplantationsdiagnostik – kurz PID – herausgegeben haben, die qualifiziert, verständlich und sich in ihrer Position durchaus von Kirche abhebt, fand diese Stellungnahme zwar viel Beachtung in der Netz-Community, aber recht wenig in der Presse und Öffentlichkeit. Obgleich – oder muss ich sagen weil – es sich um eine Position handelt, die sich eben nicht mit den Frage der inneren Sicherheit beschäftigt. Aber wenn der neue Innenminister sich anschickt zu einer neuen Sicherheitskonferenz einzuladen, können Sie sicher sein, dass jedes Wort und jede Stellungnahme – auch und gerade von den Muslimen - Verbreitung und Gehör findet.

Für die meisten Muslime steht die Lehre im Vordergrund und nicht die Politik; deshalb hat auch der Zentralrat beispielsweise für die Ausbildung von Imamen dafür plädiert, dass diese am besten hierzulande ausgebildet werden und dass dafür die rechtlichen und strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden müssten.

Seit über 20 Jahren bemühen sich nun die Muslime schon um einen Religionsunterricht nach Art. 7.3. und dass die Politik sie als Ansprechpartner ernst nimmt, damit die nötige verfassungsrechtliche Grundlage dafür geschaffen wird, sodass Islamunterricht auf Deutsch unter deutscher Schulaufsicht endlich bundesweit angeboten werden kann. Dies gilt auch für den Ausbildungsgang von Imamen an staatlichen Universitäten.

Auf der Deutschen Islamkonferenz ist die Chance verpasst worden, einen echten Dialog mit legitimierten muslimischen Vertretern auf der einen Seite und Vertretern der Länder (da ja Religion nach unserem Grundgesetz Ländersache ist) auf der anderen Seite herzustellen. Der Innenminister hätte dabei quasi als Moderator die Einhaltung einer Roadmap für die staatliche Anerkennung entwickeln können.

Und so bleiben wir von einer Gleichberechtigung oder gar Gleichbehandlung der Muslime mit ihren Moscheen und Religionsgemeinschaften in Deutschland noch meilenweit entfernt. Das empfinden auch zunehmend viele deutsche Muslime, die hier integriert sind, hier arbeiten und ihre Steuern zahlen, und gerade auch die erste »Gastarbeitergeneration«, die ebenso ihren Anteil am Wirtschaftsaufschwung vor allem in der Nachkriegszeit in Deutschland hat und heute die Rentnergeneration bildet.

Weil aber das Staatskirchenrecht in Deutschland nicht unumstritten ist, stehen wir vor einem zusätzlichen Dilemma: Wer verhindern will, dass das Staatskirchenrecht nun auch auf den Islam hierzulande angewandt werden soll, behindert nicht nur die Muslime darin, sich rechtlich zu etablieren sondern delegitimiert vorhandenes Verfassungsrecht. Nimmt man aber den Islam hier in Deutschland rechtlich endlich auf, integriert ihn sozusagen staatsrechtlich, stabilisiert man geltendes Staatskirchenrecht und Religionsverfassungsrecht.

Und so plädieren nicht wenige in diesem Land für eine Art Sonderstatus für die Muslime unterhalb dessen, was unser Religionsverfassungsrecht vorsieht. Aber für diesen faulen Kompromiss – schon alleine im Hinblick auf die Unversehrtheit unseres Grundgesetzes – sind die Muslime nicht bereit.

Meine Damen und Herren, ein Wert an sich, den Europa für sich auch ausgemacht hat, ist die Offenheit gegenüber anderen Kulturen. Wenn wir diese Offenheit verlieren, würde so auch ein Stück Europa verloren gehen. Die aktuelle Debatte um Integration in Deutschland darf keine Abwehrschlacht gegen den Islam werden. Ich plädiere vielmehr für einen konstruktiven Wettstreit mit den anderen, die beste Lösung zu suchen. »Nicht um die Wette leben, sondern um die Werte leben«, könnte ein an der im besten Sinne europäischen Tradition angelehntes Credo heißen. Im Umgang mit neuen Minderheiten zeigt sich auch inwieweit die Werte Toleranz und Freiheit in der Praxis eingelöst werden, oder auch nicht.

Der Islam mit seiner 1400-jährige Geschichte belegt ja nur allzu deutlich, dass er friedliche Absichten hat, niemand kann das leugnen. Der Islam hat die Möglichkeiten viel Gutes für Gesellschaft zu leisten, nicht nur als einzelner Steuerzahler in diesem Land, sondern auch für eine Vision einer besseren und gerechteren Welt zu arbeiten. Die Möglichkeiten werden insbesondere dann entfaltet, wenn die Religion als individuelles Angebot verstanden wird, den eigenen Lebenslinien in Freiheit nachzugehen.

Freiheit bedeutet im Umkehrschluss auch Verantwortung zu erkennen und zu übernehmen. Dies heißt dann aber unsere Lebensarten und Leitlinien auf den großen Marktplatz zu tragen und dort nicht verkommen zu lassen. Sich einzumischen und munter mitzudiskutieren.

Ein arabisches Sprichwort besagt: »Die Liebe zum Vaterland kommt vom Glauben«. Der Islam ist nicht nur durch seine Geschichte in Europa ein Teil Deutschlands, sondern auch durch seine real hier lebenden muslimischen Bürger. Und längst ist Deutschland im Herzen vieler Muslime und Teil ihres Denkens, dessen sind wir alle Zeuge, nicht zuletzt bei unserer Fußballnationalmannschaft.

Aiman A. Mazyek
Zentralrat der Muslime in
Deutschland, Vorsitzender

3.6 Rede: »Gemeinsam für die Erhaltung der biologischen Vielfalt unterwegs: Staatliche Naturschutzpolitik und bürgerschaftliches Engagement für die Natur«

Katherina Reiche
Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit, Parla-
mentarische Staatssekretärin



I. Einleitung

»Zusammenhalt, Verständigung, Miteinanderauskommen: All das geschieht nicht von allein. Dafür muss man etwas tun. Unsere Gesellschaft lebt von denen, die sehen, wo sie gebraucht werden, die nicht dreimal überlegen, ob sie sich einsetzen und Verantwortung übernehmen.« Mit diesen Worten hat Bundespräsident Christian Wulff in seiner Weihnachtsansprache vom vergangenen Jahr in wenigen Worten zusammengefasst, was die Seele unserer Bürgergesellschaft ausmacht: Das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Keine der großen Herausforderungen, denen wir uns in Politik und Gesellschaft gegenübersehen – sei es der demografische Wandel, die Reform des Bildungswesens oder die Energiewende – wird ohne aktive und engagierte Bürgerinnen und Bürger erfolgreich bewältigt werden können.

Unsere Gesellschaft ist auf ihre freiwilligen und gemeinwohlorientierten Beiträge angewiesen. Das ehrenamtliche, freiwillige Engagement hat heute einen so hohen Stellenwert in Deutschland, dass wir darauf nicht mehr verzichten können. Und mit Blick auf die demografische Entwicklung wird die Bedeutung sogar noch weiter zunehmen. Mehr als jeder dritte Bundesbürger ab 14 Jahren engagiert sich in

Deutschland freiwillig in Verbänden, Initiativen oder Projekten. Die Bereitschaft der Bürger dazu hat in den vergangenen zehn Jahren immer weiter zugenommen. Insgesamt engagieren sich rund 23 Millionen Menschen ehrenamtlich. Sie setzen ihre Fantasie, ihre Kraft und oft auch eigenes Geld und ihre Zeit für eine lebenswerte Zukunft ein. Allein die Mitgliedsverbände des DNR leisten im Jahr über 10 Millionen Stunden ehrenamtlicher Arbeit. Das ist nicht nur eine beeindruckende Zahl, sondern auch ein Wert, der gar nicht groß genug geschätzt und gewürdigt werden kann. Sie arbeiten für praktischen Naturschutz, sie informieren, klären auf, wecken Bewusstsein für die Notwendigkeit von Ressourcenschonung und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und bieten auch anderen die Möglichkeit, aktiv zu werden.

Mit diesem Engagement für den Umwelt- und Naturschutz nehmen Sie oft auch eine wichtige soziale Funktion wahr: Indem Sie sich mit allen zusammenfinden, die sich engagieren wollen, leisten Sie einen aktiven Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft, zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderungen oder aus schwierigen sozialen Ver-

hältnissen. Sie alle zeigen, wie viel jeder Einzelne beitragen und an Positivem erreichen kann und wie viel Freude und persönliche Genugtuung das birgt – bei aller Arbeit, die natürlich auch regelmäßig nötig ist.

Für diese Arbeit möchte ich Ihnen Allen an dieser Stelle herzlich danken, ganz persönlich, aber auch stellvertretend für die vielen Ehrenamtlichen im DNR.

II. Bedeutung der Biologischen Vielfalt

Staatliches Handeln kann ehrenamtliches Engagement nicht ersetzen. Vielmehr ziehen wir alle an einem Strang – und meistens auch mehr oder weniger in dieselbe Richtung. Dies gilt insbesondere für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Das gehört zu den ganz großen umweltpolitischen Herausforderungen, die wir nur zusammen bewältigen können. Das auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2002 in Johannesburg vereinbarte Ziel, bis zum Jahr 2010 den weltweiten Verlust an biologischer Vielfalt entscheidend zu verlangsamen, konnte nicht erreicht werden.

Die biologische Vielfalt und damit der Reichtum unserer Erde gehen noch immer in dramatischem Ausmaß zurück. Erst in der vergangenen Woche wurde erneut wieder über die dramatische Situation in unseren Weltmeeren in verschiedenen Medien, selbst in Boulevardzeitungen, berichtet.

Die Geschwindigkeit, in der dieser Prozess immer noch abläuft, ist beängstigend. Das nehmen wir nicht nur durch Informationen aus der ganzen Welt wahr. Wir erleben es auch bei unseren Spaziergängen, sehen oft vor der Haustüre, wo es im Argen liegt: in Wald und Feld, auf Wiesen und an Gewässern.

Dies darf uns aber nicht entmutigen, sondern sollte vielmehr ein Ansporn für uns sein, aktiv zu bleiben und nach neuen Wegen zu suchen. Denn die Krise der Biodiversität ist genau so groß wie die Klimakrise.

Beim Schutz von Natur und biologischer Vielfalt geht es zunächst ganz klar um unsere Verantwortung für die Natur. Und zwar nicht nur für uns, sondern auch für künftige Generationen. Natur hat einen eigenen Wert und ein eigenes Recht. Aber nicht nur ethische Gründe sind ein Motiv, biologische Vielfalt zu erhalten. Wir sind auch ökonomisch gut beraten, in die Erhaltung der biologischen Vielfalt zu investieren.

Die biologische Vielfalt ist Basis für vielfältige Dienstleistungen der Natur, die Existenzgrundlage für Mensch und Wirtschaft sind: Denken Sie beispielsweise an Hochwasserrückhaltung, an sauberes Trinkwasser, an Kohlenstoffspeicherung, an natürliche Wälder als Referenzflächen für nachhaltige Forstwirtschaft, an pflanzliche Wirkstoffe für medizinische und kosmetische Anwendung, an die Bestäubungsleistung von Insekten für Wiesen, Weiden, Obst und Gemüse. Natur ist unser Kapital. Es ist vernünftiger und günstiger, in den Schutz der biologischen Vielfalt zu investieren als die Schäden zu bezahlen, die bei einem verschwenderischen, verbrauchenden Umgang mit der Natur entstehen.

Die von Deutschland initiierte Studie »The Economics of Ecosystem Services and Biodiversity« (TEEB-Studie) hat hier auf internationaler Ebene bahnbrechend gewirkt. Wir wollen ihre Grundgedanken jetzt in Deutschland mit dem Projekt Naturkapital anwenden. Es geht um die Umsetzung der Empfehlungen der internationalen TEEB-Studie in Deutschland: Letztlich geht es darum, Unterstützung und Akzeptanz für den Naturschutz in Deutschland zu stärken, indem die grundlegende Bedeutung der Natur für die Gesellschaft und unser Leben verdeutlicht wird.

Schließlich geht es in der Naturschutzpolitik auch darum, die Identifikation der Menschen mit den Naturschätzen ihrer Region und die Kooperation unterschiedlicher Akteure zu stärken. Es geht darum, Regionen in ihrer regional-typischen Eigenart zu unterstützen – letztlich das, was man »Heimat« nennt.

III. UN-Dekade zur biologischen Vielfalt

Auf der 10. UN-Konferenz zum Schutz der biologischen Vielfalt im japanischen Nagoya im letzten Jahr hat die Weltgemeinschaft die Richtung der internationalen Politik zum Schutz der biologischen Vielfalt in einem neuen strategischen Plan für die nächsten zehn Jahre vorgegeben. Das neue übergeordnete Ziel besteht darin, bis 2020 den weltweiten Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen. Ein sehr ambitioniertes, aber auch notwendiges Ziel. Zur Umsetzung dieses Ziels wurden 20 konkrete Unterziele und Zwischenziele festgelegt, die es bis 2020 und zum Teil sogar schon bis 2015 zu erreichen gilt. Ein ehrgeiziger Plan zur Mobilisierung der erforderlichen finanziellen Mittel soll die Umsetzung begleiten.

Die Vereinten Nationen haben im Dezember 2010 für die Jahre von 2011 bis 2020 die UN-Dekade zur biologischen Vielfalt ausgerufen. Damit wird die zentrale Bedeutung, die der Erhaltung der biologischen Vielfalt für eine nachhaltige Entwicklung zukommt, noch unterstrichen. Die UN bekräftigen dadurch nicht nur die ökologische Bedeutung, sondern auch die vielfältigen sozialen, ökonomischen, kulturellen und ästhetischen Werte der Biodiversität sowie ihre Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung. Die UN-Dekade soll dazu beitragen, globale Biodiversitätsziele umzusetzen.

IV. Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt

National sind wir mit der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, die 2007 vom Kabinett beschlossen wurde, bereits gut aufgestellt. Unsere Nationale Strategie ist eine umfassende und sehr anspruchsvolle Strategie, die auch international viel Anerkennung erfahren hat, weil sie zukunftsorientierte Visionen und konkrete Ziele für alle biodiversitätsrelevanten Bereiche enthält. Die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt enthält rund 330 konkrete und oft quantifizierte Ziele mit einem Zeithorizont bis 2020 – sie liegt damit synchron zu dem internationalen neuen strategischen Plan der Convention on Biological Diversity, kurz CBD – und deckt übrigens auch genau die Zeitspanne der UN-Dekade zur biologischen Vielfalt ab.

Die Ziele setzen an sowohl bei dem Schutz von Arten und Lebensräumen als auch bei dem Schutz der genetischen Vielfalt von wildlebenden und domestizierten Arten. So sollen nach der Nationalen Strategie beispielsweise

- bis 2020 für den größten Teil der Rote-Liste-Arten die Gefährdungssituation um eine Stufe verbessert haben. Spezielle Zielsetzungen gelten unter anderem der weiteren Entwicklung von Wäldern, Flüssen, Auen und Mooren.
- In Deutschland soll es wieder Wildnisgebiete geben, in denen sich die Natur nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten entwickeln kann. Bis zum Jahr 2020 soll dies auf mindestens zwei Prozent der Landesfläche möglich sein.
- Gleichzeitig soll aber auch die biologische Vielfalt in den Kulturlandschaften, die prägend für Deutschland sind, bis 2020 gesteigert und die Vielfalt, Schönheit und regionaltypische Eigenart dieser Landschaften bewahrt werden.

Außer dem Schutzgedanken greift die Nationale Strategie die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt auf. Neben Zielen zum naturverträglichen Wirtschaften, zur Vorbildfunktion des Staates und zur Bodennutzung allgemein sind für wichtige Flächennutzungen spezielle Ziele formuliert: Landwirtschaft, Rohstoffabbau und Energiegewinnung, Siedlung und Verkehr sowie Erholung und Tourismus.

Weitere Ziele befassen sich mit stofflichen Einträgen, dem Klimawandel, den genetischen Ressourcen und dem gesellschaftlichen Bewusstsein. Die Verwirklichung der Ziele und Umsetzung der Maßnahmen der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt sind von der Bundesregierung oder dem Bundesumweltministerium allein nicht zu erreichen. Wir brauchen die Beteiligung der Länder, Städte und Kommunen, der Schutz- und Nutzerverbände, von Wirtschaft und Industrie. Und wir brauchen die Unterstützung von Ihnen, den Umwelt- und Naturschutzverbänden. Wir hoffen und setzen dabei auch auf die vielen ehrenamtlichen Naturschützer. Kurz: Alle müssen mitmachen, denn es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es ist unsere gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

Das Bundesumweltministerium hat deshalb bereits im Dezember 2007 einen umfangreichen Dialogprozess zur Einbeziehung der gesellschaftlichen Gruppen in die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt gestartet. Bisher wurden drei nationale Foren, sieben regionale Foren und rund 20 Dialogforen mit spezifischen Akteursgruppen durchgeführt.

Die Länder Bayern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und das Saarland haben bereits eigene Biodiversitätsstrategien aufgestellt und andere Länder sind dabei, dies ebenfalls zu tun. Auf kommunaler Ebene führte ein Dialogforum zu der Deklaration für biologische Vielfalt in Kommunen, die mittlerweile von rund 190 Städten und Gemeinden unterzeichnet wurde. Ich würde mich freuen, wenn hier weitere Unterzeichner hinzukommen.

Mit Leben gefüllt wird die Nationale Strategie für biologische Vielfalt durch das Bundesprogramm Biologische Vielfalt, das wir im Dialog mit vielen Akteuren entwickelt haben.

Die Förderschwerpunkte »Arten in besonderer Verantwortung Deutschlands«, »Hotspots der biologischen Vielfalt« und »Ökosystemdienstleistungen« wurden im Vorfeld intensiv mit allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen diskutiert und sind dort auf breite Zustimmung gestoßen. Viele von Ihnen waren an diesen Dialogen beteiligt und haben sie durch ihre Beiträge bereichert. Dass es uns gelungen ist, in Zeiten, in denen Einsparungen an der Tagesordnung sind und Fördertitel normalerweise gekürzt werden, das Bundesprogramm Biologische Vielfalt als dauerhaftes Förderprogramm mit einem Mittelansatz von 15 Millionen Euro jährlich ins Leben zu rufen, ist ein großer Erfolg für den Naturschutz.

Übrigens wird das Bundesprogramm nicht zu Lasten der sonstigen Fördermöglichkeiten im Naturschutz gehen. So besteht insbesondere auch das erfolgreiche Förderprogramm chance.natur weiter, mit dem seit 1979 insgesamt 76 gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzgroßprojekte mit einer Gesamtfläche von rund 3.500 Quadratkilometern vom Bund unterstützt wurden.

Neben der Nationalen Strategie und dem Bundesprogramm Biologische Vielfalt verfolgen wir weitere Ansätze zur Erhaltung der biologischen Vielfalt mit Nachdruck. So hat die unionsgeführte Bundesregierung bereits in der vergangenen Legislaturperiode vereinbart, gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzflächen des Bundes als Nationales Naturerbe unentgeltlich in eine Bun-

desstiftung einzubringen oder an die Länder, Verbände und sonstige Stiftungen zu übertragen. Dafür wurden 125.000 Hektar festgelegt. Eine Größenordnung von zwölf Nationalparks nationalen Zuschnitts. Die Flächenübertragungen der 1. Tranche mit rund 100.000 Hektar sind weitgehend abgeschlossen. Die Arbeiten zur Sicherung der 2. Tranche mit 25.000 Hektar wurden zügig aufgenommen.

Mit dem Nationalen Naturerbe ist es uns gelungen einen »Naturschatz« in Deutschland zu schaffen, der einmalig ist und dessen immenser Wert immer deutlicher wird. Eine zentrale Weichenstellung für den Naturschutz in unserem Land.

V. Abschluss

Alle Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt werden nur dann Erfolg haben, wenn es uns gelingt, die Bedeutung biologischer Vielfalt noch besser als bisher zu kommunizieren. Dies gilt auch für das Bundesprogramm Biologische Vielfalt. Information und Kommunikation muss hier bei allen Vorhaben eine zentrale Rolle spielen. Nur wenn wir die Menschen von der Notwendigkeit der Erhaltung der biologischen Vielfalt überzeugen, wenn wir ihren Verstand, aber auch ihr Herz ansprechen, wenn wir sie für Natur so begeistern, dass sie Naturschutz von sich aus wollen, wenn wir sie aktiv in die Projekte einbinden und zum Mitmachen bewegen, werden wir Erfolg haben.

Niemand kann diese Aufgabe besser erfüllen als Sie, die vielen ehrenamtlichen Naturschützer »vor Ort«. Noch einmal herzlichen Dank für Ihren Einsatz und Ihr Engagement.

Lassen Sie uns gemeinsam an dieser großen Herausforderung arbeiten. Ich wünsche uns viel Erfolg!

Vielen Dank.

Katherina Reiche

Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit,
Parlamentarische Staatssekretärin

3.7 Rede

Zuerst möchte ich Ihnen die herzlichsten Grüße des Ministerpräsidenten Matthias Platzeck und unserer Ministerin Anita Tack überbringen. Ich freue mich sehr, dass Ihre unter dem Leitwort »Freiwillige für den Naturschutz – generationenübergreifend und interkulturell unverzichtbar« stehende Tagung hier in Potsdam stattfindet. 2011 ist das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit – mit zahlreichen Aktivitäten auf nationaler und europäischer Ebene. Freiwilligentätigkeit umfasst sehr viel, ich denke da zum Beispiel an ehrenamtliches Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr, in Kirchen, in Parteien, in Vereinen und Verbänden, aber auch im Naturschutz. Ihre Tagung reiht sich da ein. Im Mittelpunkt dabei stehen die Ziele:

- die Rahmenbedingungen für freiwillige gemeinnützige Arbeiten zu verbessern.
- die Anerkennung von Freiwilligentätigkeiten und die Information der Öffentlichkeit über die Bedeutung der Freiwilligenarbeit zu steigern.
- den Erfahrungsaustausch der in diesen Bereichen tätigen und verantwortlichen Verbände und
- staatliche Stellen zu intensivieren.
- Menschen mit Migrationshintergrund, Ältere, Jugendliche und Frauen stärker für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen.

Was bedeutet das für uns? Wie steht es damit im Land Brandenburg? Und wie können wir hier und über unsere Grenzen hinaus unseren Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten?

Eine Bürgergesellschaft, die von der Mitgestaltung ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt, wird ihre täglichen Herausforderungen, besser bewältigen. Vor dieser Aufgabe steht auch Brandenburg. Die Landesregierung hat dem in ihrer Koalitionsvereinbarung Rechnung getragen und damit die Bedeutung und Aktualität bürgerschaftlichen Engagements für Brandenburg unterstrichen.

Bürgerschaftliches Engagement bietet die Chance, die Gesellschaft, zumindest im Kleinen, mitzugestalten, mit anderen Menschen zusammenzukommen, Ansehen und Einfluss im Lebensumfeld zu erwerben und beruflich voranzukommen. Bürgerschaftliches Engagement erweitert den eigenen Horizont. Meinungen und Sichtweisen können durch Erlebnisse und Erfahrungen im freiwilligen Engagement offensichtlich geändert werden. Frühzeitige Übernahme von Verantwortung und das damit entgegengebrachte Vertrauen der Anderen stärkt die Persönlichkeit. Mit diesen Erfahrungen trauen sich freiwillig Engagierte zu, Dinge zu schaffen, an deren Gelingen sie vorher oft nicht geglaubt hätten. Bürgerschaftliches Engagement kann nicht verordnet werden. Es darf auch nicht im Zuge von Sozialabbau und Sparzwängen nach dem Mot-

Dr. med. Heinrich-Daniel Rühmkorf

Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Staatssekretär



to: »weniger Staat – mehr Zivilgesellschaft« instrumentalisiert werden. Freiwillige sind keine Lückenbüßer zur Entlastung staatlicher oder kommunaler Haushalte. Ihre Arbeit ist in vielerlei Hinsicht wertvoll, auch wenn sie sich vordergründig gerade nicht in barer Münze auszahlt, und freiwillig. Und auch hier trifft zu: *Nomen est omen!* Es ist die freie Entscheidung jedes einzelnen, mit dem Willen, unser Land schöner oder sozialer zu machen.

Die Brandenburger Landesregierung misst dem Ehrenamt eine große Bedeutung bei und bemüht sich mit Erfolg um gute Rahmenbedingungen. Das betrifft sowohl die allgemeine Förderung bürgerschaftlichen, freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements im sozialen Bereich, als auch im Umwelt- und Naturschutz. Gerade in den ländlichen Regionen Brandenburgs, die für gut ausgebildete und aktive Personengruppen interessant sein möchten, ist die Offenheit für freiwilliges bürgerschaftliches Engagement, für das Öffnen lokaler und regionaler Perspektiven und das Anstoßen von Entwicklungsprozessen lebenswichtig. Etwa ein Drittel der Brandenburgerinnen und Brandenburger ab 14 Jahren engagiert sich freiwillig und unentgeltlich in unterschiedlichen Bereichen (vgl. Erhebung BMFSF = 3. Freiwilligensurvey 1999–2009). Das ist großartig und verdient unsere Anerkennung!

Emanzipierte, mitgestaltende Verbände sind eine wesentliche und unverzichtbare Säule des demokratischen Gemeinwesens. Die Verbändepolitik des Landes Brandenburg, beispielsweise im Umweltbereich, hat diesen Ansatz immer beherzigt, ganz im Sinne der Aarhus-Konvention. Brandenburg hat auch bei enger Kassenlage seit Jahren die Verbändeförderung im Umweltbereich aufrecht erhalten und damit die Geschäftstätigkeit und fachliche Arbeit unserer Partner unterstützt. Wir sind überzeugt: Die notwendige Hinwendung der Gesellschaft zur Nachhaltigkeit ist ohne die engagierte Mitwirkung und Gestaltungskraft der Bürger nicht vorstellbar.

Eine weitere Möglichkeit, Bekanntheit, Effizienz und Attraktivität freiwilliger Einsätze zu steigern, liegt in der Vernetzung derartiger Bereiche in Kommunen, Schulen und Vereinen bis hin zu den Familien. So bringen Freiwilligenagenturen Organisationen und interessierte Bürger und Bürgerinnen zusammen.

Die Verbände des Deutsche Naturschutzringes, dem ich als Träger unserer heutigen Veranstaltung für seine Initiative an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte, haben frühzeitig die Bedeutung der Freiwilligenarbeit und des bürgerschaftlichen Engagements erkannt. Der DNR liefert vor dem Hintergrund seines nunmehr über 60-jährigen Wirkens und mit inzwischen nahezu einhundert Mitgliedsverbänden ein eindrucksvolles Beispiel erfolgreicher Netzwerkarbeit zum Schutz von Natur und Umwelt.

Wertvolle Impulsgeber und Förderer von Innovationen in unserer Gesellschaft sind private und öffentlich-rechtliche Stiftungen. Durch Förderung und Anerkennung freiwilligen Engagements spielen sie eine herausragende Rolle bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft. So haben sich mittlerweile in mehreren Regionen und Kommunen Brandenburgs sogenannte Bürger-, Stadt- oder Gemeinschaftsstiftungen gegründet. Dank diesem Modell besteht nunmehr auch die Möglichkeit, eine Stiftung mittels einer Vielzahl kleinerer Zuwendungen verschiedener Bürgerinnen und Bürger ins Leben zu rufen. Vieles spricht dafür, dass Bürgerinnen und Bürger eher bereit sind, sich in diesem Rahmen finanziell und ehrenamtlich für konkrete und für sie nachvollziehbare Projekte in räumlicher oder emotional gefühlter Nähe zu engagieren. Die Bürgerstiftungen im Land Brandenburg unterstützen mit ihrer Arbeit bürgerschaftliches

Engagement in den Bereichen Bildung, Jugend, Kultur, Soziales, Sport, Natur und Umwelt sowie nachhaltige Regionalentwicklung und tragen somit dazu bei, die ideelle und materielle Basis für freiwilliges Engagement zu verbreitern.

Im Vergleich zu anderen Politikfeldern sind Anteil und Bedeutung des freiwilligen Engagements im Naturschutz besonders ausgeprägt. Dabei sind staatliches, persönliches und Engagement in Verbänden und Vereinen für das Gemeinwohl oft eng miteinander verflochten. Bereits die Vielfalt der im Naturschutz erforderlichen Datenerfassungen ist als alleinige Aufgabe des Staates weder erfüll- noch finanzierbar. Die Aufgaben freiwilliger Naturschutzarbeit gehen aber weit über das Monitoring hinaus und oft bis ins ganz Praktische. So bietet die unter dem Dach der landeseigenen Stiftung NaturSchutzFonds wirkende Naturwacht Brandenburg Freiwilligen – unabhängig von Alter und Qualifikation und individuellem Zeitbudget – vielfältige Möglichkeiten. Als »Mittler zwischen Mensch und Natur« haben knapp 100 professionelle Ranger alle Hände voll zu tun, um ihre vielfältigen Aufgaben in Brandenburgs 15 Großschutzgebieten - den Nationalen Naturlandschaften - zu erfüllen. Unterstützt werden sie dabei von ehrenamtlichen Naturschützern, die innerhalb des Projektes »Ehrensache Natur – Freiwillige in Parks« mithelfen, wertvolle Ökosysteme, Pflanzen und Tiere zu erhalten und Gleichgesinnte kennen zu lernen.

Die Freiwilligen helfen der Naturwacht in vielfältiger Weise beim Arten- und Biotopschutz. Die Freiwilligen sorgen als Multiplikatoren in den Regionen der Großschutzgebiete für ein besseres Verständnis und mehr Akzeptanz der Naturschutzarbeit. Jedes Jahr aufs Neue begeben sich Hunderte von Freiwilligen in Parks und investieren Teile ihrer Freizeit in den Erhalt der heimischen Naturschönheiten. Und besonders erfreulich ist: Ihre Zahl steigt kontinuierlich an und es fehlt auch nicht an Nachwuchs. Das Junior-Ranger-Programm bietet Kindern und Jugendlichen zwischen fünf und 16 Jahren vielfältige Möglichkeiten, gemeinsam mit den Rangern ihre Umwelt zu erforschen und zu erleben. Mit Entdeckergeist und Engagement ist hier der Nachwuchs unterwegs und lernt die Natur kennen und schützen. Die Vereinten Nationen haben das Junior-Ranger-Programm der Naturwacht Brandenburg 2007/2008 sowie 2009/2010 als Dekadeprojekt «Bildung für nachhaltige Entwicklung» ausgezeichnet. Darauf, denke ich, können wir zu Recht stolz sein.

Es ist ein Anliegen der Landesregierung, bürgerschaftliches Engagement im Land und für das Land durch Auszeichnungen stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Vor einer Woche hat Ministerpräsident Matthias Platzeck beispielsweise den 500. Freiwilligenpass des Landes Brandenburg übergeben. Er ging an eine Telefonseelsorgerin des Diakonischen Werks Potsdam. Und mit ihr erhielten alle 23 Mitarbeiterinnen der Telefonseelsorge ihre Pässe. Wir haben den Freiwilligenpass im vergangenen Jahr eingeführt, um bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement zu würdigen. Der Pass gibt darüber hinaus Auskunft, welche Erfahrungen durch bestimmte Tätigkeiten erworben und welche Verantwortung übernommen wurde. Der Brandenburger Freiwilligenpass wird kostenlos ausgegeben und steht allen in Brandenburg ehrenamtlich Tätigen zur Verfügung. An der Erarbeitung des Konzepts haben zahlreiche freiwillig Engagierte und hauptamtliche Kräfte aus Vereinen und Verbänden mitgewirkt und ihre Erfahrungen eingebracht.

Mit dem Ausbau des Versicherungsschutzes für Ehrenamtler und der regelmäßigen Anerkennung für Freiwilligentätigkeit wurden in den vergangenen Jahren Maßstäbe gesetzt. So konnte erreicht werden, dass sich immer mehr Menschen in unterschiedlichen Bereichen des Gemeinwesens engagieren.

Die Bandbreite der Auszeichnungen umfasst natürlich mehr. Diese reicht vom »Roten-Adler-Orden«, der höchsten Anerkennung, die das Land Brandenburg für außerordentliche Verdienste um das Land und seine Bevölkerung aussprechen kann, bis zum »Ehrenamtler des Monats« als Dank an Einzelpersonen für konkrete beispielgebende Projekte mit landesweiter Vorbildfunktion und direktem Bürgerbezug.

Für herausragendes Engagement und richtungweisende Leistungen auf dem Gebiete des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Land Brandenburg verleiht die Stiftung NaturSchutzFonds Brandenburg alle zwei Jahre den Naturschutzpreis Brandenburg. Diese Auszeichnung ist mit einem Preisgeld von insgesamt 5.000 Euro verbunden. Mit einer öffentlichen Ehrung werden die Leistungen der Preisträger gewürdigt. Gleichzeitig werden so Anreize und Anstöße zu Verbreitung und kreativen Weiterentwicklung der prämierten Ideen und Projekte des Natur- und Umweltschutzes gegeben und mehr Menschen für ein Naturschutzengagement und nachhaltige Entwicklung gewonnen.

Deutschland hat, was bürgerschaftliches Engagement betrifft, noch ein großes Entwicklungspotenzial gerade unter den jungen Menschen, von denen sich bislang bundesweit circa ein Drittel freiwillig engagiert. In angelsächsischen Ländern, wo das Ehrenamt historisch bereits mehr gesellschaftliche Anerkennung genießt, engagiert sich fast Hälfte der gleichaltrigen Jugendlichen.

Wir müssen über neue Wege nachdenken, junge Leute für das Ehrenamt zu begeistern. Der neue Bundesfreiwilligendienst bietet attraktive Möglichkeiten über das bisherige FÖJ hinaus. Positive Selbstdarstellung reizt sicherlich zum Mitmachen. Berichte in herkömmlichen Medien erreichen junge Leute oftmals nicht. Wir müssen die neuen Medien und neue Kommunikationswege nutzen. Denn junge Leute interessieren sich sehr wohl für soziale Belange oder den Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. Nachher werden ja noch die Ergebnisse der gestrigen Arbeitsgruppen vorgestellt. Da ging es ja unter anderem um zukunftsfähige Strukturen für ehrenamtliches Engagement oder die »Zielgruppenansprache« beispielsweise für ein Naturschutzengagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Diese und andere Themen werden uns als immer wieder neu zu lösende Aufgabe über das Jahr hinaus erhalten bleiben. Wenn wir sie gemeinsam angehen, dann - da bin ich zuversichtlich - werden wir unseren Beitrag zu einem erfolgreichen »Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011« leisten. Für dieses Anliegen wünsche ich uns allen guten Erfolg.

Vielen Dank.

Dr. med. Heinrich-Daniel Rühmkorf
Ministerium für Umwelt, Gesundheit
und Verbraucherschutz des
Landes Brandenburg, Staatssekretär

3.8 Rede: »Bürgerschaftliches Engagement als Korrektiv unserer Wachstums- und Konsumgesellschaft«

1. Genshagener Erklärung

Mit der »Genshagener Erklärung« vom 04.02.2010 ist das Bündnis für Gemeinnützigkeit erstmals nach seiner Gründung am 28.05.2009 an die Öffentlichkeit gegangen. Das Bündnis wird getragen von den Dachorganisationen des dritten Sektors, darunter dem DNR. Daneben gibt es das trisektorale Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), dem neben den Organisationen der Zivilgesellschaft gleichberechtigt Vertreter des Staates und der Wirtschaft angehören. Einige Vertreter der anderen Dachorganisationen und des BBE haben ja bei unserer Tagung mitgewirkt.

Die ersten beiden Abschnitte der bemerkenswerten Genshagener Erklärung lauten wie folgt:

»Bürgerschaftliches Engagement ist für eine vitale Demokratie und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unabdingbar. Kaum eine der großen Herausforderungen, mit denen sich unsere Gesellschaft konfrontiert sieht, kann ohne solches Engagement bewältigt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund von demografischem Wandel und Globalisierungswirkungen wird zunehmend bedeutsam, dass Bürgerinnen und Bürger in Ergänzung zum Staat Gemeinwohlaufgaben übernehmen. Sie dürfen indes dabei nicht zu Lückenbüßern für staatliche Aufgabenwahrnehmung werden.

Die weitere Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ist daher eine wesentliche Zukunftschance und darum eine wichtige Aufgabe auch der Politik. Sie muss förderliche und europataugliche Rahmenbedingungen für die Übernahme von Verantwortung durch bürgerschaftlich Engagierte gewährleisten. Das bürgerschaftliche Engagement mit seiner Gemeinwohlorientierung ist ein wirksames Korrektiv zu einseitig wirtschaftlichem Denken. Stärkere politische Teilhabe durch die Erweiterung von Beteiligungsformen ist Voraussetzung für mehr bürgerschaftliches Engagement. Insgesamt wird dadurch unsere Gesellschaft nachhaltiger, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Integration werden gestärkt. Je mehr sich die Erkenntnis durchsetzt, dass der Dritte Sektor den Sektoren Staat und Wirtschaft gleichrangig ist, umso eher ist eine humane und zukunftsfähige Gesellschaft zu verwirklichen.

Wie weit wir in Deutschland von dieser notwendigen Erweiterung der Beteiligungsformen entfernt sind, zeigt der Gesetzentwurf zur Vereinheitlichung und Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren (Planungsvereinheitlichungsgesetz – PIVereinHG) vom 06.12.2011 des Bundesministeriums.

Der DNR hatte ebenso wie andere Verbände energisch und letztlich erfolgreich darauf gedrungen, dass dieser Gesetzentwurf zurückgezogen wird. Ich darf aus der sehr detaillierten Stellungnahme des DNR-Mitgliedverbandes

Prof. Dr. Hartmut Vogtmann
DNR Präsidium, Erster
Vizepräsident



Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU) zitieren. Der Autor Michael Zschesche leitet eine AG bei unserer Veranstaltung.

»Die Dauer von Planfeststellungsverfahren ist in den Bundesländern höchst unterschiedlich. Die Ursachen hierfür sind vielgestaltig, liegen aber im Wesentlichen in der unterschiedlichen Verwaltungspraxis in den Bundesländern. Dies wird deutlich, wenn man sich die durchschnittliche Dauer von Plangenehmigungs- und Planfeststellungsverfahren in den einzelnen Bundesländern vergegenwärtigt. Die zurzeit mehrere Monate abweichende durchschnittliche Dauer bei im Wesentlichen gleichen rechtlichen Ausgangsbedingungen verdeutlicht, dass in der Praxis angesetzt werden muss, um zeitliche Potenziale zu erschließen. Den Erörterungstermin mit Fristen zu versehen und ihn ins Ermessen der Behörden zu stellen, war bereits 2006 das falsche Signal und ist es – nach den Ereignissen von Stuttgart 21 – erst recht.

Wie die Verwaltungswissenschaft nachgewiesen hat, sind die Potenziale der zügigen Realisierung von Planfeststellungsprojekten eher im Übergang von Planfeststellungsbeschluss zum realen Baubeginn zu sehen, weil Verzögerungen durch wenig zügig abgeschlossene Ausschreibungsverfahren für Bauunternehmen beziehungsweise durch nicht rechtzeitig zur Verfügung stehende Haushaltsmittel zustande kommen.«

Umso bedeutungsvoller ist daher der Erfolg des BUND, Landesverband Nordrhein-Westfalen beim Trianel Kohle Kraftwerk bei Lünen durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EUGH). Der EUGH hat mit seinem Urteil vom 12.05.2011 die Klagerechte von Umweltverbänden entscheidend gestärkt. Der EUGH hat es für zulässig erachtet, dass gerade Verstöße gegen Vorschriften zum Schutz der Natur, des Wassers und der Luftreinhaltung von Umweltverbänden vollumfänglich geltend gemacht werden können.

2. Antwort der Umweltbewegung auf Finanz- und Wirtschaftskrise

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) fordert das Ende der Dominanz der Finanzmärkte über die reale Wirtschaft und über die Gesellschaft.

Wichtigste Aufgabe der Regierungschefs ist eine ökologisch orientierte Reform des Bretton Wood Abkommens aus dem Jahre 1944. Als erste Schritte muss für eine umfassende Transparenz, klare Regelungen und die Einrichtung einer internationalen Aufsicht für alle Akteure auf dem Finanzmarkt sowie ein Verbot von Hedgefonds, offshore-Zentren und Leerverkäufen gesorgt werden. Die Aktivitäten der Finanzinstitutionen sind durch eine Besteuerung aller Kapitaltransfers einzudämmen.

Aus diesem Grund unterstützt der DNR die Kampagne »Steuer gegen Armut«, die als zentrale Botschaft die Einführung einer Finanztransaktionssteuer anstrebt: 0,05 Prozent auf alle Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen, Derivaten, Devisentransaktionen. Wichtig ist hier die parallele Initiative in der Französischen Nationalversammlung und im Deutschen Bundestag am 14. Juni 2011. Nahezu einstimmig wurde in Frankreich für eine Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene, Eurozone oder der Einzelstaaten gestimmt. Im Bundestag dagegen gab es keine Zustimmung. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hatte ursprünglich im Haushaltsplanentwurf 2012 bereits zwei Milliarden Euro aus dem Aufkommen nationaler Finanztransaktionssteuern vorgesehen!

Finanztransaktionssteuern sind eine der wenigen verfügbaren Möglichkeiten zur Aufbringung der enormen finanziellen Ressourcen, die erforderlich sind, um für die anhaltenden Kosten der globalen Finanz- und Wirtschaftskri-

se aufzukommen, einschließlich der Eindämmung der unannehmbar hohen Arbeitsplatzverluste sowie um die zentralen Entwicklungs-, Gesundheits-, Bildungs- und Klimaschutzziele in den Entwicklungsländern zu erreichen. Auf diese Weise könnten Hunderte Milliarden Dollar unerschlossener Ressourcen nutzbar gemacht werden. Diese zusätzlichen Mittel sind neben der offiziellen Entwicklungshilfe erforderlich, um die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen. Alternative Möglichkeiten der Besteuerung des Finanzsektors, wie vom IWF vorgeschlagen, würden bei Weitem nicht das erforderliche Volumen erreichen. Von genauso großem Interesse ist der potenzielle Beitrag von Finanztransaktionssteuern zur Förderung der Marktstabilität, da sich die Welt inzwischen der Gefahren des automatisierten Handels, der die Finanzmärkte immer mehr beherrscht, bewusster geworden ist. Selbst extrem geringe Transaktionssteuersätze würden die Anreize zu derartigen Spekulationsgeschäften mindern.

Wenn die zu Spielbanken verkommenen Banken zusammenbrechen, werden über Nacht Hunderte von Milliarden Euro mobilisiert. Wenn der Naturhaushalt kollabiert, passiert nichts. Die Finanzkrise hat die Politik in Geiseltage genommen. Sie ist eine Nachhaltigkeitskrise.

Nach Auffassung des DNR erleben wir den Bankrott des traditionellen Wachstumsmodells. Es führt in den Abgrund durch soziale Ungleichheit, Überlastung der natürlichen Kreisläufe, Verschwendung der Ressourcen und Gefährdung der Tierwelt. Die Menschheit muss lernen, mit Grenzen und Endlichkeit umzugehen. Notwendig ist eine kulturelle Neuorientierung, zu der auch Suffizienz und damit Genügsamkeit und Bescheidenheit sowie Konsistenz, also dauerhaft naturverträgliche Systeme und Verfahren gehören.

Ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ist nach Ansicht des DNR eine Effizienzrevolution mit einer drastischen Reduzierung des Verbrauchs von Energie und Rohstoffen. Sie setzt auf mehr Nähe, Dezentralität und regionale Kreisläufe. Der ökologische Landbau muss zum Leitprinzip im Agrarbereich werden. Wir brauchen eine radikale Änderung der Agrarpolitik. Weg von der weltweiten Beschaffung billigster Rohstoffe und Energie für die industrielle Massenproduktion hin zu einer bäuerlichen Landwirtschaft mit der Produktion von Qualitätslebensmitteln. Unverzichtbare Voraussetzung dafür ist die Erhaltung der Böden durch die konsequente Umsetzung einer Bodenschutzstrategie national, europa- und weltweit.

Für die Eindämmung der Klimakatastrophe ist die konsequente Reduzierung der momentanen Energieverluste von bis zu 80 Prozent aus Sicht der DNR von zentraler Bedeutung. Eine drastische Verbrauchsminderung müsse die gesamte Energiekette von der Erzeugung über die Verteilung bis hin zur Nutzung umfassen, um erfolgreich sein zu können. Bis 2050 muss die Energiebereitstellung von derzeit 6.500 Watt pro Kopf auf höchstens noch 2.000 Wate gesenkt werden. Gleichzeitig müssen die Megarisiken des nationalen und globalen Energiesystems durch einen möglichst raschen Ausstieg aus der Atomenergie entscheidend zurückgeführt werden.

3. Umweltengagierte gelten als am stärksten politisch in Erscheinung tretende Gruppe der Zivilgesellschaft

Die im Umweltbereich Engagierten gelten innerhalb des Dritten Sektors sicherlich als die am stärksten politisch in Erscheinung tretende Gruppierung. Dazu tragen zahlreiche, teilweise heftige Auseinandersetzungen um die Standorte von Atom- und Kohlekraftwerken, Müllverbrennungsanlagen, Autobahnen bis

hin zur Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen bei. Dementsprechend sind auch die Forderungen nach umfassenderen Partizipationsrechten wie Bürgerbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene. Gleichzeitig wenden sich die Umweltverbände gegen eine Beschneidung ihrer Beteiligungsrechte in Planungs- und Genehmigungsverfahren. Eine weitere Besonderheit der Umweltbewegung ist ihre außerordentlich große Vielfalt. Im Dachverband DNR sind nahezu 100 Mitgliedsorganisationen mit 5,5 Millionen Einzelmitgliedern und höchst unterschiedlichen Themenschwerpunkten vertreten. Die große Stärke der Umweltverbände besteht vor allem in der flächendeckenden Arbeit mehrerer 100.000 ehrenamtlich Aktiver. Dabei geht es um den Erhalt und die Pflege von Landschaften, den Schutz der Lebensräume von Fischotter, Biber, Luchs, Eisvogel, Schwarzstorch ebenso wie um Orchideen oder Narzissenwiesen oder die Anlage naturverträglicher Wanderwege. Der von staatlichen Stellen durch die ehrenamtlichen Aktivitäten nicht zu leistende finanzielle Aufwand für den Schutz von Natur und Umwelt wird auf mindestens 800 Millionen Euro pro Jahr geschätzt. Die Milliardenbeträge wegen Fehlplanungen, etwa durch ursprünglich geplante zahlreiche Müllverbrennungsanlagen gar nicht erst gerechnet. Die große Herausforderung für die Umweltschutzorganisationen liegt nun darin, die ehrenamtlichen Aktivitäten als zentrales Ziel der Verbandsarbeit zu begreifen und die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Ein aktuelles Beispiel ist die Etablierung von Freiwilligenkoordinatoren in möglichst vielen Umweltverbänden.

4. Einige aktuelle Herausforderungen zur Stärkung der Freiwilligenarbeit

Bundesfreiwilligendienst

Die Öffnung des Bundesfreiwilligendienstes für Menschen aller Altersgruppen entspricht einem Anliegen, das der DNR und sein Mitgliedsverband, die Schutzstation Wattenmeer, schon seit vielen Jahren verlangen und über Modellversuche umzusetzen versuchen. Die Absicht, den Bundesfreiwilligendienst generationenoffen zu gestalten, wird sehr begrüßt. Das Engagement älterer Freiwilliger mit ihrer Lebens- und Berufserfahrung bietet für die vorwiegend ehrenamtlich getragenen Natur- und Umweltschutzverbände Chancen zur verbandlichen Weiterentwicklung und zur Stärkung ihrer Rolle als zivilgesellschaftlich organisierte Jugendfreiwilligendienste. Freiwilligendienste sind vom Ehrenamt deutlich zu trennen. Es besteht die Gefahr der Vermischung von Freiwilligendienst und »normaler« ehrenamtlich erbrachter Arbeit. Diskussionen um eine zunehmende Monetarisierung des Ehrenamtes gibt es ja bereits. Daher ist eine Mindestgrenze der wöchentlichen Arbeitszeit vorzusehen, die den »Vollzeit«-Charakter der Freiwilligendienste deutlich macht. Für Freiwillige ohne gesundheitliche Einschränkungen sollte eine Vollzeittätigkeit von mindestens 20 Stunden pro Woche die Regel sein.

Reform des Zuwendungsrechts

Ein weiterer wichtiger Aspekt sind Verbesserungen beim Zuwendungsrecht. Problematisch für die Verbände ist insbesondere die Fehlbedarfsfinanzierung. Denn diese verursacht zum einen viel Kontrollaufwand und ist sehr bürokratisch, zum anderen bestraft sie das Engagement der Organisationen, da zusätzlich akquirierte Mittel mit der Zuwendung verrechnet werden. Sinnvoll ist daher eine Ersetzung durch die so genannte Festbetragsfinanzierung. Dies bestätigt auch der Abschlussbericht »Bürokratischer Aufwand im Zuwendungs-

recht« des Bundeskanzleramtes/Geschäftsstelle für Bürokratieabbau. Eine Vereinfachung des Zuwendungsrechts und insbesondere der sogenannten Allgemeinen Nebenbestimmungen würde den Verwaltungsaufwand für Zuwendungsempfänger und Zuwendungsgeber deutlich reduzieren. Leider lehnt die Bundesregierung eine Reform des Zuwendungsrechts nach wie vor ab.

Engagierte Menschen mit Migrationshintergrund

Es gibt in Deutschland 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, davon 2,6 Millionen türkischstämmige MigrantInnen, nahezu jede fünfte EinwohnerIn. In einigen Großstädten wird im Jahr 2010 über die Hälfte der Bevölkerung unter 40 Jahren mit Migrationshintergrund leben. Am 12. Juli 2007 wurde beim zweiten Integrationsgipfel der Nationale Integrationsplan verabschiedet. Dessen zentrales Ziel ist es, dass sich Organisationen der Zivilgesellschaft für eine Teilnahme von Menschen aus Zuwandererfamilien öffnen. Der Selbstverpflichtung von Vereinen und Verbänden, Bund Ländern und Kommunen zur interkulturellen Öffnung beim bürgerschaftlichen Engagement im Nationalen Integrationsplan kommt der DNR auch in Form dieser Tagung nach.

Ich freue mich auf die nun folgende Abschlussdiskussion in Form des World-Cafés und bitte unseren Generalsekretär Helmut Röscheisen hierfür die notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

Prof. Dr. Hartmut Vogtmann
DNR Präsidium,
Erster Vizepräsident

4 Die acht Arbeitsgruppen

4.1 Unterstützungsbedarf im Freiwilligenmanagement

Arbeitsgruppe 1: Erfahrung aktiver FreiwilligenkoordinatorInnen



Referent

Mirko Seffzig

Dipl. Sozialpädagoge und
Freiwilligenkoordinator,
Landesgeschäftsführer Bündnis 90 /
Die Grünen – GAL Hamburg

Kontakt:

Mail: mirko@seffzig.de



Referentin

Eva-Maria Antz

Stiftung Mitarbeit
Pädagogin und Referentin
Bürgerschaftliches Engagement,
Zusammenarbeit von
Hauptamtlichen
und Freiwilligen

Kontakt:

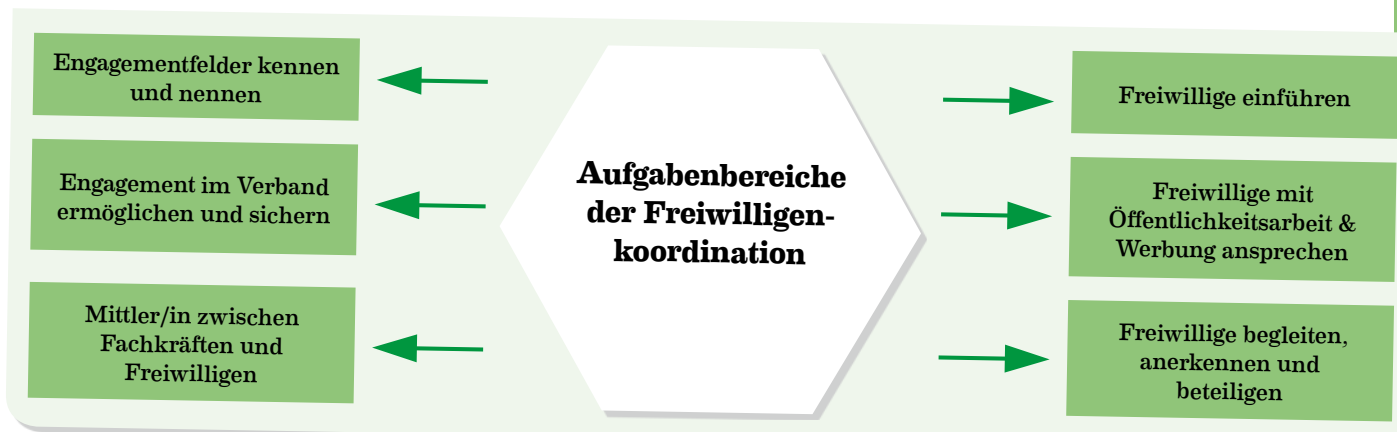
Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

Tel.: 02 28 / 6 04 24 -16

Mail: antz@mitarbeit.de

In diesem Workshop standen vor allem die Erfahrungen der Teilnehmenden mit einer gezielten Freiwilligenkoordination beziehungsweise einem umfangreichen Freiwilligenmanagement im Mittelpunkt. Freiwilligenmanagement befasst sich damit, wie ein zielgerichteter Umgang mit Freiwilligen in den Verbänden zustande kommen kann. Welche Planung, Organisation und Koordination der Freiwilligen sinnvoll, effizient und möglich sind. Und welchen Service und Unterstützung man den Freiwilligen für den Einstieg in die Ehrenamtsarbeit bieten muss. Als Einstieg in das Thema wurde den Teilnehmenden zunächst eine Kurzübersicht zu den unterschiedlichen Aufgabenbereichen von Freiwilligenkoordination vorgestellt:



Grafik: Eigene Darstellung

In Kleingruppen reflektierten die TeilnehmerInnen den Status Quo der Freiwilligenkoordination in ihrer Arbeit und in ihren Organisationen. In den Ergebnissen dieser Kleingruppen zeigte sich deutlich, dass die Umsetzung von Freiwilligenkoordination je nach Organisation sehr unterschiedlich fortgeschritten ist. Auf dieser Grundlage diskutierten sie weiter die aus ihrer Sicht erforderlichen Notwendigkeiten zur Veränderung, um das Freiwilligenmanagement in den Verbänden zu verbessern.

Sie stellten dabei die Notwendigkeit der kontinuierlichen Reflexion und Analyse der eigenen Strukturen hin auf mehr Engagementfreundlichkeit fest, die es auch erforderlich machen könne, verkrustete Strukturen noch stärker aufzubrechen. Häufig bedeute Freiwilligenkoordination auch, Talente bei den Freiwilligen aufzudecken und einzusetzen, hieß es. Auch die Kommunikation in Einrichtungen und Verbänden wurde als verbesserungswürdig hervorgehoben: sowohl der allgemeine Informationsfluss zwischen Akteuren als auch **stärkere Mitsprachemöglichkeiten von Freiwilligen in Einrichtungen**, die von Hauptamtlichen geführt werden. Aber auch die Zusammenarbeit der Verbände mit anderen Organisationen und Einrichtungen (Seniorenheime, Kitas, Bildungseinrichtungen, Büchereien etc.) könnte aus Sicht der Teilnehmenden verstärkt werden. Außerdem könnten **Freiwilligengruppen noch zielspezifischer angesprochen werden** und die angebotenen Aufgaben könnten sich noch mehr an der jeweili-





gen Lebenslage orientieren. Gerade bei jungen Menschen oder Freiwilligen mit Migrationshintergrund sollten deren unterschiedliche Motivationen und Zugänge zur freiwilligen Arbeit berücksichtigt werden. Die Gruppe war auch der Meinung, dass die Verbände dem Image »lebenslange Verpflichtung« entgegenwirken sollten, das der ehrenamtlichen Arbeit oft noch anhängt. Besonders an der Anerkennungskultur der Verbände müsse noch gearbeitet werden. Hier waren die Erfahrungen der Teilnehmenden sehr unterschiedlich. Wünschenswert wäre auch Geld, um die Weiterbildung von Ehrenamtlichen zu finanzieren. Insgesamt sollten die Natur- und Umweltverbände aber darauf achten, sich noch gezielter »engagementfreundlich« auszurichten.

Den ReferentInnen wurde durch die Arbeit im Workshop deutlich, dass in einigen Verbänden das Thema der Freiwilligenkoordination angekommen ist, während andere Verbände noch wenig Zugang zu dem Thema hatten. Insbesondere in der konkreten Umsetzung in der Praxis besteht nach Ansicht der ReferentInnen Unterstützungsbedarf.

Die Teilnehmenden bewerteten den Workshop als bereichernd und fruchtbar: Die Arbeit im Workshop war für die einen die Auffrischung und Anknüpfung an Themen, die für sie im Alltag oft untergehen – für die anderen war es ein neuer Zugang zu der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines gezielten Managements von freiwilligem Engagement im Naturschutz.

4.2 Naturschutzverband als Spiegel der Gesellschaft

Arbeitsgruppe 2: Zukunftsfähige Strukturen für ehrenamtliches Engagement im Naturschutz

Referentin

Hildegard Eissing

Ministerium für Umwelt,
Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau
und Forsten des Landes
Rheinland-Pfalz

Kontakt:

Kaiser-Friedrich-Str. 1

55116 Mainz

Tel.: 061 31 / 16 26 39

Mail: hildegard.eissing@mulewf.rlp.de

Referent

Dr. Nils M. Franke

Bundesverband Beruflicher
Naturschutz, Sprecher der
Regionalgruppe Sachsen

Kontakt:

Herloßsohnstr. 17

04155 Leipzig

Tel.: 03 41 / 583 14 69

Mail: franke@rechercheauftrag.de



Natur- und Umweltschutz basiert vor allem auf bürgerschaftlichem Engagement. Die Natur- und Umweltschutzverbände haben deshalb in unserer Gesellschaft eine besondere Rolle – sie sind Träger dieses Engagements.

In der Arbeitsgruppe stand eine Reflexion über die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement in den Verbänden und in unserer Gesellschaft an. Um die Arbeit mit der Gruppe zu strukturieren, wurden gemeinsam drei wesentliche Fragen diskutiert:

- 1) Wie sieht der ideale Naturschutzverband im Jahr 2020 aus?
- 2) Welche Hindernisse stehen seiner Verwirklichung im Weg?
- 3) Wen und was brauchen wir, um diese Hindernisse zu überwinden?

Aus Sicht der Teilnehmenden zeichnet sich der ideale Naturschutzverband im Jahr 2020 durch folgende Eigenschaften aus:



Grafik: Eigene Darstellung

Der ideale Naturschutzverband im Jahr 2020 ist nach dieser Vision finanziell gut ausgestattet, arbeitet in flexiblen Strukturen, betreibt eine professionelle, alle Medien nutzende Öffentlichkeitsarbeit, gestaltet Politik mit und genießt eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz – ein Wunschbild, von dem die einzelnen TeilnehmerInnen ihre Organisation unterschiedlich weit entfernt sahen.

In der weiteren Workshoparbeit betrachtete die Gruppe, welche Hindernisse dem Idealbild des Naturschutzverbandes gegenüberstehen und welche Lösungsansätze möglich wären.

Die Teilnehmenden diskutierten ausgiebig über mögliche Lösungen. Dazu gehört vor allem, **neue Kompetenzen aufzubauen, sowohl im Medien- und Kommunikationsbereich** als auch bei der Erschließung finanzieller Ressourcen. Die **Implementierung eines Wissensmanagements** in den Verbänden solle sicherstellen, dass im Verband erworbene Kompetenzen auch an andere Mit-

	Professionelle & moderne Öffentlichkeitsarbeit	Finanziell gut ausgestattet	Arbeitet in flexiblen Strukturen	Hohe gesellschaftliche Akzeptanz	Mitgestalten der Politik
Hindernisse	Konzentration auf wenige Themen fehlende Medienkompetenz	mangelnde finanzielle Ressourcen fehlende finanzielle Kompetenzen	Festhalten an Strukturen hohe Einstiegshürden mangelnde Professionalität	Dominanz der großen Verbände fehlende Vernetzung Konkurrenzdenken	Bürokratie Überlastung der Aktiven
Lösungen	Kundenorientierung	Förderpolitik frühzeitig mitgestalten Akquisitionskompetenz aufbauen	Wissensmanagement institutionalisieren Angebot flexibilisieren Evaluation der eigenen Arbeit	niederschwellige Angebote gezielte Kooperationen	Kampagnenfähigkeit stärken eigene Leistungen herausstellen Stellungnahmen professionalisieren

glieder transparent weitergegeben werden. Die **regelmäßige Evaluation der eigenen Arbeit** solle diese Aktivitäten unterstützen. Niedrigschwellige Angebote, gezielte Kooperationen der Verbände untereinander sowie mit anderen Initiativen und die Stärkung der Kampagnenfähigkeit sollten sicherstellen, dass mehr Menschen sich zum Mitmachen für den Naturschutz entschließen. Hierher, und das betonten die Diskutanten besonders, **gehöre ebenso, dass die Natur- und Umweltschutzverbände auch interkulturell zum »Spiegel der Gesellschaft« würden.**

Nicht nur die Verbände sollten aus Sicht der Arbeitsgruppe ein Spiegel der Gesellschaft sein. Auch die Arbeitsgruppe selbst stellte ein **»komplexes Bild der Wirklichkeit«** dar. Neben der strukturierten Arbeitsweise der Gruppe förderte vor allem die heterogene Teilnehmerzusammensetzung den regen Austausch über bestehende Projekte untereinander.

»Konkrete Projekte mit ihren Erfolgen und Schwierigkeiten, sowie Integrationsansätze für neue Ehrenamtliche kennenzulernen fand ich besonders hilfreich.«¹

»Der Workshop zeichnete ein differenziertes und komplexes Bild der Wirklichkeit in den Natur- und Umweltschutzverbänden. Insbesondere die Punkte Strukturen, Kompetenzen und Finanzierung stellen die Verbände vor Herausforderungen.«²



¹ Zitat aus einer qualitativen Teilnehmerumfrage zur Konferenz, Fragebogen im Anhang

² Zitat: Hildegard Eissing, Referentin

4.3 Natur, Kultur und jede Menge gute Ideen

Arbeitsgruppe 3: Zivilgesellschaft und soziales Engagement im ehrenamtlichen Naturschutz

Referentin

Mira Beinert

NaturFreunde Deutschlands
Bundesfachgruppenleiterin Natur- und
Umweltschutz
Bundesgeschäftsstelle

Kontakt:

Warschauer Str. 58a/59a
10243 Berlin
Tel.: 0228/93 49 48 58
Mail: beinert@naturfreunde.de

Referentin

Kerstin Emonds

EUROPARC Deutschland e. V.
Projektkoordinatorin

Kontakt:

Friedrichstr. 60
10117 Berlin
Tel.: 030/288 78 82 -14
Mail: kerstin.emonds@europarcdeutschland.de

Referentin

Brigitte Großejung

NaturFreunde Deutschlands
Vorsitzende NaturFreunde
Ortsgruppe Altkreis Grafschaft Hoya

Kontakt:

Danziger Straße 18
28816 Stuhr
Tel.: 04 21/830 55 23
Mail: nf.grossejung@t-online.de

Referentin

Helga Inden-Heinrich

Deutscher Naturschutzring
Stellvertretende Generalsekretärin
DNR Geschäftsstelle Bonn

Kontakt:

Koblenzer Str. 65
53173 Bonn
Tel.: 02 28/35 90 05
Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de

Referentin

Dr. Christine Katz

Leuphana Universität Lüneburg
Mitglied im Institut für
Nachhaltigkeitssteuerung

Kontakt:

Scharnhorststr. 1
C13.224
21335 Lüneburg
Büro Ge.S.S. (Gender Sustainability
Science), Lüneburg
Tel.: 041 31/677 -29 66
Mail: christine.katz@uni.leuphana.de

Referentin

Tanja Weisslein

Lebenshilfe Berlin
Freiwilligenkoordinatorin

Kontakt:

Heinrich-Heine-Str. 15 (Annenhöfe)
10179 Berlin
Tel.: 030/82 99 98 -1 28
Mail: tanja.weisslein@lebenshilfeberlin.de

In diesem Workshop konzentrierten sich sechs engagierte Referentinnen gemeinsam mit den Teilnehmenden auf die Frage, wie ehrenamtliche Arbeit im Natur- und Umweltschutz für die Zivilgesellschaft zugänglicher gemacht werden könnte. Speziell sollte die Ansprache für generationenübergreifende Zielgruppen, für Menschen mit Behinderungen und für Menschen mit Migrationshintergrund betrachtet werden. In drei Zweiergruppen referierten die Referentinnen zu verschiedenen Themen und begleiteten die im Anschluss stattfindenden interaktiven Aufgaben und Diskussionen der TeilnehmerInnen.

Nach einem etwas ungewöhnlichen Warming-Up mit Speed-Dating³ – angeleitet von Christine Katz und Helga-Inden-Heinrich – wurde in das Tagesprogramm eingeführt und die Runde der Vorträge eröffnet.

Die Referentinnen Kerstin Emonds und Tanja Weißlein gaben Einblick in das Thema **»Naturschutzarbeit mit Menschen mit Behinderungen«**. Hierzu zeigten Sie einen Film⁴ und führten im Anschluss mit den Teilnehmenden eine kurze Diskussion zum Thema. Die Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung und EUROPARC Deutschland betreuen seit 2009 ein Kooperationsprojekt. Interessierte Menschen mit geistiger Behinderung haben bundesweit die Möglichkeit, sich in den Nationalen Naturlandschaften – in Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservaten – zu engagieren. Sie können zum Beispiel:

- Versteckmöglichkeiten für selten gewordene Tiere anlegen,
- geschützte Ameisennester kartieren,
- wertvolle Orchideenstandorte pflegen und vieles mehr.

Ursprünglich als erster Aktionstag zum »Schnuppern« geplant, entwickelten sich daraus in vielen Regionen langfristige Partnerschaften mit mehrmaligen Freiwilligeneinsätzen und anderen gemeinsamen Aktivitäten im Jahr.

»Zwei gute Gedanken treffen hier zusammen: Die Nationalen Naturlandschaften sind nicht nur Entwicklungsraum für Tiere und Pflanzen, sondern auch Orte der Begegnung für die verschiedensten Menschen, die sich durch das Interesse und das Engagement für die Natur geeint fühlen. (...) Volle gesellschaftliche Teilhabe heißt, dass ihnen alle Bereiche des Lebens offen stehen. Das Engagement aktiver Bürgerinnen und Bürger hilft ihnen dabei. Doch das kann man auch einmal ›umgekehrt‹ betrachten: Menschen mit geistiger Behinderung möchten sich zunehmend auch selbst für eine gute Sache einsetzen und sollen die Möglichkeit dazuhaben.«⁵



3 Anhand von provokanten Thesen oder Fragen wird die Diskussion über die Workshop-Thematik angeregt und auf verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen (Menschen mit Behinderungen, SeniorenInnen, Menschen mit Migrationshintergrund) hin und mit Blick auf Genderaspekte zugespitzt. 2 Minuten spricht Jede/r mit seinem/ihrer Gegenüber, das entweder nur zuhört oder nur spricht; nach jeder These wird das Gegenüber gewechselt.

4 Film unter www.freiwillige-in-parks.de

5 Quelle unter www.freiwillige-in-parks.de/dateien/u2/Projektbeschreibung2010.pdf

Zum Thema **»Naturschutzarbeit mit der Generation 55+«** referierten Mira Beinert und Brigitte Großejung. Die demografische Entwicklung in Deutschland zeigt eine Zunahme der Generation 55+ von derzeit 25 Prozent an der Gesamtbevölkerung auf 37 Prozent bis zum Jahr 2050. In der Verbandsarbeit stellt die Generation 55+ das größte, latente Ehrenamtspotenzial und den Brückenbauer für die Zukunft dar.

»Das naturschutzfachliche Engagement von Männern und Frauen der Generation 55+ ist einer der Grundpfeiler des deutschen Naturschutzes. Aktive VertreterInnen aus der zweiten Lebenshälfte sind erfahren, kompetent in Naturschutzbelangen, ihre zeitliche Verfügbarkeit ist hoch und nebenberuflich zeigen sie eine größere Bereitschaft für den immateriellen Einsatz in der allgemein als ehrenvoll geltenden Freiwilligenarbeit. Gesellschaftlich bedingt wird die Naturschutzarbeit in den Verbänden und Behörden bis heute noch überwiegend von Männern der Generation 55+ übernommen. Trendforscher nennen die Generation 55+ »Best Ager«, denn diese Bevölkerungsgruppe ist leistungsfähig, offen und bereit zum freiwilligen Engagement wie keine zuvor.«⁶

Dr. Christine Katz referierte zum Thema **»Integration gesellschaftlicher Vielfalt in die Naturschutzarbeit« (Behinderung, Alter) Gender und Kultur als »Querliegendes«**. Die Referentin machte deutlich, dass es gezielte Angebote für spezifische gesellschaftliche Gruppen wie alte Menschen oder Menschen mit Behinderungen geben muss, um die Naturschutzthematik in der Bevölkerung noch stärker zu verankern. Hier muss es darum gehen, integrative Ansätze zu verfolgen. Aus ihrer Sicht stellt der heutige Naturschutz noch immer ein rein »westliches« Konzept dar. Trotzdem fast 20 Prozent der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund mitbringen, ist bislang wenig über deren Haltung und Interessen gegenüber Natur bekannt. Frau Dr. Katz erläuterte, dass es zwar einerseits innerhalb der Naturschutzszene ein starkes Interesse an der interkulturellen Perspektive gibt, andererseits die »gesellschaftertypischen« Vorurteile, Stereotypen und Bilder über »Den Migranten« immer noch existieren. Darüber hinaus, erklärte sie, ist der Naturschutz in Deutschland noch immer männlich geprägt (sowohl bezüglich der Verbandsstruktur als auch bezogen auf die inhaltliche Arbeit). Geschlechterrelevante Unterschiede im Naturwissen und im Umgang mit Natur werden weitestgehend in der Verbandsarbeit ignoriert. Die Referentin formulierte folgende Voraussetzungen für die Öffnung der Naturschutzverbände zur Integration gesellschaftlicher Vielfalt:

- Wissenserwerb (über Ansprüche, Interessen, Verständnisse, Praktiken unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen) und Kompetenzerwerb (interkulturelle Kompetenz, Genderkompetenz)
- Entwicklung barrierefreier und sensibler Kommunikationsstrategien und Kommunikationsformate (interkulturell, generations-, alters- und gendersensibel)

»Naturschutzarbeit, die gesellschaftliche Vielfalt integriert, muss sich als gemeinsamer Lernprozess verstehen!«⁷

6 Zitat: Mira Beinert, Bundesfachgruppenleiterin Natur- und Umweltschutz der NaturFreunde Deutschlands

7 Zitat: Dr. Christine Katz, Leuphana Universität Lüneburg Mitglied im Institut für Nachhaltigkeitssteuerung

Im Anschluss galt es in zwei Gruppen Ergebnisse auf der Grundlage der Vorträge zu entwickeln. Eine der beiden Gruppen beschäftigte sich mit folgender Aufgabe, zu der sie drei Veranstaltungsvorschläge entwickelte:

1. Skizzieren Sie verschiedene barrierefreie (Gender!) Veranstaltungsformate für alte und junge Menschen, für Menschen mit Migrationshintergrund und mit Behinderungen.

Generelle Voraussetzungen für diese Aufgabe waren die Offenheit und Bereitschaft in Verbänden für den Auf- oder Umbau neuer Strukturen, sowie für kurzfristiges und aktionsorientiertes ehrenamtliches Engagement. Anregende Ideen zur Aufgabe waren beispielsweise gemeinsam Kochen, Essen und Trinken; aktive und offensive Nutzung sozialer Medien für Veranstaltungen und als Mobilisierungsplattform.



Vorschlag 1: »Kultur-in-der-Natur-Wanderung«

Ziel: Kontakte aufbauen, Interesse wecken

Zielgruppe: alte und junge Menschen; mit und ohne Behinderung

- Voraussetzung:
- a) Infrastruktur anders nutzen/ schaffen, (geringe Kosten)
 - b) entsprechende Kompetenzen bei den AnbieterInnen,
 - c) spezifische Angebote für spezifische Gruppen, Altersklassen und Mischangebote für gemischte Gruppen
 - d) spezifische WanderleiterIn-Ausbildung (Kompetenzen zu »Barrierefreiheit« und Vielfaltsperspektive)

Bausteine/ regelmäßig anbieten

Merkposten: Sehenswürdigkeiten erklären
Benutzung von ÖPNV

Vorschlag 2: »Rundum barrierefreie Natur-Kultur-Werkstatt«

Ziel: Voneinander lernen und profitieren (Kunst und Handwerk), Blickwechsel vornehmen (zu Gender, Behinderung, Alter, kulturelle Vielfalt), Produkte (wie zum Beispiel Nistkästen) aus Naturstoffen für die Naturschutzarbeit herstellen (auch Kulturelles), Freiwillige einarbeiten und befähigen (Empowerment), Projekte gemeinsam durchführen, Ausstellungen organisieren

Zielgruppe: alle Alters- und migrantische Gruppen aus allen sozialen Milieus

Bausteine/ Sponsoren suchen, die Räume, Maschinen und Werkstatt-
Merkposten: ausstattung spendieren, Werkstättenbesitzer finden, die ihre Räume und Ausrüstung an Wochenenden für das Projekt zur Verfügung stellen

Vorschlag 3: »Barrierefreier Garten«

Ziel:	Freiwillige gewinnen, Sensibilisieren und Motivieren für Arbeit in und für die Natur
Zielgruppe:	alle Altersgruppen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen
Bausteine/ Merkposten:	Aufgabenprofile müssen erstellt werden, aber Motto: selbstbestimmte Mitarbeit, Träger: Stadt/ Kommune (über biologische Vielfalts- und/oder Kulturförderprogramme), Wichtig: Offensein für Ideen und Vorschläge, »Blindengarten«, »Altersgruppengarten«

Die zweite Gruppe setzte sich mit folgendem Thema auseinander:

2. Was ist zur Motivierung und Aktivierung von neuen »strategischen« Allianzen mit ehrenamtlich Engagierten im Naturschutz notwendig?

Um potenzielle Ehrenamtliche für den aktiven Naturschutz zu motivieren, sollten aus Sicht der Teilnehmenden folgende Bedingungen gegeben sein:

Die **Ansprache**, um Freiwillige für den Naturschutz zu gewinnen, **sollte positiv emotional sein**, Freude und Spaß vermitteln und zielgruppenspezifisch ausgerichtet sein. Das Motto sollte immer lauten: »**Voneinander lernen statt belehren!**« Um eine effiziente, strukturierte und erfüllende Ehrenamtsarbeit gewährleisten zu können, sollten die **Rahmenbedingungen klar definiert sein, ebenso wie die Zuständigkeiten und Verteilung von Verantwortung**. Für eine freudige und motivierte Arbeit ist es außerdem wichtig, dass es **konkret abgrenzbare Ziele** gibt. Das, was unter einem **Erfolg des Projektes** oder der Aktivitäten verstanden wird, **muss klar definiert** werden. Für die gemeinsame Zusammenarbeit mit ehrenamtlich Arbeitenden stellte die Gruppe eine **»Umgangskultur«** zusammen:

- **Anerkennungskultur**: Der Naturschutzverband muss eine aktive und offensiv würdigende Anerkennungskultur (Tag des Dankes) praktizieren.
- Verstärkte **Netzwerkultur** (mit anderen und neuen Netzwerken und Gruppierungen interagieren).
- Eine **Effizienz- und Aufmerksamkeitskultur**, in der sowohl effektiv gearbeitet werden kann, als auch genug Zeit für ein aufmerksames Miteinander bleibt. Es ist dringend erforderlich, dass die Natur-/ Umweltschutzverbände inhaltliche Schwerpunkte setzen, anstatt zu jedem Thema etwas beizutragen.
- **Unterstützungskultur** (von anderen Organisationen, Initiativen und Aktivitäten): Die Diskutanten wünschten sich eine offensive Unterstützung (bei der Suche nach logistischen- und Verwaltungshilfen) bereits existierender naturbezogener Aktivitäten von migrantischen Bevölkerungsgruppen. Auch die Unterstützung für gemeinsame Organisationen oder Mitorganisationen von Erlebnistagen.
- **Unterstützungskultur** (im und durch den Verband):
 - Hauptamtliche AnsprechpartnerIn
 - Arbeitsplatz, mindestens einen definierten Ort im Büro für Ehrenamtliche
 - Gesicherten Informationsfluss durch die Verbandsebenen (von unten nach oben und umgekehrt)
 - Jahresplanung für und mit den Ehrenamtlichen

Darüber hinaus wurde angemerkt, dass, um als Naturschutzverband **neue strategische Allianzen schaffen und neue Ehrenamtliche gewinnen** und überhaupt auch »barrierefreier« (im Sinne von sensibel für Gender-, Behinderungs-, Alters- und kulturelle Sozialisationsunterschiede) agieren zu können, Folgendes notwendig wäre:

- **Forthbildungskurse:** Ausgerichtet für verschiedene Personengruppen (z. B. SeniorInnen, Menschen mit Behinderung und mit Migrationshintergrund). Die Kurse sollten von einem bekannten und gesellschaftlich breit aufgestellten Bildungsträger ausgerichtet werden. Hier sollte zu verschiedenen naturschutzfachlichen und -rechtlichen Themen, sowie zu Kompetenzen hinsichtlich interkultureller Kommunikation, Berücksichtigung von Gender, Behinderungs- und Altersaspekten in der Naturschutzarbeit unterrichtet werden.
- **Gewinnen von Schlüsselpersonen** unterschiedlicher Gruppen und Bevölkerungsschichten beziehungsweise deren VertreterInnen (soziale Einrichtungen, SeniorInnen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen, Personenkreise außerhalb des »klassischen Mittelschichtklientels«)
- **Schaffen anderer inhaltlicher Zugänge** zu naturbezogenen Themen (etwa über Gesundheit), Aufbau neuer Allianzen mit Akteuren aus dem Gesundheitsbereich über Projekte aus dem Krankenkassentopf für Präventionsleistungen,
- **Allianzen problemorientiert und vorurteilsfrei suchen** (zum Beispiel mit allen die dagegen oder dafür sind). Nicht unproblematisch, weil Instrumentalisierungsgefahr oder Allianzen mit »zweifelhaften« Gruppen.
- **Schaffen von Partizipationsräumen und -gelegenheiten** für einen offenen politischen Austausch und die Beteiligung marginalisierter Gruppen, Menschen, Perspektiven.

Die Teilnehmenden empfanden die Arbeitsgruppe als eine bereichernde Erfahrung, so sagten sie:⁸

»Ich habe Interessantes über verschiedene Projekte erfahren und interessante Menschen kennengelernt.«

»Die AG 3 war sehr homogen besetzt, hätte gerne durchmischer sein können, dennoch sehr gute Moderation, interessante und kompetente TeilnehmerInnen interessante Themen und für mich neue Aspekte.«

»Vielfältige Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten im Ehrenamtsmanagement. Viele Parallelitäten zwischen Ehrenamt im Naturschutz und im Sport. Sport und Naturschutz sollten enger kooperieren.«



⁸ Direktzitate aus einer qualitativen Teilnehmerumfrage zur Konferenz, Fragebogen im Anhang

4.4 Viele Sprachen und eine gemeinsame Welt

Arbeitsgruppe 4: Ehrenamtlicher Natur- und Umweltschutz kennt keine Sprache – Interkulturelle Öffnung als Herausforderung der Naturschutzverbände

Referentin
Öykü Kaygusuz

BUND Berlin
Yeşil Çember

Kontakt:
Tel.: 030/78 79 00 -0
Mail: yesilcember@BUND-Berlin.de

Referentin
Gülcan Nitsch

BUND Berlin
Yeşil Çember

Kontakt:
Tel.: 030/78 79 00 -0
Mail: yesilcember@BUND-Berlin.de



Zu Beginn der Workshoparbeit wählten die beiden Referentinnen eine originelle und interaktive Form des Kennenlernens und Themeneinstiegs, die auch in ihren Schulungen für UmweltbotschafterInnen eingesetzt wird. Jede Person konnte ein Duftfläschchen wählen und sollte stichpunktartig notieren, woran der Duft erinnert. Danach wurde ein Innen- und Außenkreis gebildet, damit jeder zirkulierend einen Gesprächspartner fand. In diesen Gesprächen sollten die TeilnehmerInnen ihr Duftfläschchen an den Gesprächspartner »verkaufen«.

Die bei den »Verkaufsgesprächen« angewandten Gesprächsstrategien wurden im Anschluss an das Spiel gemeinsam reflektiert. Das Spiel sollte deutlich machen, dass das zu verkaufende Produkt durch eine passende und bedarfsgerechte Kommunikationsstrategie erfolgreich angepriesen werden kann. Fol-

gende Erfolgsstrategien haben die Diskutanten bei der Reflexion herausgearbeitet:

- Selbstüberzeugung/eigene (positive) Erfahrungen mit dem Produkt
- Sympathie/Ehrlichkeit/Offenheit
- Vorteile/persönlicher Gewinn, z. B. Steigerung der Lebensqualität
- Die Wirkung des Produktes mit Beispielen darstellen
- Argumente sollen nachvollziehbar, kurz, bildhaft und informativ sein
- Zugänglichkeit und Preis des Produktes

Mit diesem Einstieg wollten die Referentinnen die Vorkenntnisse der Teilnehmer aktivieren und verdeutlichen, dass auch die Umweltkommunikation auf einer zielgruppenspezifischen Ansprache beruht und Kenntnisse über das Thema nötig sind. Die bei dem Geruchsspiel entwickelten Erfahrungen und Strategien könne man ebenso dafür einsetzen, um Menschen für den Umweltschutz zu gewinnen, so die Überzeugung der Referentinnen.

Im Anschluss stellte Frau Nitsch am Beispiel des BUND Projektes Yeşil Çember die Möglichkeit der interkulturellen Öffnung für Naturschutzverbände da.

Sie erklärte, dass von den deutschen Umweltverbänden und anderen relevanten Institutionen im Bereich Umwelt die MigrantInnen in Deutschland nur selten als Zielgruppe einbezogen würden. Dies sei verwunderlich, da fast jeder fünfte Einwohner in Deutschland einen Migrationshintergrund habe. In den Umweltverbänden seien nur wenige Menschen mit Migrationshintergrund engagiert, Kontakte zwischen Umweltverbänden und MigrantInnenorganisationen seien nur wenig vorhanden. Schade sei, dass die beiden Netzwerke sowohl auf der nationalen als auch auf der regionalen Ebene weitestgehend nebeneinander herarbeiten. Obwohl auf beiden Seiten eine große Offenheit füreinander vorhanden sei, fehlten persönliche Kontakte zueinander. Ferner war sie der Ansicht, dass es an Kenntnissen über die jeweiligen Organisationsstrukturen und Angebote mangelt, weshalb die bestehenden Synergieeffekte bei den jeweiligen Bildungs- und Beratungsangeboten nur marginal genutzt werden könnten. Dabei sei das Informationsbedürfnis und die Handlungsmotivation zu Umwelt- und Gesundheitsthemen gerade bei bildungsfernen Menschen mit Migrationshintergrund außerordentlich hoch. Allerdings erreiche man diese Zielgruppe nur durch eine unmittelbare zielgruppengerechte Ansprache vor Ort und über Medien für Migranten.

Um mit Umweltinformationskampagnen und Angeboten der Umweltbildung insbesondere die bildungsferne MigrantInnencommunity direkt vor Ort oder indirekt über die von ihnen primär genutzten Medien erreichen zu können, sei daher eine Erhöhung der interkulturellen Kompetenz der Umweltverbände und eine bessere Vernetzung mit den MigrantInnenorganisationen notwendig.

Frau Nitsch sah außerdem den Bedarf einer gezielten Mobilisierung von Umweltaktiven und -interessierten mit Migrationshintergrund. Diese Aktiven könnten aus ihrer Sicht eine Brückenfunktion zwischen den beiden Netzwer-



Bild: Quelle Gülcan Nitsch

ken einnehmen und wären in der Lage, eigenständig aufgrund des Verständnisses »beider kultureller Welten« gemeinsame Projekte und die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren voranzubringen.

Diese »**Brückenfunktion**«, so erläuterte sie weiter, erfülle seit viereinhalb Jahren Yeşil Çember (Grüner Kreis), die türkischsprachige Umweltgruppe beim BUND, die neben Berlin seit kurzem auch in Köln und München existiert. Aus ihrer ehrenamtlichen Arbeit entwickelte sich ein gesamtdeutsches Projekt; im Januar 2010 startete der BUND Berlin als Träger das bundesweite Projekt »Unsere Umwelt – Bizim Dünya«. Partner sind die Türkische Gemeinde Deutschland und die TEMA-Stiftung in Köln. Das zweijährige Projekt wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert und von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet sowie wissenschaftlich evaluiert. In seinem Mittelpunkt stehen Multiplikatoren, die in verschiedenen deutschen Städten von Yeşil-Çember-Mitgliedern geschult werden. **Als Umweltbotschafter versuchen Yeşil-Çember-Mitglieder an ihren Wohnorten Umweltbildungsprogramme zu etablieren und somit das ökologische Engagement in der türkischsprachigen Bevölkerung zu stärken.**



Gülcan Nitsch erläuterte in ihrem Vortrag, eine weitere Aufgabe der Umweltbotschafter sei, das multikulturelle Umweltnetzwerk auszuweiten. Die entwickelten Infomaterialien, Veranstaltungen, Klima-, Energie- und Umweltberatungen für Haushalte, Mitmach-Aktionen, Exkursionen etc. sollten dazu animieren, Verantwortung für Umwelt und Natur zu übernehmen, Ressourcen schonend zu nutzen und sich an der Diskussion und den Aktivitäten zu diesen Themen zu beteiligen. Es solle selbstverständlich sein, dass auch Menschen, die nicht ausreichend Deutsch verstehen, Zugang zu Umwelt- und Klimaschutz haben. Schließlich seien dies gesamtgesellschaftliche Aufgaben, unabhängig von Herkunft und Sprache.

Ergänzt wurde ihr Vortrag von Beiträgen durch Öykü Kaygusuz, die als Dozentin für Didaktik und Kommunikation aus den Umweltschulungen für Umweltbotschafter berichtete. In der AG nahmen mehrere UmweltbotschafterInnen beziehungsweise Yeşil-Çember-Mitglieder teil, die von ihren Erfahrungen ausführlich berichteten. Um den Teilnehmenden nicht nur Input, sondern auch Anreize zu bieten wurden auf der Grundlage des Vortrags und des Erfahrungsaustauschs mit den Yeşil-Çember-Mitgliedern gemeinsam die Fragen der AG-Arbeit erarbeitet. In zwei Arbeitskreisen wurden diese Fragen anschließend diskutiert:

1. Thema:

Gibt es universelle Themen, die uns alle verbinden? Gibt es kulturspezifische Zugänge zu Umweltthemen?

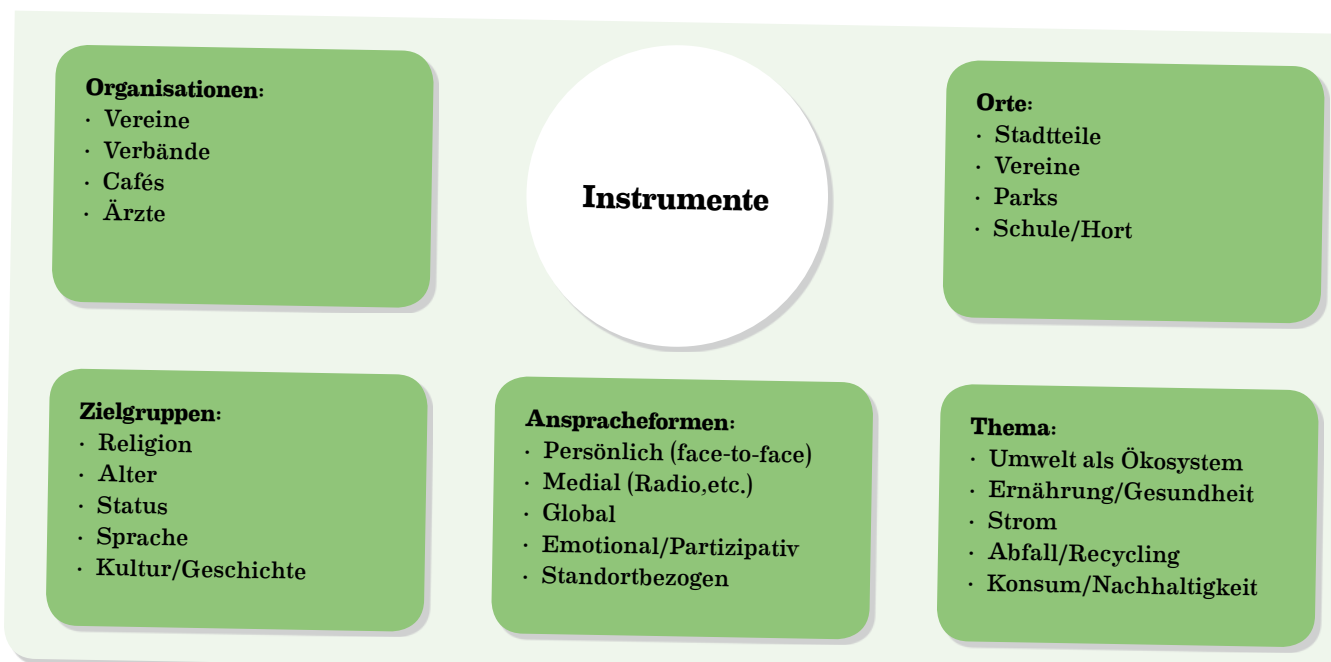
2. Thema:

Mit welchen Instrumenten können wir Menschen, die Deutsch als Zweitsprache sprechen, am effektivsten erreichen? Welche Themen und Aktionsformen sind für die Stärkung des Umweltengagements geeignet?

Zum 1. Thema gab es eine rege Diskussion, wie die Umweltthemen als universelles Thema und kulturspezifisch vermittelt werden könnten. Die Gruppe erarbeitete folgende fünf Aspekte:

- 1) **Strategien/Instrumente:** Partizipation, die Betonung der gemeinsamen Kultur, die Einbindung von neutralen Akteuren, eine emotionale Sprachverwendung, Aktivierung von Respektspersonen aus der Community, persönliche Kontaktaufnahme.
- 2) **Themenfelder:** Die Themen sollten relevant für den Umweltschutz sein und gleichzeitig Gemeinsamkeiten betonen. Beispiele hierfür sind die Nutzung kultureller Veranstaltungen wie Musik, Tanz, Theater, Essen, Erziehung, gemeinsame Kochveranstaltungen, Naturerlebnisprojekte (Natur miterleben oder erobern und ändern) sowie Garten- und Sommerfeste.
- 3) **Grundwerte und Voraussetzungen:** Als Grundwerte und Voraussetzung für die Ansprache von MigrantInnen wurden Toleranz, Offenheit, Streitkultur (»Auseinandersetzungskultur«) und »nicht pauschalisieren« genannt.
- 4) **Religion:** Dass auch die Religion beim Umweltschutz eine Rolle spielt, war für einige Teilnehmenden ein neues und daher wichtiges Thema.
- 5) **Konfliktfelder:** Hervorgehoben wurden hier das Vorhandensein von Vorurteilen und unterschiedlichen Wertvorstellungen.

Bei der Diskussion zum 2. Thema setzte die Gruppe die Instrumente für die Ansprache von MigrantInnen in den Mittelpunkt.



Grafik: Eigene Darstellung

Einige angesprochene Aspekte überschneiden sich: Zum Beispiel erachteten beide Gruppen den Einbezug des religiösen Hintergrundes, eine emotionale und partizipative Ansprache und das Eingehen auf den kulturellen Hintergrund als wichtig. **Als ein Motto** wurde folgender Satz genannt: **Jede (Ziel-) Gruppe hat ihre spezielle »Art« und ihre speziellen Gewohnheiten, aber alle Menschen haben eine gemeinsame Welt!**

Abschließend ergänzten die Referentinnen die Ergebnisse mit Tipps aus der Praxis. Hier entstand in Zusammenarbeit mit der gesamten Arbeitsgruppe ein wertvoller »Erfahrungsschatz«.

Nicht nur die Teilnehmenden, für die das Thema »interkulturelle Öffnung der Naturschutzverbände« neu war, profitierten von dem Workshop. Es war auch das erste Mal, dass sich Yeşil-Çember-Mitglieder aus Berlin, Köln und München kennenlernen konnten.

»Wir wünschen uns vom DNR, dass wir weiterhin solche Möglichkeiten erhalten können, von unseren Erfahrungen zu berichten, weil es für viele deutsche NGOs ein richtiges Neuland ist. Hier sollten beispielsweise Weiterbildungen angeboten werden, die interkulturelle Kompetenzen der Akteure gezielt erweitern können.«⁹

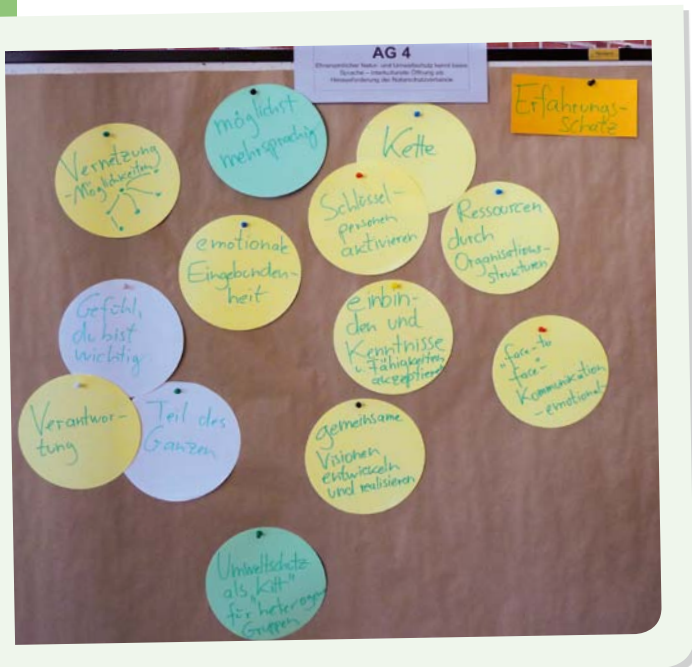
Auch die TeilnehmerInnen nahmen Erfahrungen und Ideen aus der Arbeitsgruppe mit in ihren Alltag:¹⁰

»Viele neue Infos, Erfahrungen und Ideen!«

»Neues Wissen über andere Kulturen und mehr Hoffnung, Neugierde und Motivation durch die AG!«

»Solche Veranstaltungen sollten viel öfter stattfinden.«

»Meine Vorurteile sind durch die AG weniger geworden«



9 Zitat Referentin Gülcan Nitsch

10 Zitat aus einer qualitativen Teilnehmerumfrage zur Konferenz, Fragebogen im Anhang

4.5 Ideen aus dem Goldfischglas

Arbeitsgruppe 5: Jugendliche und junge Erwachsene für Naturschutzengagement gewinnen

Referentin

Hanna Piotter

NAJU im NABU
Bundesgeschäftsführerin

Kontakt:

Charitéstraße 3

10117 Berlin

Tel.: 030/28 49 84 19 01

Fax: 030/28 49 84 29 00

Mail: hanna.piotter@NABU.de



Referent

Björn Obmann

BUNDjugend Bundesverband
Freiwilligenkoordinator

Kontakt:

Am Köllnischen Park 1a

10179 Berlin

Tel.: 030/27 58 65 88

Mail: bjoern.obmann@bundjugend.de



Referent

Malte Stöck

NAJU im NABU
Aktivenförderung

Kontakt:

Charitéstraße 3

10117 Berlin

Tel.: 030/28 49 84 19 20

Mail: Malte.Stoeck@NAJU.de



Im Rahmen des europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit, will man in Deutschland neben anderen Zielgruppen vor allem die Jugendlichen stärker für ein ehrenamtliches Engagement gewinnen. Daher war das Ziel der Arbeitsgruppe einen möglichst großen Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmenden zu fördern, zu strukturieren, zu vernetzen und auf dieser Basis möglicherweise neue Lösungsansätze für das Thema zu entwickeln.

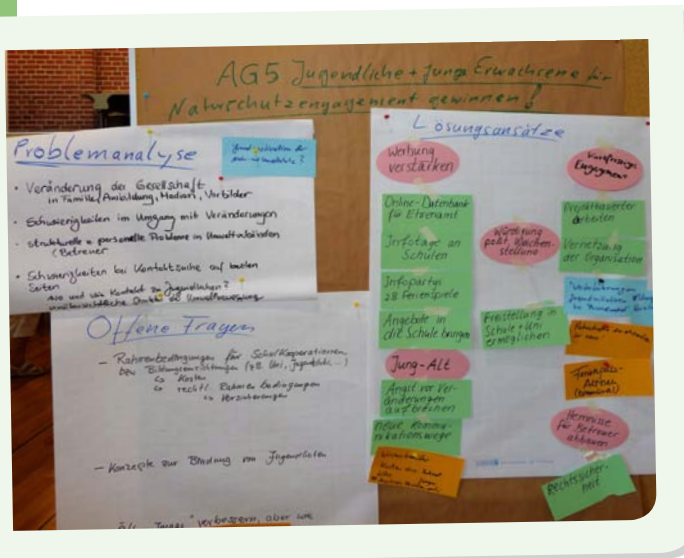
Als Einführung in das Thema und als wissenswerte Grundlage diente, die von den Referenten vorgestellte, NAJU-Studie¹¹ zur »Stärkung der lokalen verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit«.

In zwei Arbeitsgruppen befassten sich die Teilnehmenden des Workshops mit der Fragestellung, welche Strukturen und welche Grundvoraussetzungen nötig sind, um Jugendliche und junge Erwachsene für Naturschutzengagement zu gewinnen. Während die einen sich mit der Problemanalyse befassten, erarbeitete die andere Gruppe mögliche Lösungsansätze. Die Referenten nutzten interaktive Arbeitsweisen, wie zum Beispiel die Fischbowl¹² Methode, um die Ergebnisse zu diskutieren.

Eine Herausforderung sahen alle in dem schnellen Wandel und den raschen Veränderungen in unserer Gesellschaft. Besonders das große Angebot an Medienplattformen biete eine Chance Jugendliche gezielter zu erreichen. Trotzdem würden Naturschutzthemen in der Masse des Themenpools oft untergehen. Der Umgang mit Veränderungen bei Methoden, Arbeitsweisen und Mediennutzungen stelle besonders bei den Älteren in vielen Organisationen Schwierigkeiten dar, berichteten die Referenten.

Strukturelle und personelle Probleme in den Naturschutzverbänden stellen ebenfalls häufig Barrieren dar. Insbesondere im Kinder- und Jugendbereich fehle es oft an Personal und Betreuung der Ehrenamtlichen. Doch nach Ansicht der TeilnehmerInnen beginnt die Problemverkettung schon vorher: Die Kontaktaufnahme stelle auf beiden Seiten eine große Herausforderung dar. Vor allem die unübersichtliche Struktur der Umweltbewegung erschwere den Zugang zum Ehrenamt für junge und ältere Interessierte.

Insbesondere beim letzten Punkt sahen die Teilnehmenden viele Lösungsansätze. Sie sprachen darüber, Infotage und Infopartys an Schulen und Universitäten anzubieten, und schon die Kleineren mit Ferienangeboten als frühe Ehrenamtliche abzuholen. Für solche Aktionen forderten die Diskutierenden die Freistellung der Kinder und Jugendlichen vom Unterricht oder Vorlesungen.



11 NAJU Studie: »Stärkung der lokalen verbandlichen Kinder- und Jugendgruppenarbeit von Naturschutzjugend (NAJU) und Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V., Berlin« (2009), S.224, Download unter <http://imperia.verbandsnetz.nabu.de/imperiamdb/naju/pics/projekte/verbandsprojekt/schlussbericht.pdf>

12 Fischbowl: Die Methode, zur Diskussionsführung in großen Gruppen, hat ihren Namen nach der Sitzordnung: sie gleicht einem Goldfischglas, um das die Teilnehmer im Kreis herumsitzen. Teilnehmer die zur Diskussion etwas beitragen möchten, können aus dem Außenkreis in den Innenkreis der Plätze wechseln. Die Ergebnisse werden am Ende mit der gesamten Gruppe besprochen.

Politische Rahmenbedingungen müssten hierfür mehr Freiraum innerhalb des formalen Bildungssystems bieten und Qualifikationen aus dem Ehrenamt stärker anerkennen.

Bei den Naturschutzverbänden müsse mehr darauf geachtet werden, dass eine Weiterführung von Jugendinitiativen bei »Personalwechsel« gewährleistet würde. Auch bei kurzfristigen Projekten müsse die Weiterbetreuung der jungen Ehrenamtler fortgesetzt werden, damit eine spätere Wiedervernetzung jederzeit möglich bliebe.

Eine Lösung fand die Arbeitsgruppe in **Patenschaften, die erfahrene Ehrenamtliche für neu dazu kommende übernehmen könnten**. Wichtig seien auch generationenübergreifende Aktionen, die die Mediennutzung in den Mittelpunkt setzten. Hier könne man sich an bereits bestehenden **Kochaktionen** orientieren, bei denen **Ältere den Jüngeren zeigen wie man kocht und die Jüngeren den Älteren zeigen, wie man die Rezepte und Fotos ins Netz stellt**. Solche Aktionen übertragen auf Naturschutzthemen wären auch in kleineren Verbänden mit wenig Aufwand möglich.

Für die Gruppe blieben noch **Fragen offen**, die Anreiz zum Weiterdenken bieten:

Wie sind die Rahmenbedingungen für Schulkooperationen bzw. Bildungseinrichtungen (Universitäten, Jugendclubs...)?

- Welche Kosten werden übernommen ?
- Welcher rechtliche Rahmen besteht (z.B Versicherungen...)

»Öko-Image« verbessern aber wie ?

- Schlüsselpositionen in Jugendlichen Cliques / Peer-groups ansprechen, dann macht die ganze Gruppe mit.

- Austausch Portal
- Übergang Jugendorganisation- Erwachsenenverband
- Vorschläge für generationenübergreifende Aktionen (z.B. Vorbild Kochaktion)

Grafik: Eigene Darstellung

Die TeilnehmerInnen entwarfen außerdem eine weitere Möglichkeit der Vernetzung von jugendlichen Ehrenamtlichen und Naturschutzorganisationen: **Es müsse eine Internetseite geben, auf der ausschließlich alle Organisationen und lokalen Gruppen mit Infos zum Engagement zu finden wären.** Hier bräuchte es eine Maske, in der man abgefragt würde und dann Empfehlungen für bestimmte Aufgaben in bestimmten Organisationen bekäme. Damit könne man diejenigen aktivieren, die sich gerne engagieren wollen, aber nicht wissen wo und wie und ansonsten durch die aufwändige Suche abgeschreckt würden.

Eine Vernetzung und den Wissenstransfer zwischen Jung und Alt sahen die Workshop-TeilnehmerInnen als großes Potenzial, um ehrenamtliche Jugendliche für den Naturschutz zu gewinnen.

Die Herausforderung der ReferentInnen bestand, wie bei allen Arbeitsgruppen, in der Koordinierung einer sehr heterogenen Gruppe. Daher sei die Erarbeitung ganz neuer Erkenntnisse auf dieser Basis schwer gewesen, aber der gewünschte Erfahrungsaustausch der TeilnehmerInnen zu dem Thema »Jugendliche und junge Erwachsene für Naturschutzengagement gewinnen« sei ausgiebig und konstruktiv gewesen. Es gab interessante Anregungen, aber auch noch viel Diskussionsbedarf zu konkreten Umsetzungen.

Die Teilnehmer begrüßten den Austausch untereinander und konnten einige Anregungen für Ihre Arbeit mitnehmen:¹³

»Ich habe Interessantes über verschiedene Projekte erfahren und interessante Menschen kennengelernt.«

»Freiwillige, jugendliche »Landsleute« in einen Naturschutzverband aktiv zu integrieren ist in der heutigen Zeit schon nicht ganz einfach. Umso erfreulicher war die Erfahrung, mit interessierten jungen Menschen mit Migrationshintergrund [...] in Erfahrungsaustausch zu treten, die sehr offen und interessiert ihre Aktivitäten, Ideen, Erfahrungen und Wünsche mitteilten. Diese Erfahrung motiviert, sich aktiv auch um dieses Klientel für Natur- und Umweltschutzaktivitäten zu bemühen.«

»Ehrenamt ist ein spannendes Thema. Ich lerne immer wieder von den ModeratorInnen (Methoden etc.).«

»Mir war vorher nicht so klar, dass der ehrenamtliche klassische Umweltschutz solche Nachwuchsschwierigkeiten hat, aber es gibt spannende Initiativen.«



.....
13 Zitat aus einer qualitativen Teilnehmerumfrage zur Konferenz, Fragebogen im Anhang

4.6 Eine Datendebatte und Scharfe Kritik

Arbeitsgruppe 6: Ehrenamtliches Engagement als Fundament im Bereich Erfassung und Monitoring der biologischen Vielfalt

Referent

Magnus Wessel

NABU

Referent für Natur- und Artenschutz

Kontakt:

Charitéstraße 3

10117 Berlin

Tel.: 030/28 49 84 -16 18

Mail: Magnus.Wessel@NABU.de



Referent

Thomas Norgall

BUND Landesverband Hessen e. V.

Naturschutzreferent, stellv.

Geschäftsführer

Kontakt:

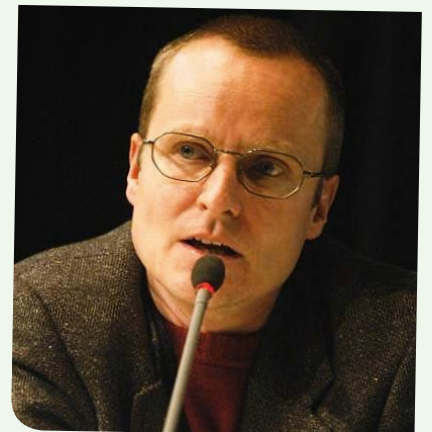
Ostbahnhofstraße 13

60314 Frankfurt

Tel.: 069/67 73 76 -14

Fax: 069/67 73 76 -20

Mail: thomas.norgall@bund-hessen.de



Aus den Ergebnissen des Workshops »Perspektiven für die ehrenamtliche wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Biodiversität – Datensammlung, Transfer und Nutzung für die wissenschaftliche und praktische Anwendung«¹⁴ und dem »Dialogforum Ehrenamt«¹⁵ wurden offene Fragen in der Arbeitsgruppe diskutiert. Wie sind Berührungspunkte zwischen Wissenschaftlern und Fachamateuren abzubauen? Müssen sich Erhebungen mangels ausreichenden

14 Workshop des Deutschen Rats für Landespflege (DRL) am 12.01.2011

15 »Dialogforum Ehrenamt« Bundesumweltministerium (BMU) vom 17./18.02.2011

Wissens stärker auf Symbol-, Ziel- und Schirmarten¹⁶ beschränken? Wie sind Qualitätskriterien und Qualitätskontrollen bei Erhebung und Interpretation von Daten zu gewährleisten? Aufschlussreich dürften auch die Erfahrungen ehrenamtlicher Schutzgebietsbetreuer sein, die der NABU seit einiger Zeit ausbildet. Zusammenfassung der Ergebnisse zu den drei Fragen:

Wie sind Berührungspunkte zwischen Wissenschaftlern und Fachamateuren abzubauen?

Unter Verweis auf zahlreiche gegenteilige Beispiele wurde der generellen These von »Berührungspunkten zwischen Wissenschaftlern und Fachamateuren« widersprochen. Bestehende Barrieren könnten mit einer verbesserten Kommunikation vermieden oder überwunden werden. Den Fachamateuren fehle heute zunehmend der fachlich ausgebildete Überbau. In den Kartierergruppen würden die ehrenamtlich Tätigen mit wissenschaftlicher Ausbildung seltener. Der schnelle Verlust der fachwissenschaftlichen Expertise, wie ihn die »Taxonomie-Initiative«¹⁷ beschreibt, stelle ein bedeutendes Problem dar.

Müssen sich Erhebungen mangels ausreichenden Wissens stärker auf Symbol-, Ziel- und Schirmarten beschränken?

Eine Beschränkung bei der Datenerhebung als zwingende Folge der hohen Artenzahl wurde in der Gruppe bestätigt. Konsens bestand, dass der Wissensstand durch die aktuelle Bestimmungsliteratur und das Internet heute bei den aktiven KartiererInnen vermutlich besser sei als in früheren Jahrzehnten. Eine Beschränkung auf die sogenannten »Symbol-, Ziel- und Schirmarten« ist insbesondere eine Folge des ehrenamtlichen Nachwuchsmangels bei den Naturschutzverbänden.

Die Nachwuchsförderung des Ehrenamtes müsse verstärkt als staatliche Aufgabe wahrgenommen werden, wenn ehrenamtliches Engagement auch weiterhin als wichtiges »Fundament im Bereich Erfassung und Monitoring der biologischen Vielfalt« wirksam werden solle. Erfolgreiche Kartierungen im Ehrenamt seien primär von zwei Faktoren abhängig:

- einer verlässlichen Mindestfinanzierung und
- der Existenz einer fachlich qualifizierten Person oder Personengruppe, die aufgrund ihrer kommunikativen und sozialen Kompetenz akzeptiert werden.

Wie sind Qualitätskriterien und Qualitätskontrollen bei Erhebung und Interpretation von Daten zu gewährleisten?

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass Qualitätskriterien und Qualitätskontrollen der Datenerhebung und -interpretation sich nur sichern lassen, wenn staatliche und nicht-staatliche Auftraggeber ihre Verantwortung wahrnehmen. Nur wenn von Anbeginn eine klare Zielsetzung formuliert würde, ließen sich:

- klare, für die Kartierdauer geltende Standards erarbeiten, dokumentieren und verständlich kommunizieren sowie
- Regelungen zur Qualitätskontrolle durch Fachleute treffen und ohne Motivationsverlust beim Ehrenamt durchsetzen.

16 Auseinandersetzung mit den Begriffen Symbol- und Schirmarten (Download: PDF, 1,34 MB): www.wsl.ch/fe/wisoz/students/Keller2008_Liz.pdf

17 www.taxonomie-initiative.de/die_initiative/index_ger.html

Besonders zu dem Thema Datenverwertung und -verbreitung, gab es in der Gruppe rege Diskussionen. Die Arbeitsgruppe forderte insbesondere die öffentliche Hand auf, neue Datenfriedhöfe zu verhindern sowie vorhandene zu identifizieren und aufzulösen. Notwendig sei:

- eine Einführung einheitlicher, zumindest für alle Verwaltungen eines Bundeslandes, verbindlicher Datenbankstrukturen.
- eine Herstellung zu praxisgerechten Anwendungen.
- eine Verpflichtung zum schnellen Datenaustausch unter Wahrung der Schutzinteressen von Arten und Lebensräumen.

Diskutiert wurden außerdem die Probleme, die sich aus dem Umgang mit erhobenen Daten ergeben könnten. Soweit die Datenerhebung Bestandteil der wissenschaftlichen Forschung sei, müssten Urheber- und Publikationsrechte Beachtung finden. Werden Daten an öffentliche Stellen gegeben, würden die Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes (UIG)¹⁸ wirksam und verdrängten damit vermutlich alle privaten Rechte des Datenerhebers. Eine für juristischen Laien verständliche Darstellung der Rechtslage würde hier sicher viele Diskussionen abkürzen und Missverständnisse vermeiden helfen.

Es bestand Konsens, dass der Naturschutz in Deutschland durch die wissenschaftliche Datensammlung ehrenamtlich arbeitender Fachleute maßgeblich geprägt wurde. Ebenso waren sich die Teilnehmer einig, dass die Freiwilligenarbeit von Spezialisten und Amateuren im Ehrenamt auch in Zukunft unverzichtbar sei. **Schon aus finanziellen Gründen sei Ehrenamtliches Engagement das »Fundament im Bereich Erfassung und Monitoring der biologischen Vielfalt«.**

Kritisiert wurde, dass Politik und Verwaltung trotz der Aufnahme des Umweltschutzes in die Verfassung, der hohen Bedeutung wissenschaftlich belastbarer Daten, der rechtlich verbindlichen Berichtspflichten bis heute kein Konzept für eine langfristige und verlässliche Datengewinnung und Datenhaltung zur Dokumentation der Biologischen Vielfalt in Deutschland entwickelt habe.

Dieses Defizit verhindere die Entwicklung einer verlässlichen Kooperation, bei der das Ehrenamt seine langfristig leistbaren »ökologischen Nischen« finde und nicht zur Erfüllung staatlicher Pflichten missbraucht würde.



.....
18 Umweltinformationsgesetzes (UIG): Ziel, den freien Zugang zu Umweltinformationen zu schaffen und zu verbreiten (Quelle: wikipedia)

4.7 Gute Ideen für Stuttgart 21

Arbeitsgruppe 7: Gibt es genug Beteiligungsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft – Beispiel ehrenamtliches Engagement im Natur- und Umweltschutz



Referent

Michael Zschiesche

Fachgebietsleiter: Umweltrecht & Partizipation,
Vorstandssprecher & geschäftsführender Vorstand des UfU
Ökonom, Jurist

Kontakt:

Tel.: 030 / 428 49 93 -32

Fax: 030 / 42 80 04 85

E-Mail: recht@ufu.de

In der Diskussion über Ehrenamt im Naturschutz war eine zentrale Fragestellung, ob es genug Beteiligungsmöglichkeiten für Ehrenamtliche gibt. Zu Beginn vervollständigten die Teilnehmenden einen Satz, den der Referent Michael Zschiesche wählte, um die Wichtigkeit des Workshop Themas zu verdeutlichen.

Bürgerbeteiligung im Umweltschutz ist wichtig, weil...

- es alle angeht.
- es unsere Antriebsfeder ist und unser wichtigstes Instrumentarium.
- es unsere Umwelt ist.
- es die Arbeit der Verwaltung aus anderem Blickwinkel verstärkt.
- es das A und O zwischen den Wahlen ist.
- sie aktiv hält.
- es Aufgabe der BürgerInnen ist, Ihre Umwelt zu erhalten

Anschließend folgte ein Vortrag¹⁹ mit aktiver Diskussion der Teilnehmer. Die wichtigsten Arbeitsschritte der Gruppe waren, wer sich in Fragen des Umweltschutzes beteiligen kann und auf welche Weise das geschehen darf. Die unterschiedlichen Ebenen der Beteiligung¹ über Partizipation wurden an Beispielen wie zum formellen Beteiligungsverfahren mit dem Petitionsrecht und zum informellen Beteiligungsverfahren, zum Beispiel mit Bürgerinitiativen verdeutlicht. Zur Frage, wer sich beteiligen kann, wurden drei Nennungen skizziert:

.....

¹⁹ Vortrag: Präsentation im Anhang

- 1) Jedermann: Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionschutzgesetz, zum Beispiel Kohlekraftwerke
- 2) Betroffene: Planfeststellungsverfahren, zum Beispiel. Bau Bahnhof Stuttgart
- 3) Mitarbeiter und Mitglieder anerkannter Naturschutzverbände, zum Beispiel Stellungnahmen im Rahmen der Verbändemitwirkung
§63 BNatSchG

In drei Gruppen aufgeteilt, beschäftigten sich anschließend die Workshop-TeilnehmerInnen mit drei Fragestellungen:

- Prinzipien und Grundsätze von Bürgerbeteiligungen
- Anreize der Beteiligung
- Ziele der Bürgerbeteiligung im Umweltschutz

In diesen Arbeitsgruppen wurden innerhalb von dreißig Minuten Ideen, Vorschläge und Prinzipien erarbeitet und diskutiert, die aber aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit weder geclustert²⁰ noch weiter spezifiziert wurden:



Grafik: Eigene Darstellung

20 Clustern oder Cluster-Verfahren: Eine Methode des kreativen Schreibens, dabei werden Assoziationsketten notiert, die von einem Zentralwort ausgehen. Clustering ist ein Brainstorming-Verfahren.

Um die Ergebnisse dieser Aufgabe zu konkretisieren, wurde mit den Teilnehmenden der Prozess der Beteiligung am Bahnhofsumbau in Stuttgart²¹ nachgestaltet und unter der Prämisse einer möglichst effizienten und umfassenden Beteiligung diskutiert.

Entwicklung eines idealen Beteiligungsmusters am Beispiel des Bahnhofsumbaus in Stuttgart

1. Planungsebene:

Planungsebenen sind die Verwaltungen innerhalb der staatlichen Hierarchie, die sich mit der räumlichen Planung befassen. Man spricht deshalb auch von Verwaltungsebenen. Es gibt die Europaebene, die Bundes-, Landes- und Regionsebene und die Gemeindeebene. [wikipedia]

Bundesverkehrswegeplan²²: Bislang ist auf dieser Ebene, auf der der Bedarf von Infrastrukturprojekten festgelegt wird, keine Bürgerbeteiligung vorgesehen. Durch die EU-SUP-Richtlinie²³ müssen allerdings künftig Umweltbelange mittels Beteiligung überprüft werden können. In der Gruppe wurde deutlich, dass hierbei weder Bedarfsfragen umfassend noch die Bürger direkt Einfluss auf den Verkehrswegeplan, der dann auch Gesetz wird, haben. Problematisiert wurde, dass das Parlament souverän ist und auch bleiben sollte, die Beteiligung aber eine wirkungsvolle Ergänzung darstellen könne. Hierbei sollten Methoden wie Planungszellen oder Bürgerkonferenzen zum Einsatz kommen. Zusätzlich sollte auch die formelle Beteiligung via SUP als Ergänzung Ihre Entsprechung finden.

2. Raumordnungsverfahren:

Das Raumordnungsverfahren (ROV) gehört zu den klassischen Instrumenten der Raumordnung. Die gesetzlichen Grundlagen bilden §15 ROG und die Landesplanungsgesetze der Länder. [wikipedia]

Hier lag den Teilnehmern am Herzen, Entscheidungen, die bereits auf dieser Ebene getroffen werden können, auch zu treffen. Der Erörterungstermin sollte wieder obligatorisch eingeführt werden. Spätestens zu diesem Zeitpunkt sei ein begleitendes Dialogforum einzurichten, welches vor, während und nach der formellen Beteiligung interessierten Bürgern mit Auskünften zur Verfügung stehe. Die Verbandsklagerechte der Umweltverbände sollten auch auf dieser Ebene eingeführt werden.

3. Planfeststellungsverfahren:

Die Planfeststellung ist in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Verwaltungsrecht des Bundes und der Länder ein besonderes Verwaltungsverfahren, welches für Bauvorhaben in den gesetzlich vorgesehenen Fällen durchgeführt wird. Bei normalen Bauvorhaben ist es nicht anzuwenden. Der abschließend erlassene Planfeststellungsbeschluss ist ein Verwaltungsakt. Das Planfeststellungsverfahren wird in den

21 Stuttgart 21: In Bau befindliches Verkehrs- und Städtebauprojekt zur Neuordnung des Eisenbahnknotens Stuttgart.

22 Bundesverkehrswegeplan (BVWP): ist ein Investitionsrahmenplan und Planungsinstrument der deutschen Bundesregierung, jedoch kein Finanzierungsplan oder -programm für die Erstellung neuer Verkehrswege. [wikipedia]

23 Strategische Umweltprüfung (SUP): www.strategischeumweltpruefung.at/grundlagen/gesetze/supineuropa/

§§ 72 bis 78 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) bzw. in den zumeist inhaltsgleichen Parallelvorschriften der Landesverwaltungsverfahrensgesetze näher geregelt. [wikipedia]

Der Scoping-Termin²⁴ solle obligatorisch mit Beteiligung von Dritten, wie BürgerInnen und Umweltverbänden, stattfinden. Das Internet als Informationsmedium sei deutlich zu intensivieren. Die Auslegungsphase solle besser kommunikativ begleitet werden und gegebenenfalls länger als vier Wochen dauern, wie bei umfangreichen Vorhaben, z. B. Stuttgart 21. Zur Erläuterung der Unterlagen sollten in den Auslegungsstellen Personen anwesend sein, die die Unterlagen erklären und zum Vorhaben Erläuterungen geben könnten. Die Öffnungszeiten der Behörden solle wesentlich bürgerfreundlicher gestaltet werden. Obligatorisch solle jeden Tag bis 18.00 Uhr die Auslegungsstelle offen sein. Der Erörterungstermin solle zwingend erforderlich stattfinden. Die Berücksichtigung der Stellungnahmen solle verbindlicher gestaltet werden. Hierüber gab es aufgrund der nicht mehr vorhandenen Zeit keine abschließende übereinstimmende Haltung der Diskutanten. Die Meinungen reichten von: BürgerInnen und Umweltverbände sollten Einfluss auf die Entscheidung haben können – bis zu: Die Stellungnahmen sollten Berücksichtigung finden und es sollte sichergestellt sein, dass die Prüfung der Stellungnahmen stattfindet.

Konsens herrschte darüber, dass **Bürgerbeteiligung ein notwendiges Instrument der Demokratie** sei, um zwischen den Wahlen eine demokratische Kultur zwischen Bürgern, Verwaltung und Wirtschaft zu gewährleisten. Die Frage, wie auf der Ebene der Bedarfsplanung, zum Beispiel im Bundesverkehrswegeplan, die Beteiligung besser verankert werden könne, ohne die Spielregeln der Demokratie und des Grundgesetzes zu missachten, nahm Zeit in Anspruch. Dabei gab es unterschiedliche Positionen. Einig war man sich, dass die **Bürgerbeteiligung effizienter und umfassender ausgestaltet sein müsse**. Dies wurde am Prozess Bahnhofsbau Stuttgart 21 deutlich. Es wurde aber auch deutlich, dass Bürgerbeteiligung unter den Bedingungen von Effektivität nicht allen Wünschen offen stehen könne.



Die Arbeitsgruppe aus Sicht des Referenten?

»Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe diskutierten offen und engagiert, durchaus kontrovers und aus verschiedenen Blickwinkeln die Fragen zur Bürgerbeteiligung im Umwelt- und Naturschutz. Die Erfahrungen der TeilnehmerInnen waren erwartungsgemäß unterschiedlich, was sich aber sehr gut ergänzte. Es ist durchaus bemerkenswert, was an Ideen und Vorschlägen seitens der Teilnehmenden in kurzer Zeit hinsichtlich einer verbesserten Beteiligung in Umwelt- und Naturschutz alles zusammen getragen worden ist.«

.....
24 Scoping: Verfahren der Umweltprüfung (gesetzlich vorgeschriebenes Verfahren zur Prüfung der Umweltbelange in der Bauleitplanung) in dem Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB frühzeitig aufgefordert werden, sich auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern.

4.8 Dreck unter den Füßen

Arbeitsgruppe 8: Ehrenamtliche Unterstützung für den Bodenschutz und eine europäische Bodenrahmenrichtlinie

Referentin

Prof. Dr. Gabriele Broll

Präsidentin des Bundesverband Boden
Universität Osnabrück, Institut für
Geographie

Kontakt:

Seminarstraße 19 a/b
49069 Osnabrück

Tel.: 05 41/969 40 73

Fax: 05 41/969 43 33

Mail: gabriele.broll@uni-osnabrueck.de

Referent

Ingo Valentin

BUND-Bodenschutzexperte
Sprecher des Arbeitskreis
Bodenschutz, Altlasten
BUND Bundesgeschäftsstelle

Kontakt:

Am Köllnischen Park 1

D-10179 Berlin

Tel.: 02 11/641 29 76

Mail: ingo.valentin@bund.net



Mit der Zerstörung der Böden als nicht erneuerbare Ressource werden auch die menschlichen Lebensgrundlagen gefährdet. Oft sind die Auswirkungen von Bodenzerstörung erst nach langer Zeit sichtbar. Zur Verschlechterung der Bodenqualität tragen Erosion, Verdichtung, Flächeninanspruchnahme, Versiegelung, Verlust an organischer Substanz, Versalzung, kontaminierte Standorte, aber auch Gesteinsabbau, die Bodenkontamination bei Bohrungen sowie wahrscheinlich auch die geplante Kohlendioxidverpressung²⁵ bei. Bodenschutz ist auf europäischer Ebene und in den EU-Mitgliedsländern noch unzureichend gesetzlich verankert, wird damit nur partiell umgesetzt. In dieser Arbeits-

.....
25 engl. Carbon Dioxide Capture and Storage, kurz CCS

gruppe haben die ExpertInnen für Bodenschutz mit den Teilnehmern auf der Grundlage eines Erfahrungsaustausches diskutiert, wie der Bodenschutz in Deutschland und Europa vorangebracht werden könne.

Bodenverlust durch hohen Flächenverbrauch

In Deutschland werden täglich etwa 100 Hektar Fläche für Siedlungs- und Verkehrsflächen in Anspruch genommen, meist auf Kosten landwirtschaftlich genutzter Flächen. Die Problematik dieser Flächeninanspruchnahme, wurde in der Gruppe an einem »Flächenverbrauchszähler«²⁶ veranschaulicht. So wurden innerhalb von drei Stunden circa 124.000 Quadratmeter Fläche²⁷ in anthropogenen Anspruch genommen. Es wird deutlich, dass das Ziel der Bundesregierung, die Flächeninanspruchnahme bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen, noch weit entfernt ist.

Für den Einstieg in das Thema verdeutlichte der Kurzfilm »Humus – die vergessene Klima-Chance«²⁸ den Zusammenhang zwischen Boden und Klima. Einerseits sind Böden Leidtragende des Klimawandels, zum Beispiel durch länger anhaltende Trockenperioden und Starkregen. Andererseits bieten Böden erhebliche Potenziale bei der Bindung von Kohlenstoff und können somit einen Beitrag zur nachhaltigen Klimaanpassung leisten. In dem Kurzfilm wurden Lösungsansätze, wie gezielter Humusaufbau zum Bodenschutz beiträgt, dargestellt.

Anschließend berichteten die ReferentInnen zu den Themen Bodengefährdung, Bewusstseinsbildung, Engagement, Schutz für Böden, rechtlicher Rahmen auf nationaler Ebene (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG) und einer möglichen EU-Bodenrahmenrichtlinie (BRRL)²⁹.

Frau Sarolta Tripolszky stellte die Arbeit des europäischen Umweltbüros (European Environmental Bureau – EEB) und die Bestrebungen für eine EU-Bodenrahmenrichtlinie vor. Aus ihrer Sicht kann eine EU-Bodenrahmenrichtlinie einen entscheidenden Beitrag leisten, wenn zwei wesentliche Punkte darin enthalten sind:

- 1) Nachsorgender Bodenschutz: Wiederherstellung geschädigter Böden.
- 2) Vorsorgender Bodenschutz: Vermeidung der weiteren Verschlechterung der Bodenqualität und Erhaltung der Bodenfunktionen

Im weiteren Verlauf entwickelten die TeilnehmerInnen einen Fragekatalog, die Ergebnisse wurden gemeinsam auf einem Plakat für das World Café zusammengetragen. Die Gruppe hielt folgende Fragen und Ergebnisse in Stichpunkten fest:

Warum ist Boden wichtig?

Boden: als Wasserspeicher, als Lebensraum, als Kohlenstoffspeicher

Wer sind die Akteure, die mit Boden umgehen?

Landwirte, Stadtplaner, Familien, Kleingärtner, Landschaftspfleger, Archäologen

.....

26 Flächenverbrauchszähler: Methode, www.fischbar.de/boden/zeit.htm

27 Quelle: www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=2898

28 Kurzfilm: www.humus-derfilm.at (10 min)

29 BRRL: Regelungskonzept des Bodenschutzes, Instrument ist der Erlass einer EG-Richtlinie. Stand: Entwurf 2006 nicht in Kraft getreten.

Wie erreichen wir Freiwillige, die schon jetzt im Umweltschutz tätig sind?

Flächenrecycling fördern, Materialien z.B. Aktionskoffer bereitstellen, über Thema Flächenverbrauch, Boden als Zentrum des Ökosystems herausstellen, Urban Gardening, Bürgerinitiativen › Bebauung verhindern, Naturführer › Fortbildung im Bereich Boden



Wie kann das komplette Thema kommuniziert werden und wo sind Anknüpfungspunkte z.B. zum Thema Wasser?

Über: interkulturelle Gärten, »ohne Boden geht nichts«, Kompost als »Bodenverbesserung«, Bodenstruktur, Parkpflege mit mehr Bodenbezug, Bodenentwicklung (Geschichte), Moorschutz z.B. Torf, Vorträge mit Dia + Filme, Verdichtung & Versiegelung › Hochwasser, Gesunder Boden › gesunde Lebensmittel, Boden und Klima › Exkursion

Was können Freiwillige praktisch machen? (auf wissenschaftlicher/ politischer Ebene und vor Ort)

Flächenverbrauch als Thema auf Festivals › Jugend ansprechen, Vernetzung, Gesetzgebung einmischen, über Studierende, politische Bewegung am Beispiel

Ölsand in Kanada, Umweltaktionstag: auch Bodenschutz als Thema, Aktionen mit Kindern, Boden als Ressource erkennen, Boden muss in der EU den gleichen Schutz haben, Umweltverteilung der Gewerbesteuer, Vorträge zur Bodenverbesserung › lokale Ansprechpartner

Abschließend lassen sich die Ergebnisse in zwei Fragestellungen zusammenfassen:

1. Wie entsteht für die Bevölkerung der Bezug zum Thema Bodenschutz?

Die Gruppe stellte heraus, dass Boden in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch als »Dreck unter den Füßen« verstanden werde. Die Bedeutung und die Schutzwürdigkeit unserer Böden müssen intensiver öffentlich wirksam thematisiert werden. Der Anteil der Bevölkerung, der heute noch direkt mit Boden in Berührung kommt, sei verschwindend klein.

Der Boden stehe eigentlich im Zentrum des Ökosystems als »Schnittstelle« zu Wasser und Luft. Diese Zusammenhänge würden jedoch erst erkannt, wenn durch eigene Erfahrungen Bezüge zum Boden bestehen. Vielfach würden aus lokalen Initiativen heraus solche Erfahrungen entstehen:

- Die Verhinderung von Bauvorhaben auf der »grünen Wiese« durch lokale Bürgerinitiativen könne dazu führen, dass sich Zivilpersonen mit dem Thema Flächenrecycling und Altlastensanierung auseinandersetzen, um so die Flächeninanspruchnahme vor Ort zu begrenzen.
- Extreme Hochwasserereignisse an Flüssen seien oft eine Folge des Verlusts an Auen und natürlichen Überschwemmungsgebieten an Flussläufen verbunden mit immer stärkerer Versiegelung. Dagegen könnten intakte, nicht versiegelte und durch Verdichtung geschädigte Böden Wasser aufnehmen und stellen so eine wichtige Schnittstelle im Wasserkreislauf dar. Natur- und Artenschutz in Auengebieten »vor-Ort« sei damit auch ein Beitrag zum Bodenschutz.

- Der Ökolandbau mit seiner im Gegensatz zur Agrarindustrie schonenden Bodenbearbeitung sowie der lokale und saisonale Bezug beim Einkauf von Lebensmitteln durch die Etablierung von Bauernmärkten könne zu einem bewussteren Umgang mit Lebensmitteln führen und somit als Beitrag zum Bodenschutz verstanden werden.

Anhand dieser Beispiele stellten die Teilnehmenden fest, dass gerade die bisher schon im Umweltschutz aktiven Menschen zusätzlich auch für den Bereich Bodenschutz sensibilisiert werden sollten. Dann bestehe die Möglichkeit, dass Sie bei ihren – vielfach ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen – Aktivitäten auch das Thema Bodenschutz als eigenständigen Bereich begreifen und Initiativen entwickeln könnten.

2. Wie können sich aktive Freiwillige im Bereich Bodenschutz noch engagieren?

Insbesondere jüngere Teilnehmer verwiesen auf die Protestmöglichkeiten über Netzwerke und Online-Communities. Als Beispiel wurde eine Initiative gegen die extrem umweltschädliche Ölsandförderung in Kanada genannt.

Durch die gezielte Weiterbildung bereits eingesetzter Naturführer von Natur- und Geoparks könne der Bereich Bodenschutz mit abgedeckt werden.

In Berlin könne der Bodenschutz durch das jährlich stattfindende Umweltfestival³⁰ in das Bewusstsein bereits aktiver Menschen gebracht werden, indem die im Bodenschutz tätigen Verbände an der Veranstaltung teilnehmen.

Mit Blick auf die EU bestand bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Einigkeit, dass die Belange des Bodenschutzes europaweit einheitlich geregelt und gleiche Maßstäbe zum Schutz der Böden in Europa gelten müssten.

Abschließende Worte der Referentin, Prof. Dr. Gabriele Broll:

»Durch die ganz unterschiedlichen Erfahrungen und bisherigen Berührungspunkte zum Thema Boden kam es zu einer interessanten Diskussion. Es fand ein lebhafter Austausch über bestehende Initiativen und Projekte statt. Als eine wesentliche Aufgabe mitgenommen haben wir die Notwendigkeit, das komplexe Thema Boden durch anschauliche Beispiele und Berührungspunkte im Alltag leichter zu vermitteln. Wir sehen ein hohes Potenzial im DNR, Menschen für das Thema Bodenschutz zu motivieren. Hier spielt der generationenübergreifende Dialog eine große Rolle. Eine besondere Aufgabe sollte darin bestehen, die im Umweltschutz bisher schon aktiven Menschen für das Thema Bodenschutz zu sensibilisieren. Ein der Runde bisher eher unbekanntes Thema war der Hinweis einer Teilnehmerin auf Bodenbelastungen durch Kriegseinwirkungen aufgrund chemischer und radioaktiver Verunreinigungen in Sprengkörpern.«

Am Ende des Workshops bekamen die Teilnehmer die Möglichkeit ein Fazit zu der Gruppenarbeit abzugeben. Einigkeit herrschte darüber, dass die Vorträge einen guten Überblick über die Situation zum Thema Bodenschutz in Deutschland und Europa lieferten. Positiv bewertet wurde außerdem die heterogene Zusammensetzung der Gruppe, die einen interessanten Austausch untereinander förderte. Allerdings sei mehr Zeit für die Arbeit im Workshop wünschenswert gewesen.

.....
³⁰ Berlin: www.umweltfestival.de/

5. World Café

5.1 Die Dialog-Methode

Das sogenannte World Café³¹ ist eine Dialogmethode für die Arbeit in Gruppen. In dieser Methode wird in Kleingruppen gemeinsam eine Fragestellung untersucht. Hierfür wird bewusst eine »entspannte Kaffeehaus-Atmosphäre« geschaffen, in der möglichst alle TeilnehmerInnen an einem konstruktiven Gespräch mitwirken sollen. Durch die Gespräche soll die Realität in ihren vielen unterschiedlichen Facetten wahrgenommen werden. Auf dieser Basis werden neue Perspektiven, Denkweisen und Handlungsoptionen zum Thema entwickelt. Das Setting zur Methode besteht beispielsweise aus Bistrotischen ähnlich wie in einem Kaffeehaus aufgebaut, pro Tisch können drei bis sechs Personen Platz nehmen, diese bilden eine Diskussionsgruppe. Die TeilnehmerInnen schreiben ihre Gedankengänge und Ergebnisse auf die »Tischdecken«. Der Ablauf ist durch die Phasen kurze Einführung ins Thema, die



.....
31 Das World-Café wurde von den US-amerikanischen Unternehmensberatern Juanita Brown und David Isaacs 1995 entwickelt. Weitere Informationen (Setting): www.theworldcafe.com/translations/Germancafetogo.pdf

Diskussion und die Darstellung der Zwischenergebnisse gekennzeichnet. Die Gruppen sind in der Regel nur für eine bestimmte Zeit in dieser Zusammensetzung am Tisch vereint und wechseln mit dem Tisch, die Kleingruppen und die Inhalte.

In der DNR-Impulskonferenz wurde eine an das World Café angelehnte Methode verwendet. Diese Form der Kleingruppenarbeit wurde bewusst an das Ende der Tagung gesetzt und sollte in der »Kaffeehausatmosphäre« anderen TeilnehmerInnen einen Einblick, aber auch weiteren Input, in die anderen Arbeitsgruppen ermöglichen. Stellwände mit den Ergebnissen aus den acht Arbeitsgruppen standen den TeilnehmerInnen für die Dialogmethode zur Verfügung. Weitere Ergebnisse konnten auf die Papiertischdecken oder auf den Stellwänden zusammengetragen werden. Nach einer gewissen Zeit wechselten die Teilnehmer nach freier Wahl die Arbeitsgruppen.



5.2 Das World Café aus Sicht der Teilnehmenden

Die TeilnehmerInnen nutzten mehrmals die Möglichkeit an den verschiedenen Tischen in die anderen Themen der acht Arbeitsgruppen zu schnuppern. Es entstanden neue Konstellationen, aus diesen heraus entstanden wiederum neue Ideen und Perspektiven. Aber auch die Wahrnehmung »neuer, unbekannter« Perspektiven der unterschiedlichen TeilnehmerInnen wurde als hilfreich empfunden. In einer anschließenden qualitativen Umfrage³² äußerten sich die TeilnehmerInnen, wie folgt, zur Methode World-Café und zu den Ergebnissen:³³

»Gute Möglichkeit um die Arbeit der anderen Gruppen kennen zu lernen.«

»Für mich war die Einsicht, dass alle mehr oder weniger zu ähnlichen Ergebnissen gekommen sind, daher: Der Workshop kann nur ein Anfang gewesen sein, in den Themen steckt noch so viel Potenzial!«

»Am interessantesten war für mich das Treffen mit der Arbeitsgruppe vier³⁴, die voller Enthusiasmus gesprochen haben. In diesem Bereich sind hoffentlich interessante Entwicklungen möglich.«

»Konkrete Projekte mit ihren Erfolgen und Schwierigkeiten, sowie Integrationsansätzen für neue Ehrenamtliche, kennenzulernen, fand ich besonders hilfreich.«

32 Fragebogen zur anonymen, qualitativen Teilnehmerumfrage im Anhang

33 Zitat aus einer qualitativen Teilnehmerumfrage zur Konferenz, Fragebogen im Anhang

34 AG 4: Ehrenamtlicher Natur- und Umweltschutz kennt keine Sprache – Interkulturelle Öffnung als Herausforderung der Naturschutzverbände (Referentinnen: Gülcan Nitsch und Öykü Kaygusuz)

»Für mich war das WorldCafé der interessanteste Teil der Veranstaltung und ich hätte mir (noch) mehr Zeit dafür gewünscht. Ich habe dort die interessantesten Unterhaltungen & Diskussionen geführt.«

»Freiwillige, jugendliche ›Landsleute‹ in einen Naturschutzverband aktiv zu integrieren ist in der heutigen Zeit schon nicht ganz einfach. Umso erfreulicher war die Erfahrung, mit interessierten jungen Menschen mit Migrationshintergrund [...]in Erfahrungsaustausch zu treten, die sehr offen und interessiert ihre Aktivitäten, Ideen, Erfahrungen und Wünsche mitteilten. Diese Erfahrung motiviert, sich aktiv auch um dieses Klientel für Natur- und Umweltschutzaktivitäten zu bemühen.«

»Mir ist klar geworden, dass man nicht einfach losgehen kann und sagen: Ich möchte Jugendliche dafür gewinnen, [...]. Der erste Schritt müsste sein, sich mit Jugendlichen zu treffen, um sich kennenzulernen. Dann könnte man herausfinden, welche gemeinsamen Interessen man hat. Vermutlich sind diese viel allgemeiner und unkonkreter, als ich es gerne hätte. Aber es zwingt mich dazu, meine Ziele und Aufgaben verständlich zu machen. Dann wäre es möglich, von diesen gemeinsamen Interessen aus gemeinsam ein Arbeitsfeld zu finden. Das erscheint mir als eine wichtige, aber auch große Herausforderung.«



6. Zusammenfassung

Der DNR als Veranstalter möchte sich abschließend bei allen Beteiligten und Mitwirkenden bedanken. Besonderer Dank gilt den ReferentInnen und UmweltexpertInnen, die ihren Input in die Arbeitsgruppen gebracht haben, den RednerInnen und allen engagierten DNR-MitarbeiterInnen. Nicht zuletzt gilt es aber auch denen zu danken, die bei der Veranstaltung im Mittelpunkt standen: allen Ehrenamtlichen, Interessierten und aus allen Teilen Deutschlands angereisten Teilnehmenden. Ihre Teilnahme hat gezeigt, dass Menschen jeden Alters und jeder Herkunft in einem Thema vereint werden können: dem Schutz unserer gemeinsamen Natur und Umwelt.

Die Ziele des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 sind:

- Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in der EU
- Stärkung des Potenzials der Organisationen von Freiwilligentätigkeit zur Verbesserung der Qualität von freiwilligem Engagement
- Anerkennung von Freiwilligentätigkeit
- Sensibilisierung für den Wert und die Bedeutung von freiwilligem Engagement als Ausdruck einer aktiven Bürgerbeteiligung
- Einige der Prioritäten in Deutschland sind:
 - besonderer Fokus auf generationenübergreifende Aktivitäten
 - gezielte Ansprache von Frauen, jungen Menschen, Älteren, Migrantinnen und Migranten

Die angestrebten Ziele und Prioritäten erfassen damit den Kern der verbesserungswürdigen Bereiche des ehrenamtlichen Engagements im Natur- und Umweltschutz. Die Ergebnisse der acht Arbeitsgruppen zusammengefasst sprechen genau diese Bereiche an. Obwohl die Themen der Gruppen ganz unterschiedliche Ausgangspunkte hatten, überschneiden sich die Ergebnisse in vielen Teilen oder mit den Worten einer Teilnehmenden »In gewisser Weise beruhigend war, dass die Schwierigkeiten und Probleme bei den sehr unterschiedlichen Organisationen sehr homogen waren.(...)«.³⁵

Die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement in den Umwelt- und Naturschutzorganisationen stellt immer noch eine Herausforderung an alle Beteiligte dar. Die Strukturen für Ehrenamtsarbeit müssen in den Verbänden klarer definiert sein, ebenso wie die Zuständigkeit und Verteilung von Verantwortung. Den Ehrenamtlichen müssen Ansprechpartner und klare lebenslagenorientierte Aufgaben zur Verfügung stehen. So muss ein transparenter Informationsfluss zwischen den Akteuren stattfinden und das Miteinander sollte Platz schaffen für Mitsprachemöglichkeiten von Freiwilligen in Einrichtungen, die von Hauptamtlichen geführt werden. Auch die Kommunikation der Verbände untereinander ist verbesserungswürdig und sollte dahingehend

.....
35 Zitat aus einer qualitativen Teilnehmerumfrage zur Konferenz, Fragebogen im Anhang

gefördert werden, dass das gemeinsame Konkurrenzdenken nicht dem gemeinsamen Ziel des Naturschutzes im Wege steht. Nicht nur innerverbandlich gibt es Verbesserungspotenzial bei den Rahmenbedingungen, sondern auch die politischen Rahmenbedingungen müssen Grundlage für den Pfeiler schaffen, der das Gerüst unserer Gesellschaft in großen Teilen trägt: das Ehrenamt. Die Politik muss europataugliche und förderliche Rahmenbedingungen gewährleisten, die eine Übernahme von Verantwortung durch bürgerschaftliches Engagement möglich machen.

Zielgruppen erreichen zu wollen, heißt Zielgruppen ansprechen zu müssen. So war ein Ergebnis aller Arbeitsgruppen, dass die Verbände bei der Nutzung von zielgruppenspezifischen Medien noch größere Erfolge haben könnten. Eine bessere Medienkompetenz verbunden mit einer zielgruppenspezifischen Ansprache könnte den Verbänden den Zugang zu neuen Zielgruppen erleichtern. Das gilt besonders für die Anwerbung von Ehrenamtlichen mit Migrationshintergrund und Jugendlichen. Migrantenmedien und Brückenfunktionen helfen den Verbänden die Kontaktschwelle einfacher zu überwinden.³⁶

Allen Ergebnissen ist außerdem gemeinsam, dass die Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen für die Grundlage der gemeinsamen Arbeit eine Anerkennungskultur notwendig empfinden. Das Miteinander-Umgehen, Wertschätzen und Voneinander-Lernen ist Basis der gemeinsamen Arbeit für den Naturschutz. Die Ehrenamtlichen ziehen auch die Zivilgesellschaft in die Verantwortung. Der Schutz der gemeinsamen Umwelt ist nicht zuletzt auch Aufgabe der Bürger und ein demokratisches Mittel zur Mitbestimmung. Naturschutz und Umweltverbände müssen zum Spiegel der Gesellschaft werden, für ihre eigene Position in der Gesellschaft, ihre Glaubwürdigkeit und Einflussmöglichkeiten und für den Schutz der gemeinsamen Umwelt. Dieser Spiegel muss es schaffen, Generationen, Kulturen und Geschlechter gleichermaßen widerzuspiegeln und aus Herausforderungen Chancen werden zu lassen.

Auch die Konferenz und die Gruppenarbeiten waren wegen ihrer Heterogenität ein Spiegel der gesellschaftlichen Realität in den Verbänden. Ein Spiegel der Herausforderung, der sich die Verbände stellen müssen. Ehrenamt zu fördern, bedeutet nicht zuletzt auch eine heterogene Gruppe richtungsweisend leiten zu können und genau in dieser Herausforderung die Chance zu sehen: viele unterschiedliche Menschen unterschiedlichen Alters und Herkunft mit vielen unterschiedlichen Ideen, Vorschlägen, Lösungen, wertvollen Lebens- und Berufserfahrungen und Talenten. Wo setzt der ehrenamtliche Naturschutz also an, wenn nicht genau da?

» (...)es ist durchaus bemerkenswert, was an Ideen und Vorschlägen seitens der Teilnehmenden in kurzer Zeit (...) zusammengetragen worden ist.«³⁷

Und so fasst eine Ehrenamtlerin alle Ergebnisse und Erkenntnisse gelungen zusammen, als sie sagt:

»[Es geht darum] weiterhin die Ziele mit viel Geduld zu verfolgen.«³⁸

.....

36 Begriffserklärung siehe Arbeitsgruppe vier: 4.4 Viele Sprachen und eine gemeinsame Welt

37 Zitat: Michael Zschiesche, Referent

38 Zitat aus einer qualitativen Teilnehmerumfrage zur Konferenz, Fragebogen im Anhang

7. Anhang

7.1 Präsentation Michael Zschiesche

Bürgerbeteiligung im Umwelt- und Naturschutz

Gibt es genug Beteiligungsmöglichkeiten?

Michael Zschiesche, Unabhängiges Institut für
Umweltfragen e.V.

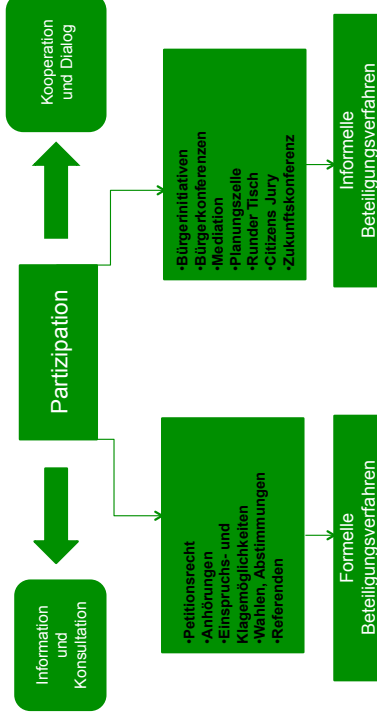
Leiter Fachgebiet Umweltrecht & Partizipation



Gliederung

1. Ebenen der Beteiligung
2. Wer kann sich beteiligen?
3. Woran kann man sich beteiligen?
4. Was kann man mit der Beteiligung erreichen?
5. Welche Anreize zur Beteiligung gibt es?
6. Welche Grenzen hat Bürgerbeteiligung?

Ebenen der Beteiligung



Wer kann sich beteiligen?

1. Jedermann: Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz z.B. Kohlekraftwerke
2. Betroffene: Planfeststellungsverfahren z.B. Bau Bahnhof in Stuttgart
3. Mitarbeiter und Mitglieder anerkannter Naturschutzverbände: z.B. Stellungnahmen im Rahmen der Verbändemitwirkung § 58 BNatSchG

Woran kann man sich beteiligen? Formelle Verfahren

- PFV = Planfeststellungsverfahren
- GV = Genehmigungsverfahren
- E = Erlaubnis
- B = Bewilligung



Woran kann man sich beteiligen? Formelle Verfahren

Verfahrens-typ	Wofür durchgeführt?	Fundstelle
PFV	Bau und wesentliche Änderung von Bundesfernstraßen	§ 17 FSrStG
PFV	Vorhaben der Bahn AG, insbesondere Schienenwegbau aber auch Änderung einer Betriebsanlage der Eisenbahn	§ 19 AEG
PFV	Bau oder Änderung von Straßenbahngleisen sowie von U-Bahnen	§ 28 PstStG
PFV	Ortstfeste Abfallbeseitigungsanlagen, Errichtung und Betrieb einer Abfalldeponie, sowie wesentliche Änderung eines Betriebes	§ 31 KWV-/AbfG
PFV	Bau oder Änderung von Magnetschwebebahnen	Magnetschwebebahnplanung SG
PFV	Bau von Flughäfen oder eines Landeplatzes	§ 8 LuftVG
PFV	Bau von Telegrafienwegen	§ 7 Abs. 3 Satz 2 TWG
PFV	Ausbau oder Bau von Bundeswasserstraßen	§ 14 WaStRG
PFV	Gewässer Ausbau, Gewässerunterhaltung, Damm- und Deichbauten, wesentliche Änderung derselben	§ 31 Abs. 1 S.1 WHG i.V.m. § 73 VwVfG und Vorschriften der Landesgesetze

Verfahrenstyp	Wofür durchgeführt?	Fundstelle
PFV	Aufstellung von Rahmenbetriebsplänen	§ 52 II a BBergG
PFV	Errichtung und Betrieb einer atomrechtlichen Anlage des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle sowie wesentliche Änderung derselben	§ 9 AtG
PFV	Stromtrassen (Hochspannungsfreileitungen)	§ 43 Energiewirtschaftsgesetz
PFV	Erdgasleitungen	§ 43 Energiewirtschaftsgesetz

Verfahrenstyp	Wofür durchgeführt?	Fundstelle
GV	Genehmigung, Änderungsgenehmigung, Teilgenehmigung und Vorbescheid einer Anlage § 10 BImSchG i.V.m. 9. BImSchV	§ 10 BImSchG i.V.m. 9. BImSchV
GV	Genehmigung, Änderungsgenehmigung, Teilgenehmigung und Vorbescheid einer kerntechnischen Anlage (Erzeugung, Bearbeitung, Verarbeitung oder Spaltung von Kernbrennstoffen)	§ 7 AtG
GV	Anlagenehmigungen in Form von Erst-, Teil- und Änderungsgenehmigungen, Genehmigung für das Freisetzen und Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Organismen	§ 8, § 14 GenTG
B	Bewilligung zum Einleiten von Stoffen in ein Gewässer (staatliche Lizenz zur Verschmutzung)	§ 8 und 9 WHG
E	Erlaubnis zum Einleiten von Stoffen in ein Gewässer (ebenfalls staatliche Lizenz zur Verschmutzung)	§ 7 und 7a WHG

Was kann man mit der Beteiligung erreichen?

1. Beteiligung an der Entscheidung
2. Informationsbeteiligung

Warum beteiligen sich Bürger in Umweltfragen in Deutschland?

- weil sie Nachbarn eines Vorhabens sind (Betroffene)
- weil sie das Vorhaben ablehnen (grundsätzliche Nichtübereinstimmung der mit dem Vorhaben beabsichtigten Werte und Interessen, Vorhaben als Politikum)
- weil sie Hinweise und Vorschläge zur Planungsoptimierung geben wollen (Interessierte)



Rollenverständnis im Verfahren:

(Quelle: Wiedemann, Ferners, Hennen, Bürgerbeteiligung bei umweltwirtschaftlichen Vorhaben S. 83)

- Anwohner: Benachteiligte, Opfer, Verlierer
- Bürgerinitiativen: Warner, Mahner, Expertenkorrektiv,
- Überregionale Umweltschutzgruppe: Anwalt der Natur, Ratgeber für BI's, Anbieter der richtigen Entsorgungskonzepte



Fremdeinschätzung der drei Gruppen:

Anwohner: Irrationalität, Hysterie, Verhaftung in Eigeninteressen, mangelnde Sachkompetenz, Emotionalisierung der Debatte, einseitige Betrachtung der Risiken

Bürgerinitiativen: Angstmacher, Konfliktanheizer, Hysterie, Verhinderer pragmatischer Lösungen, fehlende Sachkompetenz, einseitige Betrachtung und Überschätzung der Risiken

Überregionale Umweltschutzgruppen:

Angstmacher, Konfliktanheizer, Vertreter einer falschen Entscheidungspolitik, einseitige Betrachtung und Überschätzung der Risiken



Welche Anreize zur Beteiligung gibt es?

- Staat geht davon aus, dass Bürger und Umweltverbände die Mitwirkung per se wollen (Altruistische Motive)
- Darüber hinaus gibt es seitens des Staates keine Anreize zur Beteiligung an Genehmigungsverfahren im Umweltschutz
- Seit 1990 gibt es in Deutschland die Tendenz, Bürgerrechte durch Änderung der Gesetze auf Bundes- und Landesebene aktiv zu beschneiden



Funktionen und Ziele der Beteiligung

- Kontrolle der Verwaltung
- Informationsbeschaffung für Verwaltung
- Effektivität der Verwaltung
- Rechtsschutzfunktion



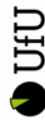
Funktionen und Ziele der Beteiligung

Ziel bzw. Funktion ohne Priorisierung	AK	Ö-Richtlinie
Steigerung der Qualität der Verwaltungsentscheidung	X	X
Förderung des Umweltschutzes	X	X
Erhöhung des Umweltbewusstseins	X	X
Förderung der Umweltbildung	X	X
Förderung der Akzeptanz der zutreffenden Entscheidung und Identifikation mit der getroffenen Entscheidung	X	X
Verringerung von Konfliktpotential durch Ausgleich von Interessen	X	X
Transparenz der der zutreffenden Entscheidung herstellen	X	X
Kontrolle der Verwaltung gewährleisten	X	X
Demokratische Willensbildung stärken	X	X



Funktionen und Ziele der Beteiligung

Ziel bzw. Funktion ohne Priorisierung	Ö-Richtlinie	Funktionen der Ö-beteiligung in der BRD bis 2006
Steigerung der Qualität der Verwaltungsentscheidung	X	
Förderung des Umweltschutzes	X	
Erhöhung des Umweltbewusstseins	X	
Förderung der Umweltbildung	X	
Förderung der Akzeptanz der zutreffenden Entscheidung und Identifikation mit der getroffenen Entscheidung	X	X
Verringerung von Konfliktpotential durch Ausgleich von Interessen	X	
Transparenz der der zutreffenden Entscheidung herstellen	X	X
Kontrolle der Verwaltung gewährleisten	X	X
Demokratische Willensbildung stärken	X	X



Welche Grenzen hat Bürgerbeteiligung?

Verfahren und Jahr	Zahl der Einwendungen	Dauer des EÖT
Flughafen Berlin Schönefeld 2001	133.500	90 Tage Vom 23.04.2001 – 29.01.2002
Flughafen Berlin Schönefeld 2008	36.530	12 Tage Vom 07.04.2008 – 25.04.2008
Flughafen Frankfurt/Main PFV Landebahn 2005	127.000	Sep. 2005 – März 2006
Flughafen Frankfurt/Main PFV A-380 Werft	35.000	15.01.2004 – 05.03.2004



7.2 Liste der Teilnehmenden

Anwesende		Organisation
Begzada	Alatovic	Interkulturelle Gärten
Turgut	Altug	TDZ
Handan	Anapa	TEMA Stiftung für den Naturschutz
Andrea	Andersen	BUND
Eva-Maria	Antz	Stiftung Mitarbeit
Regine	Auster	Förderverein Haus der Natur e.V.
Güliz	Avcı	Yeşil Çember
Yasemin	Aydemir	Yeşil Çember
Hermann	Baier	BUND
Meral	Baris	proDialog
Günther	Bauermeister	BUND
Margot	Bährisch	Staabkanzlei Brandenburg
Anja	Becker	Naturschule Potsdam
Sultan	Bedelcigil	Yeşil Çember
Mehmet	Bedelcigil	Yeşil Çember
Uta	Beermann	Freiwilligen Agentur Münster
Mira	Beinert	NaturFreunde Deutschlands
Christiane	Benesch	LUGV
Silke	Bicker	Naturerlebnisbüro Bicker
Ralf	Bilke	BUND
Zülfiye	Birinci	Yeşil Çember
Kornelie	Blumenschein	DNR
Jens	Börner	Stadt Chemnitz Umweltamt
Steve	Borrmann	Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e.V.
Anna	Brauer	DJN
Michael	Brauns	Landesdirektion Chemnitz
Klaus	Brockmann	Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf
Prof.Dr. Gabriele	Broll	Bundesverband Boden Universität Osnabrück
Jenny	Buch	ARGUS
Marie	Büchner	NS2 Ökowerk Berlin
Eyüp	Celik	BUND Yeşil Çember
Afife	Cetintas	BUND Yeşil Çember
Canan	Cömert	BUND Yeşil Çember
Mubaddes	Dedeaslan	TDZ
Maria	Demir	Eggegebirgsvereine e. V.
Melanie	Diller	Zentrum Aktiver Bürger Nürnberg
Christian	Drescher	Glatzer Gebirgs-Verein Braunschweig e.V.
Ingeborg	Eckhoff	Leitstelle für Integration
Dierk	Eichel	NABU
Hildegard	Eissing	Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten
Kerstin	Emonds	Europarc
Uwe	Engler	Pfälzerwald Verein
Skükrü	Esin	Landschaftspflegeverein Dummersdorfer Ufer e.V.
Stefan	Euen	BUND

Anwesende		Organisation
Dr. Nils	Franke	BBN
Ines	Friedrich	Europe Direct Informationszentrum Potsdam
Dr. Hans-Werner	Frohn	Stiftung Naturschutzgeschichte
Torsten	Gaber	Naturpark-Verein-Dübener Heide
Marion	Gayaud	Landschaftspflegeverein D.U.e.V.
Grit	Gehrau	NaturFreunde Deutschlands
Diana	Gevers	NABU
Klemens	Gieles	DGA21
Maren	Gleisberg	Botanischer Garten und Botanisches Museum Berlin-Dahlem
Sabine	Goldmann	Förderverein zur Gründung der Familienkammer
Norbert	Grasse	Fränkischer Albverein e. V.,
Brigitte	Großjung	NaturFreunde Deutschlands
Zuhal	Gültekin	BUND Yeşil Çember
Rüdiger	Hahl	NABU
Anne	Härtel	UmweltKontaktstelle Lichtenberg
Sandra	Haubold	NaturFreunde Deutschlands
Manfred	Hechler	Odenwaldklub e. V.
Günther	Hennig	Deutscher Wanderverband
Dr. Alfred	Herberg	BFN
Ralph	Herbertz	VCD Kreisverband Köln und Umgebung e. V.
Dr. Anke	Hoffmann	Museum für Naturkunde, Berlin
Helga	Inden-Heinrich	DNR
Ilhan	Isözen	Haus der Kulturen der Welt
Eric	Janáček	DNR
Ines	Jentsch	DNR
Christiane	Jochum	Kölner Eifelverein e.V.
Dina	Kajba	BUND
Bernhard	Kalfhues	AG für Naturschutz Tecklenburger Land e.V.
Michael	Kaminski	Deutsche Wanderjugend
Christine	Katz	Leuphana Universität Lüneburg
Andreas	Klages	Deutscher Olympischer Sportbund
Öykü	Kaygusuz	BUND Yeşil Çember
Ansgar	Klein	BBE
Julian	Klein	Geschäftsstelle EJJ
Maja	Klement	/
Werner	Klemme	Teutoburger-Wald-Verein Bielefeld
Annegret	Knabe	Vogelsberger Höhen-Club
Denis	Kohlschütter	DNR
Anett	Körber	Ökolöwe e.V.
Alexander	Kroupa	Museum für Naturkunde
Thomas	Kruse	BUND
Adelheid	Kucel	DNR
Kübra	Küçük	DITIB
Karola	Lakenberg	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Gisela	Lamkowsky	seeconsult
Sina	Lengelsen	DNR

Anwesende		Organisation
Arno	Lisch	Brandenburgischer Wandersport- und Bergsteiger-Verband e.V.
Herbert	Lohner	BUND
Martina	Löw	BUND
Iris	Marreel	Projektbüro „Dialog der Generationen“
Seval	Maya	BUND Yeşil Çember
Aiman A.	Mazyek	Zentralrat der Muslime in Deutschland
Elisabeth	Meyer-Renschhausen	AG Kleinstlandwirtschaft / Allmende-Kontor
Wiebke	Miketta	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Henrike	Möhler	DJN
Dr. Rainer	Mönig	Naturwissenschaftlicher Verein Wuppertal
Ernst-Alfred	Müller	Förderverein FÖN e.V.
Gerda	Münnich	LA21 Berlin AG Interkulturelle Gärten in Berlin & Brandenburg
Sabine	Nagl	NaturFreunde Deutschlands
Kazumi	Nakayama	BUND
Gülcan	Nitsch	BUND Berlin Yeşil Çember
Horst	Neuhaus	Wanderfreunde Bad Salzuflen e. V.
Melanie	Neukirchen	Bundesamt für Naturschutz
Ursula	Nordmann	/
Thomas	Norgall	BUND Landesverband Hessen e.V.
Björn	Obmann	BUNDjugend Bundesverband
Dilan	Oral	BUND Yeşil Çember
Meryem	Özel	DITIB
Hans	Palm	Brandenburgischer Wandersport- und Bergsteiger-Verband e.V.
Heinz Werner	Persiel	Bundesverband Beruflicher Naturschutz e.V.
Roland	Petrowsky	Hessisch-Waldeckischer Gebirgs- und Heimatverein e.V.
Hanna	Piotter	NAJU im NABU
Beatrix	Pliet	AG für Naturschutz Tecklenburger Land e.V.
Günther	Raß	BUND
Katherina	Reiche	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Manfred	Reschke	Landkreis Dahme Spreewald
Felix	Reyhl	NABU-Stiftung NNE
Matthias	Riesterer	BBE
Bruno	Rhades	Wanderverband Norddeutschland
Gitta	Richter	NABU
Jasmin	Riebensahm	Freie Universität Berlin
Dr. Helmut	Röscheisen	DNR
Dr. med. Heinrich-Daniel	Rühmkorf	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Karsten	Schacht	Ruhr-Universität Bochum - Geographisches Institut
Anna	Scheller	ISS e.V.
Dr. Elvira	Schmidt	ARGUS Potsdam e.V.
Regina	Schneider	ProEhrA Pankow Zukunftsbau GmbH
Katrin	Schneider	Unabhängiges Institut für Umweltfragen

Anwesende		Organisation
Marion	Schubert	NaturFreunde Deutschlands
Manfred	Schubert	BLN
Reinhard	Schubert	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin
Christian	Schwarzer	NAJU – Naturschutzjugend
Mirko	Seffzig	Bündnis 90/Die Grünen
Bettina	Soethe	EUROPARC Deutschland
Klaus	Sommerhoff	Baumberge-Verein e.V. Münster
Franziska	Sperfeld	BUND
Dr.habil. Hans-Jürgen	Spieß	Gesellschaft für Naturschutz und Landschaftsökologie Kratzeburg
Aloys	Steppuhn	Sauerländischer Gebirgsverein
Malte	Stöck	NAJU im NABU
Dipl.-Ing. Agrar Shimeles	Tassew	Internationale Gärten e.V. Göttingen
Dr. Gerhard	Timm	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
Süheyla	Topdelen	BUND Yeşil Çember
Sarolta	Tripolszky	Biodiversity, Water and Soil Policy Officer
Ingo	Valentin	BUND
Rita	Verma	Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V.
Hartmut	Vogtmann	DNR
Dr. Katrin	Vohland	Museum für Naturkunde, Netzwerk-Forum zur Biodiversitätsforschung Deutschland
Gunther	Walsleben	Harzclub e.V.
Katharina	Weinberg	NABU
Tanja	Weisslein	Lebenshilfe Berlin
Oliver	Wendenkamp	BUND
Prof. Klaus	Werk	Bundesverband Beruflicher Naturschutz
Magnus	Wessel	NABU
Andrea	Wilke	Natürlich Lernen
Sabine	Wolf	Geschäftsstelle EJF
Angelika	Wurzel	Bundesverband Beruflicher Naturschutz e. V.
Emile	Yilmaz	internationaler Kulturkreis Moers e.V.
Tuba	Zazal	DITIB
Olaf	Zimmermann	Deutscher Kulturrat
Michael	Zschesche	UFU

7.4 Fragebogen der qualitativen Teilnehmerumfrage zur Konferenz

1. Folgende Fragen beziehen sich auf ihre gewählte Arbeitsgruppe.

1.1 Was nehmen Sie aus Ihrer Arbeitsgruppe mit? (z. B. Innovationen, Eindrücke, Kontakte, Erfahrungen...?)

1.2 Welche Erfahrungen, Informationen o. ä. werden Sie für Ihren beruflichen und/oder privaten Alltag nutzen?

1.3 Welche weiteren Themen hätten Sie gerne in Ihrer Arbeitsgruppe besprochen?

1.4 Wie würden Sie ihre Arbeitsgruppe insgesamt bewerten?
(z. B. Erwartungen, Perspektiven, Methoden, Zusammensetzung der Teilnehmer, Innovationen, Erfahrungen...?)

2. Folgende Fragen gelten für das »World-Café«.

2.1 Nutzten Sie die Möglichkeit Ergebnisse der anderen Arbeitsgruppen zu diskutieren?
Wenn ja, welche Ergebnisse oder Erfahrungen fanden Sie besonders hilfreich?

2.2 Wie würden Sie das World-Café insgesamt bewerten?
(z. B. Erwartungen, Perspektiven, Methoden, Innovationen, Erfahrungen...?)

3. Folgende Fragen gelten für die gesamte Tagung.

3.1 Wie fanden Sie allgemein die Struktur und den Ablauf der Impulskonferenz?

3.2 Welche Inhalte, Ergebnisse, Erfahrungen und mögliche Perspektiven konnten Sie für sich allgemein aus der Konferenz mitnehmen?

3.3 Wie würden Sie die Impulskonferenz insgesamt bewerten?

Veranstalter



Deutscher Naturschutzring (DNR)

Geschäftsstelle Berlin

Marienstraße 19–20

10117 Berlin

Fon: 030/678 17 75 -87

Fax: 030/678 17 75 -80

Die Tagung fand unter dem Motto »Freiwillige für den Naturschutz – Generationenübergreifend und interkulturell unverzichtbar«, im Rahmen des Europäischen Jahres der Freiwilligenarbeit (EJF), am 27. und 28. Juni 2011 in Potsdam statt.

Tagungsort:

Kongresshotel Potsdam

Am Luftschiffhafen 1

14471 Potsdam

www.kongresshotel-potsdam.de

Projektförderung von:

BMFSFJ und Europäische Kommission



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Europäisches Jahr der Freiwilligenarbeit 2011